Nr. 214 Juni/Juli 1996

8 DM M 3477 F



informationszentrum dritte welt

Weiter reisen?

Wachstumsbranche Tourismus

Indien
Der Congress tanzt ab

Medien
Menschen und andere Waren

Literatur
Gespräch mit Mohamed Choukri

Inhalt

Editorial

Süd-Nord

Nord-Süd

Weiter reisen?

Wachstumsbranche Tourismus

Zeitreisen



Wir haben es am Arm, das Problem, und könnten es eigentlich abstreifen. Nimmt man den oft zitierten Satz von Mumford „Die Uhr, nicht die Dampfmaschine ist der Schlüssel des modernen Industriezeitalters", dann scheint es doch vergleichsweise einfach, sich der Zeit zu entledigen. Oder ist die Zeit auch ohne Uhr? Obwohl die Menschen noch nie über eine derartig lange Lebenszeit wie heute verfügten, scheinen sie trotzdem keine Zeit zu haben: keine Zeit für Urlaub, keine Zeit zum Lesen – auch nicht für die 'blätter'. Zeitmangel ist der am häufigsten genannte Grund, warum die 'blätter' von einigen nicht mehr abonniert werden. Nach dem Motto: „Haben Sie die Geduld, auch längere Artikel zu lesen?" „Ja, wenn ich Zeit dazu hätte."
Zugleich wollen aber alle informationsmäßig auf der Höhe der Zeit sein. Und weil das eine – die kritische Information über das Weltgeschehen – ohne das andere – eben etwas Zeit zum Lesen und Denken – trotz Focus und anderen Konsorten, die das Gegenteil behaupten wollen, nicht zu haben ist, gibt es (nötiger denn je) die 'blätter'! Die 'blätter' sind aktuell weit über den Tag hinaus. In Zeiten, in denen die Welt immer enger wird und die Probleme wieder direkt vor unseren Haustüren landen, sind die 'blätter' die deutschsprachige Zeitschrift, die sich mit kritischen Berichten und Analysen zu den wichtigsten Entwicklungen zwischen Nord und Süd quer zum Zeitgeist stellt: Wir stellen lieber drängende Fragen als vorschnelle Antworten zu geben. Das ist manchmal unbequem und etwas Zeit zum Lesen braucht man eben...
Womit wir wieder bei dem Problem mit der Zeit wären... Nehmen, einfach nehmen. Wann? Im Urlaub zum Beispiel – wenn Ihr (oder Sie) nicht gerade einen voll durchorganisierten Trip mit einer adventure-company gebucht habt. Und damit kommen wir nun langsam zum Wesentlichen: Wir wollen nicht nur diejenigen, die uns schon kennen, davon überzeugen, daß es lohnt, sich die Lesezeit zu nehmen – diesmal lohnt es sich außerdem, andere davon zu überzeugen.

Zu unserem Silberjubiläum im letzten Jahr haben wir mit einer Kampagne an unsere LeserInnen appelliert, uns zu unterstützen, neue AbonnentInnen zu werben und zu spenden. Das hat uns für dieses Jahr über den Berg geholfen. Langfristig brauchen wir aber noch mehr LeserInnen, und da wir die Lebensweisheit „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" nicht schätzen, habt ihr nun noch einmal die Chance, Euch Zeit zu nehmen und beispielsweise abends vor dem Verteilen der Doppelkopfkarten den ZockerInnen die 'blätter' schmackhaft zu machen – damit Ihr weiterhin und sie künftig unseren dynamischen Kontinuitäten in der Analyse des Weltgeschehens folgen könnt. (Und im Herbst gibt's dann – weil wir ja gar nicht immer und überall dem Zeitgeschmack trotzen wollen – neben neuen Themen auch ein zeitgemäßeres Layout zu bewundern.)
Und was hat das nun mit Urlaub zu tun? Klingt doch erst mal nach Arbeit – Überzeugungsarbeit. Aber diesmal soll die gute Tat auch belohnt werden! Deswegen verlosen wir unter denen, die sich die Zeit nehmen und es schaffen, bis zum 5. September mindestens fünf neue AbonentInnen zu werben, einen Urlaub.

Da wir, wie unser Themenschwerpunkt erkennen läßt, bestimmten Formen von Tourismus kritisch gegenüberstehen und Ihr über unsere finanzielle Situation ja bestens informiert seid, gibt es nicht den Rafting-Trip in Südafrika oder den Ökourlaub auf dem Bauernhof in den Anden zu gewinnen, sondern, que magnifique: Paris ein Wochenende für zwei.
Die Gewinnchancen stehen gut, denn ganz so viele werden es wohl nicht schaffen, in die Verlosung zu kommen. Zudem werden unter allen, die mindestens 1 Abo geworben haben, 5 Büchergutscheine im Wert von je 100 Mark verlost.
Zugegeben: Auch wir würden den Besuch in Paris auf dem Montmartre oder auch im Centre du Monde Arabe (s. S. 40) verbringen und eher mit Stadt- und Kunstführern als mit den 'blättern' unter dem Arm die Stadt durchstreifen, aber auf der gemütlichen Zugreise nach Paris findet Ihr vielleicht die Zeit, über dieselbe nachzudenken und anderes zu lesen...

Die Redaktion

TeilnehmerInnen bitte den Abschnitt kopieren und ausgefüllt an unsere Adresse schicken: blätter des iz3w, Stichwort: Paris, Postfach 53 28, 79020 Freiburg

WerberIn:
Name: ____________
Straße/Nr: ____________
PLZ/Ort: ____________
Unterschrift: ____________

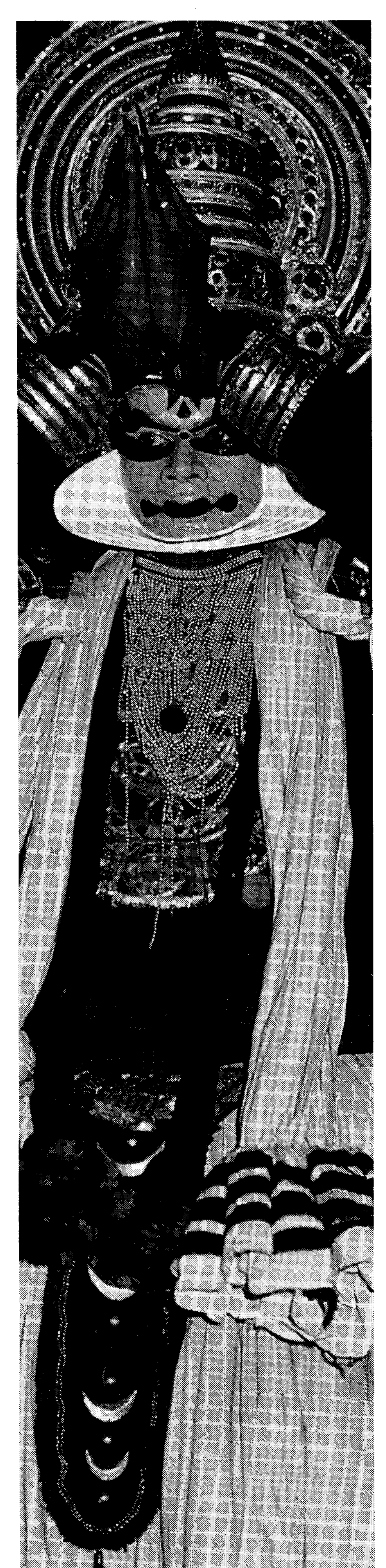
NeuabonnentInnen:
Name: ____________
Straße/Nr: ____________
PLZ/Ort: ____________
Unterschrift: ____________

Name: ____________
Straße/Nr: ____________
PLZ/Ort: ____________
Unterschrift: ____________

Name: ____________
Straße/Nr: ____________
PLZ/Ort: ____________
Unterschrift: ____________

Name: ____________
Straße/Nr: ____________
PLZ/Ort: ____________
Unterschrift: ____________

Name: ____________
Straße/Nr: ____________
PLZ/Ort: ____________
Unterschrift: ____________



Der Congress

Indien nach den Wahlen

Mit seinen über 500 Millionen Wahlberechtigten wird Indien oft als die größte Demokratie der Welt bezeichnet. Die jüngsten Parlamentswahlen führten zu einem Machtwechsel. Die abgewirtschaftete Congress-Partei unter dem bisherigen Premierminister Rao mußte eine klare Niederlage einstecken, während die hindufundamentalistisch orientierte BJP stärkste Partei wurde. Die Wahlergebnisse sind Ausdruck einer von zunehmenden Disparitäten zerrissenen Gesellschaft.

Der bereits vereidigte Premierminister Atal Behari Vajpayee konnte sich nur 12 Tage im Amt halten. Seine Partei, die Indische Nationale Partei (BJP), ist zwar mit 159 Parlamentssitzen als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen, doch fehlen trotz Allianzen mit anderen kleineren Parteien nahezu 100 Mandate zur Parlamentsmehrheit. An den sich gegen die BJP formierenden Parteien kommt der Wahlsieger somit nicht vorbei. Mit H. D. Deve Gowda, dem Ministerpräsidenten des Bundeslandes Karnataka, hat sich die 13 Parteien starke United Front aus sozialdemokratischen, kommunistischen und regionalen Parteien nun auf einen möglichen Premier geeinigt. Selbst die Congress-Partei, die trotz ihrer Niederlage zunächst noch arrogant auf dem bisherigen Premier Narashima Rao beharrte, will sich hinter die United Front stellen. Die erst jüngst entstandene United Front ist ein Abbild der sozialen und kulturellen Vielfalt Indiens. Das Regieren mit dieser heterogenen Hausmacht dürfte dem designierten Premier Gowda schwerfallen, zumal seine Mehrheit mit dem Verhalten der Congreß-Partei steht und fällt. Gowda selbst hat in Karnataka bislang eine wirtschaftsliberale Politik verfolgt, die auf Markt und Investitionen aus dem Ausland setzte. Die Kommunisten, stärkste Fraktion der United Front, haben bereits auf eine Regierungsteilnahme verzichtet, wollen Gowda aber tolerieren.

Auch wenn die Regierungszeit der BJP ein schnelles Ende nahm, zeigt das Wahlergebnis deutlich, daß die indische Nation gespalten ist wie noch nie zuvor in ihrer nun bald 50-jährigen Geschichte. Entlang religiöser, regionaler und sozio-ökonomischer Konfliktlinien sind inzwischen unzählige kleinere Parteien entstanden, die die indische Parteienlandschaft wie einen bunten Flickenteppich aussehen lassen. Die Zeiten, in denen die Congress-Partei unangefochten sowohl in den indischen Bundesstaaten als auch im Zentrum die Macht einnahm, sind ebenso unwiederbringlich vorbei wie die Zeiten politischer Stabilität. Allzu gerne wird der Niedergang der Congress-Partei auf die in ihren Reihen grassierende Korruption zurückgeführt. Kurz vor den Wahlen mußten sieben Minister der Regierung Rao zurücktreten, da sie in den Verdacht geraten waren, hohe Bestechungsgelder angenommen zu haben. Der sogenannte Hawala-Skandal, Indiens bislang größter Korruptionsskandal, hat das bereits zuvor angeschlagene Image der Congress-Partei bei den WählerInnen weiter demoliert. Ihn allein aber für die Wahlniederlage der Congress-Partei verantwortlich machen zu wollen, ist zu kurz gedacht. Schließlich ist jede der wichtigen nationalen Parteien – sieht man einmal von den beiden kommunistischen Parteien ab – in den Hawala-Skandal verwickelt. Die Liste der Verdächtigten liest sich wie ein „Who is Who" der indischen Politik.

Langsamer Zerfall

Neben der Korruption[1] waren auch eine verfehlte Wahlstrategie Raos und Flügelkämpfe innerhalb des Congress wichtige Gründe dafür, daß der traditionsreichen Partei die WählerInnen gleich scharenweise davonliefen. Rao wollte durch die Instrumentalisierung des Hawala-Skandals seine innerparteilichen Gegner kaltstellen, erreichte damit aber nur, daß diese z.B. im Bundesstaat Madhya Pradesh erfolgreich gegen ihre ehemalige Partei antraten.
Die herbe Niederlage hat ihre Ursachen aber auch in den strukturellen Veränderun-

tanzt *ab*

gen der indischen Gesellschaft, die einer „Volkspartei", wie es die Congress-Partei sein will, das Überleben immer schwieriger machen. Der Congress, der bis auf kurze Unterbrechungen (1977–79 und 1989–91) seit der Unabhängigkeit die politischen Geschäfte in Indien führte, ist immer weniger in der Lage, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen zu integrieren. Mit dem jüngsten Wahlergebnis setzt sich ein Trend fort, der bereits bei den Wahlen 1989 deutlich zu erkennen war und bei den letzten Wahlen 1991 nur durch die Ermordung Rajiv Gandhis überdeckt wurde: die Ausdifferenzierung der indischen Parteienlandschaft und der Niedergang der Congress-Partei als bestimmende Kraft in Indien. Die Integrationskraft der Partei ist nicht mehr stark genug, um die religiösen, kulturellen, regionalen und sozioökonomischen Gegensätze Indiens in sich zu vereinen.

Ihre politische Vorrangstellung im unabhängigen Indien hatte die Congress-Partei zwei Ursachen zuzuschreiben: Sie war die treibende Kraft im indischen Unabhängigkeitskampf und stellte mit Jawaharlal Nehru einen Premierminister, der weit über die Parteigrenzen hinaus unangefochten als nationaler Führer galt. Inzwischen sind die internen Konfliktstrukturen, die durch den Unabhängigkeitskampf in den Hintergrund getreten waren, längst wieder aufgebrochen. Regionale Identitäten, die in den 50er und 60er Jahren in das Korsett des Nation-building gezwängt wurden, brechen mit unverminderter Wucht wieder hervor. Der säkulare Staat sieht sich plötzlich einer Bedrohung durch religiös argumentierende Parteien ausgesetzt. Auch die Untersten der indischen Gesellschaft, die Dalits (Unberührbare) und Adivasi (Stammesbevölkerung), haben sich in vielen Regionen politisch organisiert. War die Congress-Partei vor und in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit Indiens ein politisches 'Gemischtwarenlager', in dem sich Reiche und Arme, Moslems und Hindus, Brahmanen und Kastenlose trotz all ihrer Interessengegensätze wiederfinden konnten, so ist ihr dies schon längst nicht mehr möglich. An ihre Stelle treten Parteien, die die partikularen Interessen einzelner gesellschaftlicher Gruppen vertreten und nicht den gesellschaftlichen Konsens, sondern die Konfrontation suchen. Die Congress-Partei hingegen tut sich schwer, als 'Volkspartei' abzutreten. Immer wieder versucht sie, es allen recht zu machen und verstrickt sich dabei in solche Widersprüche, daß sie gar niemanden zufrieden stellen kann. Eine 'Massenintegrationspartei', wie sie der alte Congress darstellt, kann in einer durch religiöse und sozioökonomische Konflikte immer stärker heterogenisierten Gesellschaft nicht bestehen.

Mit Rama ins Goldene Zeitalter?

Zu den aufstrebenden Kräften, die religiöse Konflikte instrumentalisieren, gehört die Bharatiya Janata Party (BJP). 1980 als Splittergruppe der auseinanderbrechenden nationalistischen Janata Party entstanden, hat die BJP einen steilen politischen Aufstieg hinter sich, der in der jüngsten Wahl einen vorläufigen Höhepunkt fand. Längst hat die Partei ihr Image abgelegt, ausschließlich Partei hochkastiger Hindus und traditioneller Eliten zu sein, die aus Indien einen reinen Hindustaat machen wollen. Trotz aller Toleranz, mit der sich die BJP mittlerweile zu schmücken versucht, darf aber nichts darüber hinwegtäuschen, daß sie nur Einfluß gewinnen konnte, indem sie die schwelenden Konflikte zwischen der Mehrheit der Hindus und der muslimischen Minderheit propagandistisch anfachte und für ihre Zwecke nutzte.

In der von der BJP vorgeschlagenen Regierung war zwar ein Moslem als Minister vorgesehen. Dem derzeitigen Aushängeschild



Das habt ihr jetzt davon!

der BJP, A.B. Vajpayee, wird zudem eine gemäßigte und liberale Haltung nachgesagt. Als 1992 hinduistische Fundamentalisten im nordindischen Ayodhya eine angeblich auf der Geburtsstätte des hinduistischen Gottes Rama gebaute Moschee dem Erdboden gleichmachten, war es Vajpayee, der sich dafür entschuldigte. Daß aber nicht nur seine Partei, sondern auch er diese Trägödie ideologisch vorbereitete, die über 3.000 Menschenleben kostete, wird von den Kommentatoren der diesjährigen Wahl gerne übersehen.

Die BJP und ihre Verbündeten können politisch nur überleben, wenn sie auch weiterhin als Protagonisten eines hinduistischen Selbstbewußtseins auftreten. Ihren größten Rückhalt finden sie bei den vom Modernisierungsprozeß marginalisierten Bevölkerungsgruppen, die vom propagierten Fortschritt ausgeschlossen sind. Dazu gehören nicht nur die Armen, sondern auch Teile der traditionellen Eliten, die ihre einstmalige Vormachtstellung z.T. an die aufsteigende Mittelschicht verloren haben. Die Hindufundamentalisten wollen ein 'goldenes hinduistisches Zeitalter' einläuten, das nicht nur symbolisch an alte indische Legenden anknüpft: an Zeiten, als der Gottkönig Rama mit der Hilfe treuer Bundesgenossen das Böse bekämpfte und der Gerechtigkeit zum Sieg verhalf. Diesen Mythos kennt in Indien jedes Kind, und er appelliert an die Sehnsüchte einer sich entwurzelt fühlenden Generation. Eine auf derartige Mythen bauende Ideologie hat keinen Platz für Klassen- und Kastengegensätze, sondern versucht eine Volks- oder besser gesagt: Hindusolidarität wachzurufen, die jedoch nur durch die Behauptung und Beschwörung einer existentiellen Gefahr bestehen kann. Diese Gefahr drohe von den andersgläubigen Moslems und den Christen, aber auch vom westlichen Imperialismus, der durch die multinationalen Konzerne verkörpert werde. Mit dieser in Teilen fortschrittlich klingenden Ideologie, die als eine rechte Variante der Kapitalismuskritik anzusehen ist, bekämpfte die BJP die Liberalisierungspolitik der Congress-Regierung unter Rao.

Wirtschaftsreformen gegen die Armen

Die umfassende Wirtschaftsreform gilt als das prägende Element der Ära Rao. Als Rao 1991 die Regierungsgeschäfte übernahm, befand sich der indische Staat am Rande des Bankrotts. Die Devisenreserven reichten gerade noch aus, um die Importe für weniger als zwei Wochen zu bezahlen, -zig Tonnen Gold waren bereits an ausländische Banken verpfändet und hohe Inflationsraten führten zu Unzufriedenheit und politischen Unruhen. Galt Indien in den 80er Jahren noch als Nation, deren Auslandsverschuldung wenig Anlaß zur Besorgnis gab, so hatte die Verschuldung mit etwa 80 Mrd. US$ inzwischen lateinamerikanische Dimensionen erreicht. Innerhalb weniger Wochen leierten Rao und sein Finanzminister Manmohan Singh eine Wirtschaftsreform an, die an den Grundfesten indischer Ordnungspolitik rüttelte. Mit Liberalization, Privatization und Globalization wollte Premier Rao die angeschlagene indische Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs bringen (vgl. 'blätter' Nr. 206). Importbeschränkungen wurden gelockert, Einfuhrzölle drastisch gesenkt und der ausufernde Bürokratismus (Licencing Raj) entschärft, um die Entfaltung der Produktivkräfte nicht zu behindern. Zur Förderung der Exportwirtschaft wurden gleich zu Beginn der Wirtschaftsreform die indische Währung um gut 20 Prozent abgewertet und die Exportkontrollen abgeschafft. Staatliche Betriebe wurden in großer Zahl in Aktiengesellschaften umgewandelt und privatisiert. Um das Investitionsklima zu verbessern, wurde das Kündigungsschutzgesetz für ArbeiterInnen im formellen Sektor aufgeweicht. Der galoppierenden Staatsverschuldung sollte vor allem durch die Streichung von Subventionen Einhalt geboten werden. Indien, das jahrzehntelang eine äußerst restriktive Politik gegenüber multinationalen Unternehmen verfolgt hatte, begann nun, diese zu Investitionen zu drängen.

Im Wahlkampf stellte die bisherige Regierung gerade die Wirtschaftsreform als ihr Glanzstück dar. Es sei gelungen, die Nation vor dem wirtschaftlichen Ruin zu retten und den Anschluß an die führenden Industrienationen der Welt herzustellen. Tatsächlich wurden die Staatsausgaben erheblich reduziert, und die Exporte und Devisenreserven stiegen. Auslandsinvestitionen in Höhe von fast 12 Mrd. US$, die zwischen April 1991 und November 1995 ins Land geflossen sind, sorgen dafür, daß die Bewohner Indiens inzwischen nicht mehr auf Coca-Cola und Kentucky Fried Chicken verzichten müssen – sofern sie Geld dafür haben.

So beeindruckend die Zahlen über die Genesung der indischen Wirtschaft sein mögen, die WählerInnen haben sie kalt gelassen. Für sie sind ganz andere Dinge wichtig, etwa wieviel sie für ihr tägliches Essen ausgeben müssen, oder ob sie jeden Tag eine Arbeit finden und wieviel sie dafür erhalten. Gerade den Ärmsten hat die Wirtschaftsreform bislang wenig gebracht. Subventionskürzungen haben z.B. die Nahrungsmittelpreise und Eisenbahntarife kräftig ansteigen lassen. Der Staat spart auf Kosten der Armen, ohne daß gleichzeitig die Löhne angestiegen oder Arbeitsplätze in ausreichender Anzahl geschaffen worden wären. Unabhängigen Schätzungen zufolge ist der Anteil der Menschen unterhalb der Armutsgrenze zwischen 1990/91 und 1992/93 von 35,5 auf 40,7 Prozent angestiegen, die Zahl der absolut Armen um 60 Millionen. Die beachtlichen makroökonomischen Erfolge bei der Wirtschaftsreform haben die Marginalisierung großer Bevölkerungsgruppen zur Folge. Die Quittung dafür hat die Regierung Rao nun kassiert. Die BJP hat zwar mitnichten ein realistisches Sozialprogramm anzubieten, konnte aber unbestimmte Hoffnungen an sich binden.

Susanne van Dillen/ Eberhard Weber



Reformen lassen uns kalt **Foto: Rainer Hörig**

Susanne van Dillen, Geographin, arbeitet an ihrer Doktorarbeit in Südindien; **Eberhard Weber**, Geograph, lebt in Kirchzarten.

Anmerkung:

1) Nicht zum ersten Mal in der indischen Geschichte war Korruption ein wichtiges Wahlkampfthema. Bereits 1977 zog ein breites Bündnis unter Führung des Sozialisten Jayaprakash Narayan gegen Korruption und das autoritäre Regime Indira Gandhis in den Wahlkampf. Erstmals im unabhängigen Indien wurde damals die Congress-Partei auf die Oppositionsbank verbannt.

Kriegsgegner und Betonphalanx

In der Türkei formiert sich eine Friedensbewegung

In der Türkei beherrschen die Betonfraktionen die politische Szenerie. Schon Yilmaz, Ministerpräsident für drei Monate, verfolgte den harten Kurs seiner Vorgängerin Ciller. Jetzt wird ein neuer Premier gesucht. Aber selbst wenn demnächst der Islamist Erbakan ernannt würde – die Kriegspolitik würde wohl auch er fortsetzen. Hinter allem steht das Militär und der Kemalismus. Gegen diese Phalanx entwickelt sich langsam eine Friedensbewegung.

Anfang März konnte der Westen zunächst aufatmen. Die beiden rechtskonservativen Parteien ANAP und DYP einigten sich nach über zweimonatigen Koalitionsverhandlungen auf eine Regierungskoalition, wobei Mesut Yilmaz, ein ehemaliger „Kronprinz" des verstorbenen Staatspräsidenten Özal, (zunächst) das Amt des Ministerpräsidenten übernahm. Die in den europäischen Medien immer wieder heraufbeschworene Gefahr einer islamistischen Machtübernahme durch die Wohlfahrtspartei RP unter Necmettin Erkaban, die mit Abstand als stärkste Partei aus den Parlamentswahlen hervorgegangen war, schien gebannt. Was machte es schon, daß auf den Listen der „liberalen" Mutterlandspartei ANAP auch die rechtsradikalen Islamisten der BBP (einer Abspaltung der faschistischen MHP), die für das Massaker in Sivas 1993 wesentlich mitverantwortlich sind, ins Parlament gezogen waren. Welcher EG-Politiker hatte sich jemals dafür interessiert, daß die bisherige Ministerpräsidentin Ciller seit zwei Jahren in einer geheimen Koalition mit der MHP regierte.[1]

Yilmaz stellte prompt ein Gruselkabinett von Folterern, Polizeichefs und Faschisten als Regierungsmannschaft vor. Mhmet Agar, Polizeichef während der Regierungszeit Ciller und verantwortlich für mehr als 2.000 nachgewiesene Folterungen und das massenhafte „Verschwindenlassen" während seiner Amtszeit, wurde ausgerechnet zum Justizminister ernannt. Zum Staatssekretär im Justizapparat ernannte Agar den bisherigen Staatsanwalt am Staatssicherheitsgericht Konya.[2]

Die Aufzählung von Kontra- und Polizeichefs in Yilmaz Kabinett und Parlament ließe sich fortsetzen. Sie steht für die Kontinuität des Kriegs- und Gewaltkurses in der türkischen Politik, gleich welche der großen Parteien nun den Ministerpräsidenten stellen mag.

Kein Umdenken absehbar

Trotz alledem machte Mesut Yilmaz bei Regierungsantritt genau wie seine Vorgänger freundliche Miene zum tödlichem Spiel und die üblichen Versprechungen: Demokratisierung und neue Schritte in der Kurdenpolitik. Nachdem er publicity-wirksam kurz vor der Regierungsübernahme dem Schriftsteller Yasar Kemal, dessen Verurteilungen wegen eines Spiegel-Essays vor einem Jahr der Türkei schlechte internationale Presse beschert hatte, seine werten Absichten erläutert hatte, wurde dieser am Tag nach Yilmaz Regierungsantritt vom Staatssicherheitsgericht erneut zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

In den Großstädten Mersin und Istanbul bewiesen unterdessen schießwütige Polizisten, daß auch sie Cillers Politik, den Krieg auf die Großstädte des Westens auszudehnen, fortzuführen gedenken. Im April wurden in Mersin vier Jugendliche auf offener Straße erschossen und auf der 1.-Mai-Demonstration in Istanbul, mit über 100.000 Menschen die größte Mai-Demonstration seit 1978, erschoß die Polizei drei Menschen. Als wohlfeiles Gerede erwies sich die Ankündigung einer neuen Kurdenpolitik spätestens mit der neuen Armeeoffensive, die die Politik der Dorfzerstörungen, Bombardierungen und Tötungen kurdischer Zivilisten fortsetzt.

Zwar nimmt inzwischen auch innerhalb der türkischen Bourgeoisie die Zahl derjenigen zu, die erkennen, daß der Krieg die Türkei immer weiter in die Sackgasse treibt und die türkische Wirtschaft vollends ruiniert. Fast 15 Milliarden Dollar verschlingen die Kriegskosten jährlich. Innerhalb der kurdischen Gebiete ist die Wirtschaft weitgehend zum Erliegen gekommen, die Landwirtschaft, Wälder und andere natürliche Ressourcen sind zum Teil unwiderbringlich zerstört. Millionen von Binnenflüchtlingen, die in Slumvierteln, Zelten oder Behelfsbauten von der Hand in den Mund leben, sind der Volkswirtschaft entzogen. Als Kapitalist muß man nicht Kurdenfreund sein, um den durch den Krieg verursachten volkswirtschaftlichen Schaden zu erkennen.

Aber die Chancen selbst dieser Kreise, eine Änderung durchzusetzen sind gering. Einem wirklichen Umdenken der Regierung in der Kurdistanfrage dürften vor allem drei Faktoren entgegenstehen: zum einen die Bedeutung des Kemalismus als Staatsideologie (nach Kemal Atatürk) und die Macht der Militärs[3]. Diese ist ungebrochen. Das Militärs übt nach wie vor den entscheidenden Einfluß auch auf die türkische Innenpolitik und vor allem natürlich auf die Kurdistanpolitik aus. Das wird sich nach dem Rücktritt von Yilmaz nicht ändern. Zum zweiten existiert kaum eine wirklich verankerte kurdische Kraft, die bereit und in der Lage wäre, von den Militärs als „Alternative zur PKK" eingesetzt zu werden und schließlich steht auch das Heer der Kriegsgewinnler einer Friedenslösung entgegen. So bilden etwa die Zehntausende zählenden Dorfschützer, Sondereinheiten und Spezialteams inzwischen einen Staat im Staate.

Sonderzug in Richtung Frieden

Gegen den Krieg hat sich in den vergangenen Jahren eine Friedensbewegung formiert, die in diesem Jahr schon zahlreiche Großdemonstrationen durchführte. Im April beteiligten sich Zehntausende an einer Demonstration unter dem Motto „Frieden jetzt sofort". Am selben Tag trafen sich in Istanbul etwa hundert Frauen aus verschiedenen politischen Spektren und gründeten eine „Frauenfriedensinitiative", und am Abend startete der „Friedensexpreß" von Istanbul nach Diyabakir (s. Interview). Auch bei landesweiten Streik- und Aktionstagen der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes stand die Forde-

„Hungrig nach Frieden"

Fatma Kanar vom IHD (Menschenrechtsverein) in Istanbul zur Frauenfriedensinitiative und zum „Friedensexpreß" nach Diyarbakir.

Was sind Eure Beweggründe, eine Fraueninitiative zu gründen und was habt Ihr Euch vorgenommen?

Fatma Kanar: Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Frauen am stärksten die Auswirkungen des Krieges zu spüren bekommen – ob als Mutter, Ehefrau oder Angehörige von Gefallenen müssen sie die Folgen aushalten und auffangen. Wir erleben das, was in den USA als „Vietnam-Syndrom" bekannt wurde: Soldaten, die nach mehreren Jahren Kriegseinsatz nach Hause zu ihren Familien zurückkehren und im Grunde psychisch krank sind. Zwölf Jahre Krieg haben zu einer unvorstellbaren Verrohung und Brutalisierung der gesamten Gesellschaft geführt.

Die Fraueninitiative wurde im April von einem politisch sehr heterogenen Kreis gegründet. Die kurdischen Frauen erleben den Krieg jeden Tag – alle haben Angehörige verloren, wurden vertrieben, mißhandelt. Dagegen war es nicht für alle türkischen Teilnehmerinnen evident, daß das, was sich dort abspielt, als Krieg zu bezeichnen ist. Wir haben das erste Treffen vor allem dazu genutzt, uns kennenzulernen. Für die Zukunft wurden Aktionsvorschläge gemacht: Neben der üblichen Öffentlichkeitsarbeit wollen wir z.B. an den Busbahnhöfen demonstrieren, wo unter Kriegsparolen mit Tänzen, Trommeln und Musik Soldaten auf den Weg „an die Front" geschickt werden. Außerdem fand der Vorschlag viel Beachtung, Munitions- und Truppentransporte zu blockieren – aber ob das realistisch ist, vermag ich nicht zu sagen.

Wie versucht Ihr Kriegsverbrechen zu dokumentieren um die Verantwortlichen eines Tages zu belangen?

Wir haben über die Kriegsverbrechen Berichte veröffentlicht. Darüberhinaus versuchen wir z.B. in den Rehablitationszentren der Menschenrechtsvereine Menschen zu behandeln, die Opfer von Folter, Vergewaltigung und Mißandlungen geworden sind, wobei auch diese Einrichtungen in jüngster Zeit unter zunehmenden Druck des Staates geraten sind. Jeder, der Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen aufdeckt und anklagt, begibt sich in Lebensgefahr. Auch diejenigen, die sich wegen der Zerstörung ihrer Dörfer an die europäische Menschenrechtskommission wandten, sind in der Türkei starken Repressalien ausgesetzt.

Für Frauen, die Opfer von Vergewaltigung oder sexistischer Mißhandlung wurden, ist es aufgrund der feudalen Kultur noch einmal doppelt schwer darüber zu berichten. Wir haben daher enorme Schwierigkeiten, diese Verbrechen zu registrieren. Es ist allerdings erwiesen, daß sexuelle Mißhandlungen und Vergewaltigungen keineswegs Einzelerscheinungen sondern sehr verbreitet sind.

Fatma, Du hast am Friedensexpreß nach Diyarbakir teilgenommen, könntest Du uns einige Eindrücke schildern.

Es war überwältigend zu erleben, wie stark die Sehnsucht nach Frieden bei den Menschen ist. Bereits die Abfahrt am Bahnhof Istanbul war wie ein Fest. Es wurden Trommeln gespielt, getanzt, Friedensparolen gerufen und die Menschen waren in einer fast euphorischen Stimmung. In jeder Stadt, in der der Zug Station machte, erwartete uns auf dem Bahnsteig eine riesige Menschenmenge mit Blumen, Parolen, Tänzen. In Kayseri, wo fast keine Kurden leben, waren Vertreter türkischer Massenorganisationen gekommen, die vor kurzem noch vom „notwendigen Kampf gegen den Terrorismus" gesprochen haben. Selbst als wir mitten in der Nacht in Malatya einfuhren, wurden wir von tosendem Beifall und Parolen aus dem Schlaf gerissen. Die Menschenmenge hatte vier Stunden lang in der Kälte ausgeharrt. Es ist mir nicht möglich, die Stimmung auch nur annähernd in Worte zu fassen.

Und dann Diyarbakir. Als wir uns der Stadt nach über 30 Stunden nähern, sehen wir vom Zug aus Panzer und Wachtürme, die uns bewußt machen, wo wir sind. Sobald wir uns der Stadt nähern, erscheinen links und rechts vom Zug aus den grünen Feldern Hunderte, ja Tausende von Kindern in ihren knallbunten Klamotten, die Arme in die Luft gerissen laufen sie auf den Zug zu. „Lauf doch, lauf, der Krieg wird enden, der Frieden kommt" rufen sie, als wenn nicht wir kämen, sondern tatsächlich der Frieden. Je weiter wir nach Diyarbakir einfuhren, umso mehr Menschen tauchten auf – aus den Wohnungen und Arbeitsstädten, jeder winkte, rief, schrie.

Schließllich hielt der Zug weit vor dem Bahnhof. Auf jeder Seite des Zuges standen Tausende Menschen. Wieder Blumen, Begrüßungen, alle hatten Tränen in den Augen. Aus dem Zug begannen wir Parolen zu rufen: „Schluß mit dem Krieg", von draußen ertönt es „Amed (kurdischer Name von Diyarbakir) hat seine Arme dem Frieden geöffnet". Sie riefen Parolen auf türkisch und wir – die türkischen FriedensaktivistInnen – auf kurdisch, bis sich die Parolen zu einer einzigen türkisch-kurdisch gemischten vereinigten. Als der Zug schließlich in Diyarbakir einlief, erwarteten uns mehrere Zehntausend Menschen, einige mit Wunden und Prellungen von den Schlägen, mit denen die Polizei versucht hatte, sie zu vertreiben. Jeder versucht uns die Hand zu geben, uns zu berühren. Ich muß es noch einmal sagen, die Stimmung, die Euphorie läßt sich nicht in Worte fassen. Die Menschen sind hungrig nach Frieden.

Du hast geschildert, wie stark nach zwölf Jahren Krieg bei den Menschen die Sehnsucht nach Frieden ist. Militärisch ist der Krieg für keine der beiden Seiten zu gewinnen, aber die kurdische Bevölkerung zahlt einen sehr hohen Preis, während die türkische Bevölkerung erst in letzter Zeit beginnt, die Auswirkungen des Krieges zu spüren. Welche Chance seht ihr, einen solchen Druck auszuüben, der es tatsächlich schafft, eine gerechte und dauerhafte Friedenslösung durchzusetzen?

Darauf kann ich nur antworten, daß die kurdische Bevölkerung alles nur erdenkliche für den Frieden getan hat. Von daher denken wir, es ist jetzt an der türkischen Bevölkerung, ihrerseits aktiv zu werden. Das betrifft vor allem die türkischen demokratischen Massenorganisationen, Gewerkschaften, NGOs, Parteien etc. Was die Durchsetzung eines gerechten und dauerhaften Friedens angeht, meine ich, muß die kurdische Bevölkerung entscheiden, was für eine Friedenslösung für sie annehmbar und gerecht ist. Gleichzeitig muß ich betonen, daß dies auch eine Angelegenheit der deutschen, schweizerischen, französischen und amerikanischen Bevölkerung ist, denn der Krieg wird mit den Waffen geführt, den diese Ländern liefern. Die Menschen in diesen Ländern müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und Druck auf ihre Regierungen ausüben. Es ist auch ihre Aufgabe, den Boden für eine Lösung vorzubereiten.

rung nach Beendigung des Krieges im Mittelpunkt.

Schon in den 70er Jahren existierte in der Türkei ein „Friedenskomitee", das aber aufgelöst wurde und dessen Mitglieder in den 80er Jahren zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden. Obwohl der Krieg gegen die Kurden (und andere Minderheiten) so alt ist wie die Türkische Republik, gehörte er dennoch nicht zu den Themen des Komitees, das sich an der internationalen Friedensbewegung für Abrüstung orientierte und für einen Ausgleich mit Griechenland eintrat. Die Kurden im eigenen Land wurden (und werden bis heute) auch von „demokratischen" Intellektuellen als Separatisten angesehen, gegen die es die über allem stehende Einheit der Türkei zu verteidigen gelte.

Erst 1992 gründeten sich dann trotz drohender Repressionen die ersten kleinen Vereine der „Kriegsgegner". Es kam zu öffent-

lich erklärten und illegalen Verweigerungen, da das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Türkei nicht existiert. Ein Grundstein der heutigen Friedensbewegung wurde auf dem „Demokratie-Kongreß" im Winter 1993/94 gelegt, den Yasar Kemal und andere Schriftsteller, Filmemacher und Intellektuelle organisiert hatten. Die Abschlußresolution des Kongresses, in dessen Mittelpunkt der enge Zusammenhang zwischen Krieg und allgemeiner Repression stand, da der Krieg jede Liberalisierung verhindere, forderte erstmals lautstark eine politische Lösung und die Durchführung eines Friedenskongresses. Zur gleichen Zeit entstanden weitere Friedensinitiativen wie das vom islamischen Intelektuellen Ismail Nacar gegründete Friedenskomitee oder die „Intellektuelleninitiative für Frieden", die der Schauspieler und Allround-Künstler Sanar Yurdatapan ins Leben gerufen hat. Yurdatapan schaffte es im vergangenen Jahr, mehr als tausend angesehene Intellektuelle, Geschäftsleute und Politiker für die gemeinsame Herausgabe eines Buches mit dem Titel „Gedankenfreiheit" zu gewinnen, in dem der inkriminierte Essay von Yasar Kemal sowie andere „verbotene Schriften" publiziert – und daraufhin natürlich ebenfalls verboten – wurden. Aktive Unterstützung erfahren die Friedensaktivitäten auch von den Menschenrechtsorganisationen.

Je stärker der Krieg sämtliche gesellschaftlichen Bereiche beeinträchtigt – auch der türkischen Gesellschaft –, umso mehr beginnen gesellschaftliche Gruppen sein Ende zu fordern: Architekten und Bauingenieure, denen die Millionen von Vertriebenen jede Stadtplanung unmöglich machen; Ärzte und Schwestern, da ihre Berufsgruppe kriegsbedingten Repressalien ausgesetzt ist wie z.B. willkürlichen Versetzungen; Lehrer, da zum einen die Mehrzahl der Schulen in Kurdistan geschlossen wurde und zum anderen die Lehrer, die sich weigern, Spitzeldienste für die Soldaten auszuführen versetzt, bedroht und ermordet werden; Arbeiter und Gewerkschafter, da sie den Zusammenhang von Sparpolitik und hohen Kriegskosten sehr wohl erkennen.



Der „Friedensexpreß" nach Diyarbakir (Foto: Daganan Şaban)

Kemals Hinterlassenschaft

Die Mehrheit der Friedensaktivitäten aber geht bislang von KurdInnen aus. Es war die kurdische HADEP-Partei, die zur großen Demonstration im April aufgerufen hatte und die Menge, die den Friedensexpreß in den kurdischen Städten empfing, war um einiges größer als die Zahl der türkischen UnterstützerInnen. Mehrere türkische Intellektuelle fuhren „aus Termingründen" nur ein oder zwei Stationen mit, während die kurdische Bevölkerung wesentlich härtere Repressionen zu befürchten hatte als sie. Es bleibt fraglich, ob die sich formierende türkische Friedensbewegung den Hoffnungen und Erwartungen der kurdischen Bevölkerung gerecht werden kann.

So konnte die zu den Wahlen auf der HADEP-Liste kandidierende „Friedensliste" auch nur in den kurdischen Provinzen Stimmen gewinnen, wo sie trotz Wahlmanipulation und Repressalien Mehrheiten erreichte. Im Landesdurchschnitt blieb sie jedoch unter der 5%-Marke. Das Bündnis mit verschiedenen linken und demokratischen türkischen Kräften wirkte sich nicht aus. Nur wenige TürkInnen gaben der Friedensliste ihre Stimme. Mehrere linke Organisationen hatten selbst (erfolglos) kandidiert oder zum Wahlboykott aufgerufen. Selbst die „Demokratiebewegung" (YDH) Cem Boyners[4], der als Idealtyp des Liberalen im Interesse eines „zeitgemäßen türkischen Kapitalismus" zumindest lautstark für ein Umdenken in der Kurdenfrage eintritt, erhielt weniger als 1% der Stimmen. Anders ausgedrückt: Die übergroße Mehrzahl des türkischen Wahlvolkes stimmte für die Fortsetzung der reaktionär-nationalistischen Politik und damit auch des Krieges, denn darin unterscheiden sich die drei großen Rechtsparteien – ob islamisch oder nationalistisch – kaum.

Unbestreitbar gibt es innerhalb der türkischen Bevölkerung einen zunehmenden Unmut über den Krieg, was sich zum Beispiel in den Antikriegsparolen während der letzten Streiks oder auch in der Zahl von 400.000 Wehrflüchtigen ausdrückt: Junge Männer, die sich dem Kriegsdienst durch Nichterscheinen entziehen. Infolge der Furcht vor schärfster Verfolgung liegt die Zahl der offenen Kriegsdienstverweigerer jedoch nur bei 15 bis 20. Ein weiterer Faktor, der viele Menschen von einem offenen Engagement gegen den Krieg und damit gegen die Armee abhält, ist die nach wie vor dominierende Ideologie des Kemalismus und des Militärs in der türkischen Gesellschaft.[5] Auch wenn in den vergangenen Jahren aus ganz unterschiedlichen Sektoren der Gesellschaft (Linke, Liberale und Islamisten) begonnen wurde, die kemalistische Staatsideologie in Frage zu stellen, so ist diese doch weiterhin für die meisten TürkInnen noch fest verankert. Das gilt auch für fortschrittliche Intellektuelle und die Linke.

So werfen beispielsweise orthodoxe klassenkämpferische Linke der Frauenfriedensinitiative vor, auf ihrem Treffen nur die „kriegsbedingten Leiden der kurdischen Frauen" angehört zu haben ohne den „klassenmäßigen" Aspekt des Krieges zu diskutieren. Wieder andere Linke fordern von der PKK Garantien für eine freie politische Betätigung in Kurdistan im Falle einer offiziellen Existenz eines kurdischen Staates, bevor sie sich für den Frieden engagieren.

Trotz dieser Einschränkungen ist der türkischen Friedensbewegung durch ihre vielfältigen Aktionen ein gesellschaftlicher Durchbruch gelungen. Parallel zu den Aprilaktionen begann eine Unterschriftensammlung für eine Friedenslösung. Am 1. September, dem internationalen Antikriegstag, ist eine „Friedenskarawane" nach Kurdistan geplant, die aus vier verschiedenen Städten des Landes starten und sich unterwegs vereinigen soll. Die Bewegung steht am Anfang eines beschwerlichen Weges.

Nora Mielke

Anmerkungen:

1) Just zu dem Wahlen war eine ganze Formation von Kontraguerillachefs in die DYP eingetreten, von Ciller (gegen den Willen der Parteibasis) auf bevorzugten Listenplätzen nominiert, zogen sie direkt ins Parlament bzw. ins Kabinett ein.

2) Der hatte während eines Hungerstreiks im vergangenen Jahr öffentlich geäußert, das „Problem der Gefangenen" ließe sich doch „mit etwas Zyankali im Trinkwasser ganz einfach lösen".

3) Vgl. dazu den 'blätter'-Themenschwerpunkt „Türkei" (Nr. 207/1995).

4) Cem Boyer, ehemaliger Vorsitzender des größten türkischen Arbeitgeberverbandes und großer Textilindustrieller, hatte 1994 die YDH als „Partei neuen Typs" gegründet.

5) Kinder ab sechs Jahren schwören allmorgendlich beim Fahnenappell „ihr Leben dem Vaterland zu schenken" und den „heiligen" türkischen Boden, den Atattürk „heldenhaft den imperialistischen Aggressoren entrissen" habe, gegen alle Angriffe und Spaltungsversuche zu verteidigen.

Die Spuren der Gewalt

30 Kriegsjahre lasten auf Angolas Zukunft

Die Gesellschaft Angolas ist mit einer Zeitbombe in 'slow motion' konfrontiert. Jede(r) BewohnerIn kann rein rechnerisch in den nächsten Jahren zweimal von den vorhandenen Landminen in die Luft gesprengt werden. Gleichzeitig konnte sich die jüngste Minenkonferenz in Genf trotz aller Absichtserklärungen nicht zu einem eindeutigen Nein gegen Minen durchringen.

Nach jahrzehntelangen blutigsten Auseinandersetzungen wurden vor anderthalb Jahren mit der Unterzeichnung des Protokolls von Lusaka die offiziellen Kriegshandlungen in Angola beendet. Die Narben sind aber unübersehbar: Viele Städte im Landesinneren müssen noch immer aus der Luft versorgt werden. Ganze Landstriche sind minenverwüstet und für die Landwirtschaft nicht nutzbar. Mehrfache Minengürtel belagern die Bevölkerung und setzen sie einem allgegenwärtigen tödlichen Risiko aus.

In der östlichen Privinzhauptstadt Luena, in der sich 100.000 Einwohner und 90.000 Flüchtlinge zusammendrängen, landen täglich sechs riesige Transportmaschinen. Die Straßen sind vermint oder werden in der Regenzeit weggespült. Dementsprechend gibt es auf den kleinen lokalen Märkten auch überwiegend Hilfsgüter aus UN- und US-Beständen. Nur wenige lokale Früchte und Gemüse werden zu hohen Preisen angeboten, da die nutzbaren Flächen selbst für die Subsistenzproduktion zu klein sind.

Jeder öffentliche Raum ist von Obdachlosen besetzt. Selbst auf dem Bahnsteig der Benguela-Bahn, von dem seit 1983 kein Zug mehr abfährt, und im mondänen Kolonialkino campieren Flüchtlingsfamilien. Die Krankenhäuser sind voll von Minenopfern. Auf den Straßen sieht man viele Menschen, die an Krücken gehen. Besonders Frauen, die sich auf der Suche nach dem knappen Feuerholz immer weiter in die Peripherie begeben müssen, geraten in die Minenfelder.

Seit dem Beginn des Friedensprozesses sind weniger Tote zu beklagen als vielmehr Schwerverletzte. Die verwendeten Antipersonenminen sollen Menschen möglichst schwer verletzen, aber nicht töten. Invalide sind für die Gesellschaft teurer und produzieren auch nach dem Krieg immer wieder neue Opfer. Die perverse Phantasie in den Forschungsabteilungen der produzierenden Firmen brachte Minen hervor, die, durch einen ersten Zünder ausgelöst, erst einen halben Meter hochspringen, um dann durch einen zweiten ihre Stahlsplitter in die 'Weichziele' zu plazieren. Und dies zu niedrigen Preisen. Einfache Antipersonenminen sind schon ab drei US-Dollar auf dem Weltmarkt zu erwerben. Das Räumen einer Mine dagegen kostet je nach Bauart zwischen 300 und 1.000 Dollar.

In Angola tobte der blutigste und längste Stellvertreterkrieg des Kalten Krieges. Angola ist mit Kambodscha und Afghanistan das Land, das mit den meisten gelegten Minen pro Bewohner geschlagen ist. Es gibt keine Generation, die nicht grausamste Kriegshandlungen und zunehmende Verarmung erleben mußte.

Ende 1975 konnte nach einem Jahrzehnt des kolonialen Befreiungskampfes die Unabhängigkeit ausgerufen werden. Aber schon im selben Jahr begannen südafrikanische Kommandounternehmen in Angola zu operieren. Die Regierungspartei MPLA (Movimento Popular de Libertaçao de Angola) und die UNITA (Uniao Nacional para Independença Total de Angola) ließen sich im Kalten Krieg funktionalisieren. Beide Großmächte warfen ein Auge auf das geostrategisch wichtige Land, das zudem reiche Diamanten- und Ölvorkommen aufwies. Hinzu kam, daß Südafrika um fast jeden Preis die sogenannten 'Frontstaaten' destabilisieren wollte. Die UNITA gewann die Unterstützung des rassistischen Burenregimes und der USA und beherrschte die ländlichen Räume des Südens und des zentralen Hochlandes. Dagegen verbündete sich die MPLA mit dem sozialistischen Lager und konnte mit Hilfe kubanischer Truppen und sowjetischer Berater die Hauptstadt Luanda, die meisten Provinzhauptstädte und die nördlichen Provinzen halten. Die Frontlinien verliefen in Kreisen um die belagerten Städte. Dies ist der Hintergrund für die massive Minenproblematik, da jede Seite die andere mit Minen eingrenzen und längerfristig die gegnerische Gesellschaft zerstören wollte.

Dritte Kriegsrunde

Mit der Implosion der realsozialistischen Staaten und dem sich abzeichnenden Wandel in Südafrika verloren die externen Mächte ihre politischen Interessen an Angola. Die Weichen schienen in Richtung Frieden gestellt. Bei den im September 1992 abgehaltenen und von den internationalen Beobachtern als 'free and fair' bezeichneten Parlamentswahlen entfielen auf die MPLA über 50 Prozent und auf die UNITA etwas über 30 Prozent der Sitze. Unter dem Vorwand des Wahlbetrugs eröffnete die UNITA wieder die Feindseligkeiten, und so begann die vorläufig letzte und blutigste Kriegsrunde mit mehr als 1.000 Toten pro Tag. Zunächst ging die Taktik des Vorsitzenden Savimbi auf. Die Regierung, die ihre Truppen in Teilen bereits demobilisiert hatte, geriet in Panik und bewaffnete die städtische Bevölkerung. Die UNITA beherrschte trotzdem bald 75 Prozent des Landes.

Erst die mangelnde Unterstützung aus dem Ausland zwang die UNITA in die Knie. Südafrika wechselte mit der Machtübernahme des ANC die Seiten, und auch die Clinton-Administration wollte die Rohstoffe lieber unter Friedensbedingungen ausbeuten lassen und ließ ihren unsicheren Kantonisten Savimbi im Stich. Zudem befand sich der letzte Verbündete, Diktator Mobutu aus Zaire, Anfang der 90er Jahre selbst in Schwierigkeiten. Mitte 1994 war die UNITA militärisch am Ende und mußte an den Verhandlungstisch.

Mit der Unterzeichnung des Protokolls von Lusaka soll der Krieg durch Kasernie-



Ausgebombt und abgebrannt **Foto: Leon Maresch**

rung der Regierungstruppen und Zentralisierung bzw. Entwaffnung der UNITA-Truppen unter UNO-Aufsicht (UNAVEM III – United Nations Angola Verification Mission) beendet werden. Anschließend ist geplant, neue Einheiten unter Beteiligung von beiden Seiten aufzustellen. Entsprechend dem Beschluß des Sicherheitsrats vom Februar 1995 überwachen rund 7000 Blauhelme für zwei Jahre die Umsetzung des militärischen Teils des Protokolls. Der Zeitrahmen, das läßt sich bereits jetzt absehen, ist aus den folgenden Gründen nicht einzuhalten:

Im November 1995 sind die ersten UNITA-Militärs in ein Kasernierungslager eingerückt. Weitere 15 Lager sind vorgesehen. Abgesehen von logistischen, finanziellen und praktischen Problemen etwa beim Familiennachzug geht auch das Doppelspiel von Savimbi und seiner UNITA weiter. Bei den eingetroffenen Truppenteilen handelt es sich oft um zwangsrekrutierte Jugendliche, die mit veralteten Waffen ausgerüstet sind. So können die vorgesehenen Zahlen erreicht und die Kerntruppen zurückgehalten werden. Die UNITA kann zwar auf absehbare Zeit keinen neuen Krieg ohne externe Hilfe vom Zaun brechen, aber das Land weiter auf Jahre hinaus destabilisieren.

Handelskapitalismus pur

Bereits der Krieg wurde durch die Ausbeutung der Öl- und Diamantenvorkommen finanziert. Heute profitieren nur die Eliten von den Devisenerlösen. Es hat sich ein kruder Handelskapitalismus etabliert, der neben den Erträgen aus dem Öl- und Diamantengeschäft nur noch einige angeschlossenen Dienstleistungen braucht, um sich über Wasser zu halten. Das potentiell auch im Agrarbereich reiche Land hat zwar wegen der Ölausfuhren eine positive Handelsbilanz; die Kapitalbilanz ist aber stark negativ, da kaum investiert wird und die Auslandsverschuldung riesig ist.

Zwar wurde bereits Anfang der 90er Jahre in Richtung Neo-Liberalismus gesteuert, und Kontakte zum IWF und der Weltbank wurden gesucht, aber selbst den Bankern, die auch dieses Land mit ihren 'Strukturanpassungen' beglücken wollten, ist der Boden zu heiß. Das im Juli 1995 vom IWF begonnene 'Monitorprogramm' wurde abgebrochen, da Kriegs- und Planwirtschaft immer noch vorherrschend seien. Der angolanische Handelskapitalismus hat aber mit Planungs- bzw. übermäßigem Staatsaktivismus nichts zu tun. Auf Jahre hinaus sind die Erdöleinnahmen verpfändet und versickern dann ebenso unkontrolliert wie die Erlöse aus den Diamantenverkäufen. Die zahlreichen schwarzen Devisengeschäfte gehen zu Lasten der staatlichen Devisenreserven. Da bleiben kaum mehr staatliche Regulierungsmöglichkeiten übrig. Die Ausnahme bildet der Sektor Militär- und Sicherheitsapparate, in den der marginalisierte Staat über die Hälfte der verfügbaren Haushaltsmittel steckt. Dagegen müssen der Gesundheits- und Bildungssektor mit unter 10 Prozent auskommen. Die Folgen sind eine Million Malariafälle jährlich und die Ausbreitung der Schlafkrankheit.

Politisches Vakuum

Die humanitäre Situation ist weiter unbeschreiblich. Die Zahl der Hilfsbedürftigen wird von der UNO auf über 3,5 Millionen (von insgesamt 10 Millionen Einwohnern) geschätzt. Neben einer Million interner Flüchtlinge leben weitere 300.000 im Ausland. Direkte Not- und Nahrungsmittelhilfe brauchen gut 1,3 Mio. Menschen. Das Nahrungsmitteldefizit betrug 1995 700.000 Tonnen, 122.000 Tonnen Lebensmittel mußten per Luft verfrachtet werden.

In dieser prekären Nachkriegssituation herrscht ein gefährliches politisches Vakuum. Die Regierung hat sich aller Ideologie entledigt. Die politischen Kampfgemälde von früher verblassen. Natürlich sind alle für den Frieden und einen möglichst baldigen ökonomischen Aufschwung. Doch auf Vorschläge, geschweige denn Diskussionen oder politische Visionen, wie die soziale und ökonomische Misere der Gesellschaft anzugehen ist, stößt man nicht, auch nicht bei den Oppositionsparteien. Es scheint, als würden die Eliten des Landes die Situation noch etwas aufrechterhalten wollen, um erstens an Hilfs-

gelder zu kommen, zweitens in Ruhe ihre ökonomischen Strukturen für die Nachkriegsgesellschaft aufbauen zu können und drittens nicht die soziale Frage aufgreifen zu müssen. Denn in einem gefestigten Friedensprozeß wäre die soziale Frage auf der Tagesordnung, da es dann keine Entschuldigungen wie während der Kriegssituation geben wird. Wird die soziale Frage zum Sicherheitsproblem?

Anzeichen dafür gibt es bereits. So traten Ostern 1996 die LehrerInnen, die sich aus der vormaligen Einheitsgewerkschaft lösten, in den Streik. Wer nur im öffentlichen Dienst beschäftigt ist und keinen Zugang zu Devisen hat, muß sich eine zweite oder sogar dritte Verdienstmöglichkeit suchen. Die vierstellige Inflationsrate zehrt alles auf. Als Ende letzten Jahres die Organisation der invaliden Militärveteranen einige Plätze besetzte, um ihrer Forderung nach einer Grundrente Gehör zu verschaffen, wurden sie von neu aufgestellten Sicherheitskräften brutal abgeräumt. Daraufhin gingen die Protestierenden nach Hause und holten ihre alten Gewehre aus dem Schrank. Ob die soziale Bombe sich in Hungerrevolten entlädt oder der Übergang von der Kriegs- zur Nachkriegsgesellschaft voranschreitet, hängt entscheidend davon ab, ob die Verteilungsfrage zum Thema wird. Für die Eliten steht aber offensichtlich nur ein Sicherheitsproblem auf der Tagesordnung.

Zunächst aber gilt es, die wichtigsten Straßen und die direkte Umgebung der Städte freizubekommen. Das kann Jahre dauern. Auf den ersten Blick könnte man sich beim Betrachten der Räumungsflächen auf einer archäologischen Ausgrabungsstädte wähnen. Mit kleinen Schaufeln, Messern und einem Metalldetektor arbeiten sich die Räumer zentimeterweise durchs tropische Unterholz. Mit Splitterweste, Helm und dickem Plexiglas-Gesichtsschutz ist das eine schweißtreibende Angelegenheit. Dazu kommt die Angst, einen falschen Schritt zu tun. Bisher gibt es trotz einiger Propaganda von Firmen noch keine Räummaschine, die hundertprozentig arbeitet. Vollständige Räumung ist aber Voraussetzung dafür, daß das Gelände freigegeben werden kann.



Angolanische Souvenirs — Foto: R. Maro

Minenproduzenten lenken ab

Hundertprozentig versagt haben allerdings die Regierungsfunktionäre, die anläßlich der UN-Minenkonferenz in Genf den Einsatz und Export alter Antipersonenminen mit Übergangsfristen bis zu neun Jahren lediglich eingeschränkt haben. Antipersonenminen mit Mechanismen zur Selbstzerstörung oder Deaktivierung dürfen weiter produziert und exportiert werden. Davon profitieren in erster Linie die Industrieländer. Von einem echten Verbot betroffen sind nur die Produzenten alter Minentypen zum Beispiel aus China. Es wurde um Fehlerquoten, nicht um ein Totalverbot neuartiger High-Tech-Minen gerungen. Zehn Prozent dürfen nun andere als die vorgesehenen Ziele treffen. Ob die Fehlerquote in der Praxis nicht doch höher ist, kann von keinem Hersteller garantiert werden.

Antipanzerminen mit einem 'Antiräummechanismus', die die Lücke zur Antipersonenmine wieder schließen, dürfen zudem weiter hergestellt werden. Im Auftrag der Bundesregierung entwickelt die Firma 'Rheinmetall' einen solchen Minentyp. Die Ankündigung von Bundesverteidigungsminister Rühe im Vorfeld der Minenkonferenz in Genf, die Bundesregierung würde auf die Forschung, Herstellung und den Export von Antipersonenminen verzichten, erweist sich wieder einmal als gelungenes Ablenkungsmanöver.

Haben sich viele AktivistInnen der Anti-Landminenkampagne vom schalen Glanz der internationalen Gipfel blenden lassen? Schon die Wiener Konferenz im letzten Jahr erwies sich als Fehlschlag (vgl. 'Gute Mine zum bösen Spiel', blätter Nr. 209). Die Debatten auf solchen Konferenzen führen nicht selten aufs Glatteis, da dort nicht politisch, sondern militärtechnokratisch diskutiert wird. Eine weitere Konferenz zur Überprüfung des Minenprotokolls ist erst im nächsten Jahrtausend vorgesehen. Alles Gründe, die Kampagne gegen Landminen jetzt erst recht zu forcieren. Die angolanische Gesellschaft erwartet von den Menschen in den Herstellungsländern, daß sie den verantwortlichen Managern und Politikern die rote Karte zeigt.

Georg Lutz

Familienträume an der Wand — Foto: Georg Lutz

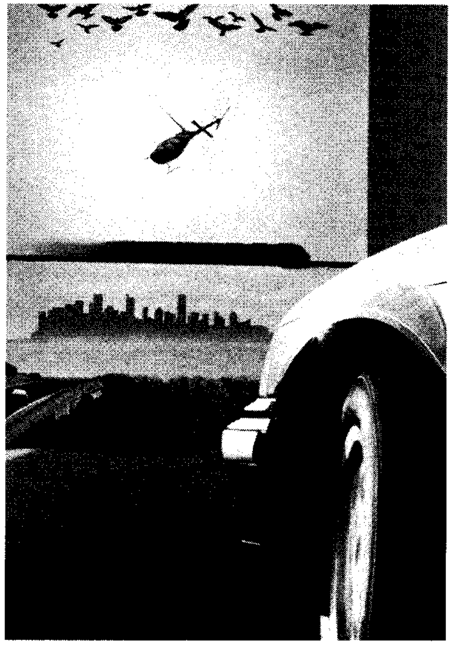
Georg Lutz ist Mitarbeiter im iz3w und nahm an einer EU-Delegationsreise nach Angola teil.

Weiter reisen?

Griechischer Wein..." Irgendwie hatten unsere Eltern es gut. Ihre Ferienwelten waren zwar nicht gerade vor der Haustür gelegen, aber überschaubar. Sie wählten zwischen der Riviera, der Costa Brava und später den griechischen Inseln. Anstrengende Fernreisen blieben einer Handvoll professioneller Globetrotter vorbehalten. Und wir? Trekking in Nepal, Strandrave in Koh Samui, Tauchurlaub auf den Malediven, Sprachkurs in Mexiko. Darunter machen wir es nicht mehr. Fernreisen gehören so selbstverständlich zu unserem Leben wie Farbfernsehen und Tiefkühlprodukte.

Natürlich wissen wir um die Wirkungen des Massentourismus. In der Ablehnung von 'Neckermännern', Hotelburgen und bierbäuchigen Sextouristen sind wir uns einig. Das Wort 'Tourist' nehmen wir nur mit Verachtung in den Mund. Oder wir lachen über sie, 'die Touristen', wenn Gerhard Polt sie in „Man spricht deutsh" so liebevoll porträtiert. Warum wir selbst in immer entferntere Länder verreisen? Ganz einfach, weil wir auf die Urlaubermassen keinen Bock haben. Wir glauben, es besser machen zu können als die anderen. Wir gehen schließlich nur in 'kleine Familienpensionen', essen 'landestypische Küche', suchen 'freundschaftliche Kontakte mit den Einheimischen' und 'sammeln unseren Müll selber'. Die Umweltbewußten unter uns nehmen ihr Fahrrad mit nach Australien oder wollen in afrikanischen Nationalparks die letzten Berggorillas retten. Die an 'Völkerfreundschaft' Interessierten buchen Studienreisen zu den 'Indianerstämmen Amazoniens'. Und wem das alles noch nicht politisch korrekt genug ist, der macht einen 'Projektaufenthalt in Kamerun', leistet 'Solidaritätsarbeit in Chiapas' oder untersucht für seine Diplomarbeit die Folgen des Dritte-Welt-Tourismus am Beispiel eines Badeortes in tropischen Gefilden.

Die Tourismusindustrie hat mit der Proklamation von 'sozialverträglichem Ökotourismus' und der Veranstaltung von Wettbewerben à la 'Grüner Koffer' die Gewissensberuhigung längst zum integralen Bestandteil ihrer Marketingstrategien werden lassen. Das sich aufgeklärt und kritisch gebende metropolitane Reisepublikum soll ja weiterhin für satte Zuwachsraten sorgen. Dieses touristische Wachstum ist mittlerweile derart beängstigend, daß niemand Geringeres als der Generalsekretär der World Tourism Organization (WTO), Antonio Savignac, bei der diesjährigen Internationalen Tourismusbörse in Berlin die verbale Notbremse zog. Er beklagte: „Die Lage ist ernst, und sie wird schlimmer. Der Druck des wachsenden Fremdenverkehrs auf unsere Destinationen ist enorm". Angesichts dieser Realitäten sei der vielproklamierte 'nachhaltige Tourismus' nur ein „Lippenbekenntnis" – allerdings eines, das die WTO bei anderen Gelegenheiten selbst am lautesten hinausposaunt.



Daß die Kritik am Tourismus jetzt schon von hartgesottenen Tourismusförderern formuliert werden muß, hat mit dem Siechtum der kritischen Tourismusdebatte zu tun. Ehemalige TourismuskritikerInnen preisen heute auf der Suche nach Verdienstmöglichkeiten der Tourismusindustrie ihre Konzepte eines 'sanften Tourismus' an und lassen sich bereitwillig als Feigenblatt vereinnahmen. Sie beschränken sich darauf, profitkompatible Marktinstrumente zur Beeinflußung der Touristenströme zu entwerfen oder moralisierend an die freiwillige Einsicht der Reisenden und der Industrie zu appellieren. Die Weiterführung der kritischen Ansätze durch eine jüngere Generation bleibt weitgehend aus.

Mit zeitlicher Verzögerung gegenüber der allgemeinen entwicklungspolitischen Diskussion hatte die Tourismusdebatte in den 70er und 80er Jahren dependenztheoretische Überlegungen zur Dominanz westlicher Gesellschaften und Ökonomien aufgegriffen und für eine politisch-ökonomisch argumentierende Tourismuskritik fruchtbar gemacht. In den 90ern hat zumindest die deutschsprachige Tourismusdebatte wiederum verzögert den Anschluß an den herrschenden Neoliberalismus geschafft und sich aller Kapitalismuskritik entledigt. Tourismus unterliegt denselben Verwertungsmechanismen wie die Textilindustrie oder das Prostitutionsgewerbe. Die Inwertsetzung von Landschaften, Ausbeutung von Arbeitskräften und Kommerzialisierung kultureller Ausdrucksformen ist nicht überwindbare negative Begleiterscheinung der Produktivkraftentfaltung im Tourismussektor, sondern unter den Bedingungen des globalen Kapitalismus ihre Voraussetzung. „Ewiggestrig", „unkonstruktiv" schallt es solchen Feststellungen heute jedoch entgegen, und außerdem entlasse der pauschale Hinweis auf das 'böse System' die Touristen aus ihrer persönlichen Verantwortung.

Das ist richtig und falsch zugleich. Richtig ist, daß auch kritische Köpfe sich unnötigerweise mit den Realitäten des Tourismus abfinden. Dabei haben wir innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen durchaus Einfluß auf unser Reiseverhalten. Und hat nicht jede/r die Freiheit, das persönliche Lebens- und Arbeitsumfeld so zu gestalten, daß zumindest die Fluchtmotivation als Reisegrund ausscheidet? Falsch, sagen jetzt die anderen, solange unser Alltag fremdbestimmt ist und die Arbeitsbedingungen Reproduktion nur in der 'Freizeit' und in den Ferien gestatten, wird Tourismus in seiner jetzigen konsumorientierten Form weiterexistieren.

Eine ernstzunehmende Tourismuskritik muß an verschiedenen Seiten ansetzen. Sie muß dem Bedürfnis der Menschen nach Reisen Rechnung tragen und über verträgliche Tourismusformen nachdenken. Sie muß die Systemfrage stellen und radikale Veränderungen hier bei uns einfordern, damit sinnvolle Reiseformen nicht dem Belieben des Einzelnen überlassen bleiben, sondern sich von selbst aus den gesellschaftlichen Verhältnissen ergeben. Und sie muß sich von allen abgrenzen, die im Namen von 'Ökotourismus' etc. zu jedem faulen Kompromiß bereit sind. Eines muß Tourismuskritik jedoch nicht: Verzicht predigen. Reisen an sich ist nichts schlechtes. Kommt nur drauf an, was wir daraus machen.

Die Redaktion



Foto: Sabine Adorf

Alles

Die Förderung eine

im Namen de

Die Tourismusbranche wächst schneller als alle anderen Sektoren der Weltökonomie. Nicht nur die bundesdeutsche Entwicklungspolitik, sondern auch Fair-Trade-Organisationen wie die GEPA wollen auf den Zug aufspringen und in die Tourismusförderung einsteigen. Damit zeichnet sich ein Paradigmenwechsel in der Bewertung des Dritte-Welt-Tourismus ab.

567 Millionen grenzüberschreitende Reisen wurden laut der Welttourismusorganisation WTO 1995 unternommen, eine Steigerung von 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Obwohl einzelne Länder oder Regionen aus verschiedenen Gründen mit Mißachtung der Reisenden gestraft werden, bietet der Fernreisemarkt weiterhin bis zu zweistellige Zuwachsraten. Die Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr stiegen letztes Jahr um 7,2 Prozent auf 372 Milliarden US Dollar. Trotz anhaltender Rezession in vielen Ländern verzichten insbesondere EuropäerInnen kaum auf Fernreisen. Der Tourismus in die südlichen Länder wuchs insgesamt deutlich schneller als in und nach Europa.

Tourismus ist heute schon der größte Wirtschaftszweig der Welt, und der Welttourismusrat WTTC hebt hervor, daß dieser schneller wachse als die globale Wirtschaft. Für die zukünftige Tourismusentwicklung sei eine Liberalisierung im internationalen Reiseverkehr, wie in den GATT-Abkommen festgeschrieben, von entscheidender Bedeutung, meinte unlängst der Generalsekretär der OECD, Jean Claude Paye. Aufgrund des enormen Wachstums erfahre die internationale Tourismusindustrie eine völlige Umstrukturierung. Eine bedeutende Strukturanpassung habe sich dank der Flexibilität der Unternehmen bereits vollzogen, unterstreicht die OECD. Nun seien die Regierungen gefordert, der Branche entsprechende Rahmenbedingungen vorzugeben bzw. diese anzupassen.

Die Folge dieser Strukturanpassung ist eine unübersichtliche Diversifizierung der touristischen Angebote. Neue Formen von Pauschalurlauben wie z.B. „All inclusive"-Angebote, bei denen die Touristen von Essen über Trinken bis hin zu den Zigaretten nahezu alles vorgesetzt bekommen, was sich konsumieren läßt, kommen immer mehr auf. Eine Konzentrationswelle führt dazu, daß z.B. die Fluggesellschaften verstärkt Kooperationen mit anderen Unternehmen wie Hotelketten oder Tour-Operators eingehen. Der Drang, die Marktstellung auszubauen, ist mitverantwortlich für die heute bestehenden Überkapazitäten und die daraus resultierende Tiefpreispolitik, die Reisen nach Fernost inzwischen für einen Tausender möglich macht.

Abstinenz ist out

Angesichts dieser Entwicklung des internationalen Tourismus liegt es geradezu in der Luft, daß bundesdeutsche Tourismusförderung für die Länder des Südens wieder hoffähig wird. Massive Kritik an den sozialen, kulturellen und auch wirtschaftlichen Auswirkungen des Tourismus in den 'Entwicklungsländern' hatte in den 70er und 80er Jahren dazu geführt, daß die Tourismusförderung durch das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und andere staatliche Institutionen wie der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) nur auf Sparflamme kochte. In der BMZ-Studie „Tourismus in Entwicklungsländern" von 1993 haben die Autoren die bisher geübte „Abstinenz" in Sachen Entwicklungszusammenarbeit auf dem Ge-

inklusive

Wachstumsbranche Entwicklungshilfe

biet des Tourismus gerügt. Sie bemängelten, daß sich die Tourismuspolitik bis heute an den tourismuspolitischen Leitlinien von 1974 orientiert, die die derzeitigen Problemstellungen im internationalen Tourismus kaum erfaßten. Tatsächlich wurde z.B. ökologischen Fragestellungen damals keinen Platz eingeräumt, weil man fälschlicherweise davon ausging, daß durch den Tourismus die Natur in ihrer Ursprünglichkeit erhalten werde.

Laut Thomas Feige, Tourismusexperte im BMZ, beabsichtigt das Ministerium auch in Zukunft nicht, den Tourismus schwerpunktmäßig zu fördern, obwohl eine konzeptionelle Weiterführung sicherlich anstünde. Große Veränderungen in der bisherigen Förderpolitik könnten nicht erwartet werden, zumal auch in den letzten Jahren schon bestimmte Maßnahmen und Tourismusprojekte gefördert worden seien. Dies sei jedoch unter einem anderen Titel geschehen. So sei beispielsweise die Umweltaufklärung für Touristen in Tunesien als Maßnahme zum Umwelt- und Ressourcenschutz unterstützt worden.

Noch vor kurzer Zeit hörte sich dies etwas anders an. Gegenüber der entwicklungspolitischen Zeitschrift „Vehement" versicherte das BMZ, daß seit mehreren Jahren „keine Neuzusagen der Finanziellen oder Technischen Zusammenarbeit mehr für Tourismusprojekte getätigt" wurden. Unter dem Deckmantel des Ökotourismus wird Tourismusförderung jetzt aber wieder akzeptabel. Eine entsprechende Studie im Auftrag des BMZ hat dafür 1995 den Grundstein gelegt. Darin hatte eine 'Arbeitsgruppe Ökotourismus' unter anderem Kriterien dafür festgelegt, wie 'Ökotourismus' im Rahmen von Entwicklungshilfe gefördert werden kann.

Besser dienen

Während die Tourismusförderung in Deutschland wie auch in der Schweiz bislang noch auf kleiner Flamme dahinköchelt, wurden allein zwischen 1990 und 1994 von der EU 78 Millionen ECU für Tourismusmaßnahmen zugesagt. Grundlage dafür bildet das vierte Lomé-Abkommen, das für die AKP-Staaten eine touristische Entwicklung als lohnenswert beurteilt, da sie in diesem Bereich beträchtliche Standortvorteile vorweisen könnten. Mit integrierten Tourismusprogrammen für die Karibik, den Pazifik und den Raum des Indischen Ozeans sollen die Touristenankünfte aus Europa dauerhaft erhöht werden. Die EU-Mittel werden für Messen, Werbung, Konferenzen, Ausbildung und Durchführbarkeitsstudien z.B. für Hotelprojekte in der Türkei oder in Ho Chi Minh Stadt bereit gestellt. Die EU beteiligte sich aber auch an Investitionen für Tourismusresorts, z.B. in Thailand mit 500.000 ECU. Der Senegal erhielt 1992 1,9 Millionen ECU für die Tourismuswerbung aus dem Europäischen Entwicklungsfonds.

Die deutsche Politik will sich in Zukunft offensichtlich stärker an der EU-Praxis orientieren. Im Januar 1996 brachten die Koalitionsfraktionen einen Antrag zu „Tourismus in die Dritte Welt" in den Bundestag ein. Das erklärte Ziel, so die fremdenverkehrspolitischen Sprecher Olaf Feldmann (FDP) und Rolf Olderog (CDU), sei eine deutsche Entwicklungshilfe, die verstärkt darauf hinwirke, daß sich der Tourismus in Ländern der Dritten Welt sozialverantwortlich und umweltverträglich entwickle. Die Bundesregierung soll durch die vorgeschlagene neue 'sozial- und umweltverträgliche Tourismuspolitik' eine imagefördernde Vorreiterrolle einnehmen. Die Forderungen im vorliegenden Antrag böten hierzu vielfältige Möglichkeiten: Unterstützung von Tourismus-Beratung, Integration des Tourismus als Wirtschaftsfaktor, Förderung von Modellprojekten und manches mehr. Zudem soll die einheimische Bevölkerung in den Zielgebieten Informationen erhalten, um besser auf ihre Rolle als Gastgeber vorbereitet zu sein. Sozialverantwortlich bedeutet hier wohl eher, die Diener besser wissen zu lassen, was von ihnen erwartet wird...

Moralappelle statt Partizipation

Insgesamt zeichnet sich der Antrag in erster Linie durch moralische Appelle an die Reiseindustrie und die Reisenden selbst aus. Politische Instrumente und Maßnahmen, mit denen die postulierten Forderungen durchgesetzt werden könnten, werden nicht benannt. Der Antrag sieht zwar vor, lokale Umweltgruppen zur Mitwirkung an der Tourismusentwicklung einzuladen. Dies bedeutet aber noch lange nicht, daß deren Ansichten in die Konzeption Eingang finden. Von Partizipationsmodellen, die der ansässigen Bevölkerung Raum zum Mitplanen und Entscheiden lassen, ist nirgends zu lesen.

Der Antrag, der derzeit in den Ausschüssen zur Beratung liegt, wurde im Bundestag von der Opposition heftig kritisiert. Angesichts der zahlreichen offenen Fragen, Fehler und Mängel sowohl in der Analyse des Dritte-Welt-Tourismus als auch in den Forderungen wurde vor voreiligen Entscheidungen über eine neue Tourismusförderungspolitik der Bundesregierung gewarnt.

Wichtige Erfahrungen der Vergangenheit mit dem Tourismus wurden in dem Koalitionsantrag nicht berücksichtigt. So geht er von der Annahme aus, Tourismus biete für diejenigen Länder eine Chance, die in anderen Wirtschaftsbereichen geringe Entwicklungsmöglichkeiten haben, was bereits vielfach widerlegt wurde. Beispielsweise geht die vielbeachtete Weltbankstudie von Katrina Brandon davon aus, daß 55 Prozent der Tourismuseinnahmen in die Länder des Nordens zurückfließen; bei Ländern mit geringer Ausstattung an Infrastruktur diese Rate sogar bis zu 90 Prozent beträgt. Insbesondere dort, wo der gemeinhin als umweltverträglich und sozialverantwortlich angepriesene Ökotourismus stattfinde, bleibe am wenigsten Geld in den bereisten Ländern.

Reisen ist wie Kaffeetrinken

Doch es sind nicht nur staatliche Stellen in der BRD, die sich für eine Tourismusförderung in der Dritten Welt stark machen. Zunehmend sind die verschiedensten NGOs und Öko-Firmen in diesem Betätigungsfeld zu finden. Seit 1995 bietet z.B. das Ökoversandhaus „Waschbär" ein Sammelsurium von Reisen der verschiedensten Veranstalter sowie 'Projektreisen' an. Mit einer 'Costa-Rica-Rundreise' zur „Waschbär Ojoche Baumschule", wo jeder seinen eigenen Baum pflanzen könne, werde dieses ökologische Projekt unterstützt, heißt es im Katalogtext. Unkritisch wird in solchen Angeboten immer von einer positiven Wirkung für die Bevölkerung am Reiseziel ausgegangen. Die Umweltverträglichkeit ist ohnehin begrenzt. Flugreisen sind nun mal ökologisch wenig sinnvoll, auch wenn sie einem guten Zweck dienen. Eine Evaluierung der Auswirkungen ist in der Regel nicht vorgesehen.

Lediglich die GEPA, die nun mit „fair travel" ein Projekttourismus-Programm auf den Markt bringt, plant eine gründliche Auswertung. Mit drei Testreisen zu Handwerks- und Bauernkooperativen soll das neue GEPA-Produkt eingeführt werden. Stefan Stricher von Misereor, dem größten Gesellschafter der GEPA, meinte, daß es sich beim Reisen ähnlich wie beim Kaffee verhalte. Kaffee werde sowieso getrunken, dann solle er doch wenigstens verträglich hergestellt und vertrieben werden. Die GEPA betont, mit ihrem neuen touristischen Angebot nur dem Wunsch ihrer Handelspartner in der Dritten Welt entsprochen zu haben. Sie glaubt, daß die betroffenen Produzentenfamilien sich selbstbewußt genug gegenüber den Touristen verhalten würden. Eine Aufklärung über den Tourismus hat in den Familien, die in den wenigsten Fällen bisher mit Touristen zusammengetroffen sind, jedoch nicht stattgefunden. Ob die Dorfgemeinschaften wissen,

auf was sie sich einlassen, darf bezweifelt werden.

Im Aufwind befinden sich auch Entwicklungshilfeprojekte, die neben ihrem eigentlichen Projektzweck wie Gesundheitsförderung eine Tourismusanlage aufziehen. Begründet wird dies meist mit der unsicheren zukünftigen Fördersituation durch die Entwicklungszusammenarbeit oder durch die Hilfsorganisationen, weswegen eben andere Einnahmequellen aufgetan werden müßten. Es kann derzeit von über 1000 Dorfgemeinden und anderen Initiativen ausgegangen werden, die mit Klein- und Kleinstprojekten TouristInnen anlocken möchten. Die Anfragen nach Beratung für „sanfte Tourismusformen" bei den einschlägigen Institutionen und Firmen haben ungemein zugenommen. Oftmals werden sie von ehemaligen EntwicklungshelferInnen geäußert, die im Tourismus eine sichere Zukunft für sich und die betreffende Initiative sehen.

Tourismuskritik ade

Nur die großen Hilfswerke wie Brot für die Welt und Misereor halten sich derzeit zurück. Veränderungen zeichnen sich aber auch hier schon ab. Während z.B. bis vor wenigen Jahren nur die kritische Aufklärungsarbeit der Ecumenical Coalition on Third World Tourism in Bangkok unterstützt wurde, erhält heute auch die Consultingfirma der Coalition Geld für ihre Beratungsdienste u.a. für die Tourismuswirtschaft in Kambodscha.

Im umgekehrten Verhältnis zum Tourismusboom und dem Interesse an Tourismusförderung sinkt der Einfluß der Tourismuskritik in der Öffentlichkeit. Seit dem Ableben der Arbeitsgemeinschaft Tourismus mit Einsicht im Jahr 1993 finden allemal noch Hinweise auf positive Beispielprojekte der Tourismusentwicklung Gehör, wie sie vom neu gegründeten Studienkreis für Tourismus in Ammerland und der Fachstelle Ferntourismus im Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung in Leinfelden-Echterdingen lanciert werden. Mit ihrem Wettbewerb für sozialverantwortlichen Tourismus „TODO! 95" errangen sie große Aufmerksamkeit auf der ITB 1996.

Organisationen wie GEPA handeln mit ihren kleinen Tourismusprojekten zwischen Costa Rica und Schwarzafrika nach dem Prinzip des Faktischen. Daß sie sich dabei nicht mit den negativen ökologischen und soziokulturellen Folgen des Tourismus auseinandersetzen wollen, ist erstaunlich. Die Initiatoren schieben ihren Partnern in den Zielländern den Schwarzen Peter zu, denn von dort käme der Wunsch nach Partizipation am internationalen Tourismus.

Die Proteste derjenigen, die sich vor allem in Asien und Lateinamerika gegen geplante Tourismusprojekte zur Wehr setzen, finden allgemein wenig Resonanz und dringen höchst selten bis in andere touristische Zielregionen vor. Es fehlt immer noch an einer flächendeckenden Vernetzung von tourismuskritischen Initiativen. Angesichts der fortschreitenden Globalisierung ist aber insbesondere die Ausgestaltung der politischen Rahmenbedingungen des Tourismus wichtiger, als bislang von der Tourismuskritik in Süd wie Nord wahrgenommen wurde. So kommt z.B. der Lösung der zunehmenden Umweltschäden durch den Flugverkehr, der heute schon zu über 60 Prozent durch Urlaubsreisen verursacht wird, eine entscheidende Bedeutung zu. Doch solchen Fragen entziehen sich diejenigen, die der Tourismusförderung zum Zwecke der Einkommensschaffung in der Dritten Welt den Vorrang geben.



Tourismus ist ein Hospital **Foto: R. Maro**

Mechtild Maurer

Mechtild Maurer war lange Mitarbeiterin in iz3w und ist freie Journalistin.

Literatur:

Arbeitsgruppe Ökotourismus: Ökotourismus als Instrument des Naturschutzes? Foschungsberichte des BMZ, Band 116, Köln 1995.

BMZ (Hrsg): Tourismus in Entwicklungsländern. Entwicklungspolitik Materialien Nr. 88, Bonn 1993.

Brandon, K: Basis Steps towards Encouraging Local Participation in Nature Tourism Projects. In: Lindberg/Hawkins: Ecotourism, N. Bennington 1993.

Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht 80. Sitzung vom 18. 1. 1996.

OECD Tourism Policy Section: Internationaler Fremdenverkehr und Tourismuspolitik in den OECD-Ländern, PK ITB, Berlin, 12. März 1996.

500.000 für Clarence

Ökoreisen: Wenn die Natur zur Ware wird

Ökologie verkauft sich gut. Mit den Attributen 'sanft und sozialverträglich' umwirbt nun auch der Ökotourismus die KundInnen. Er gibt ihnen das Gefühl, nicht nur etwas Gutes für sich selbst und die Natur, sondern auch für die bereisten Einheimischen zu tun. Zu Recht?

Abenteuerreisende, Natur- und ExpeditionstouristInnen erobern die letzten weißen Flecken auf der touristischen Landkarte. Reisen in abgelegene, kaum zugängliche Gebiete zu noch weitgehend traditionell lebenden ethnischen Gruppen haben Hochkonjunktur. Das ganze nennt sich Ökotourismus. Seine VerfechterInnen argumentieren damit, daß dieser weder umweltschädigend sei noch negative Auswirkungen auf lokale Kulturen habe, die natürlichen Ressourcen schütze und für die einheimische Bevölkerung Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten schaffe. Bei genauerer Betrachtung läßt sich jedoch unschwer erkennen, daß die Definitionen je nach Interessenlage weit voneinander abweichen. So fassen beispielsweise die ReiseveranstalterInnen, aber auch staatliche Fremdenverkehrsbüros im Wissen um das große Potential von Reisenden, die auf „Öko" ansprechen, den Begriff Ökotourismus im allgemeinen sehr breit. Wandern, Trekking, Kanufahren und Riverrafting fallen genauso darunter wie klassische Ökotourismusreisen in das Naturparadies der Galapagos-Inseln, nach Manaus im Amazonasbecken, zu den Gorillas in Ruanda oder in die kenianischen, tanzanischen oder südafrikanischen Nationalparks.

Der Begriff Ökotourismus („Ecotourism") kam Mitte der sechziger Jahre in den USA auf. Gemeint war eine umwelt- und sozialverträgliche Form des Reisens, die Teil einer neuen, ökologisch orientierten Gesellschaft sein sollte. Heute verwendet man für diesen umfassenden Inhalt den Begriff „Sustainable Tourism", nachhaltiger Tourismus. Ökotourismus hingegen meint gemäß der Definition der in den USA beheimateten Ecotourism Society eine spezifische Form des Tourismus. „Während 'Sustainable Tourism' auch in Städten, ländlichen Gebieten oder in Form von Strandtourismus stattfinden kann, bezieht sich 'Ecotourism' auf relativ unberührte Naturräume, die häufig den Status von Schutzgebieten haben", heißt es in der 1995 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) herausgegebenen Publikation „Ökotourismus – ein Instrument des Naturschutzes?". Darüberhinaus wird der Partizipationsgedanke großgeschrieben; die lokale Bevölkerung soll in Planungs- und Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden und auch wirtschaftlich von den NaturliebhaberInnen, Jagd- und Safaribegeisterten profitieren.

Glaubt man dem in der Literatur wiederholt auftauchenden Steckbrief, sind die ÖkotouristInnen sensible, aufgeschlossene, für ökologische und kulturelle Fragen offene Menschen, die auf ihren Reisen mehr über die Hintergründe der sozialen Probleme und der Umweltproblematik wissen möchten. Hohes Bildungsniveau und mittleres Alter sind weitere oft erwähnte Eigenschaften der typischen ÖkotouristInnen. Ferner gehen die PromotorInnen von Ökotourismus davon aus, daß es sich bei ihrer Klientel durchweg um begüterte KundInnen handelt, die sich den Naturtrip einiges kosten lassen. Ökotourismus ist nicht gedacht für die breite Masse.

Die Frage nach dem Transport bleibt in der Diskussion über Ökotourismus ausgeklammert. ÖkotouristInnen aus dem Norden benutzen in der Regel das Flugzeug, da die meisten in Frage kommenden Naturschutzgebiete in den Ländern des Südens liegen. Da mittlerweile eindeutig bewiesen ist, daß Flugreisen die schlechteste Ökobilanz aller Verkehrsarten aufweisen, ist Ökotourismus nicht mit ökologisch verträglichem Reisen zu verwechseln.

Wirtschaftsfaktor Ökotourismus

Mit einer jährlichen Zunahme von zehn bis fünfzehn Prozent wächst innerhalb der internationalen Tourismusindustrie der Sektor Ökotourismus am schnellsten. Internationale Entwicklungsorganisationen wie die „Grüne" Weltbank (Global Environmental Facilities GEF) und insbesondere die verschiedenen Umweltverbände, Natur- und Tierschutzorganisationen wie beispielsweise der WWF (World Wildlife Fund) oder die UN-Umweltorganisation UNEP (United Nations Environment Programme) fördern den Ökotourismus im Rahmen der Ressourcen- und Naturschutzprogramme. Sie sehen in ihm eine nachhaltige Nutzungsform für bedrohte Natur- und Lebensräume.

Mit Nachhaltigkeit ist eine ressourcenschonende wirtschaftliche Entwicklung gemeint, die eine Erhaltung der natürlichen Lebensräume und der Biodiversität ermöglichen soll. Außerdem wird davon ausgegangen, daß sich Naturschutz nicht ohne wirtschaftliche Anreize realisieren läßt. Gefordert sind also umweltschonende, sprich nachhaltige wirtschaftliche Nutzungsformen. Ökotourismus wird als eine dieser nachhaltigen Nutzungsformen für bedrohte natürliche Lebensräume definiert, mit der der finanzielle Aufwand für die Nationalparkmanagements gedeckt und darüber hinaus für die Bevölkerung eine Existenzgrundlage geboten werden soll – Ökotourismus als sanfte Alternative zur Abholzung des Tropenwaldes und zur umweltschädigenden Minen- und Erdölindustrie.

Es gilt jedoch festzuhalten, daß das Konzept der Nachhaltigkeit nicht von den gängigen marktwirtschaftlichen Prinzipien abweicht. Die Natur oder die Biodiversität wird zu einem käuflichen Gut, zur Ware, die einen Preis hat und gehandelt wird. So gibt es neuerdings detaillierte Berechnungen über den Wert der Natur eines Landes: „Auf zwanzig Milliarden Dollar hat ein amerikanischer Wissenschaftler den Wert der Artenvielfalt alleine in Ecuador veranschlagt. (...) Der Marktwert der Natur resultiere daraus, inwieweit die Arten für die Biotechnologie nutzbar gemacht werden könnten. Dazu seien die Gewinne aus dem Verkauf der im Rahmen bestandsfähiger Entwicklung erzeugten Produkte sowie die Einkünfte aus dem Ökotourismus einzubeziehen. Der Forscher (...) plädiert dafür, Forschungen von Pflanzen vor-



An uns kommt ihr nicht vorbei

anzutreiben und traditionelle Kenntnisse der UreinwohnerInnen zu berücksichtigen. Mehrere in Ecuador tätige Pharmakonzerne haben bereits damit begonnen, die bioaktiven Wirkungen der in der indianischen Medizin verwendeten Kräuter patentieren zu lassen." (NZZ, 16. 11. 1995)

Löwen sind viel wert

Auch Entwicklungsorganisationen, die sich aufgrund der kritischen Debatten in den siebziger Jahren vom Tourismus verabschiedet haben und ihn kaum mehr fördern, denken heute wieder vermehrt an ein Engagement im Bereich Ökotourismus. Die bereits erwähnte Studie des BMZ, die dessen Vor- und Nachteile diskutiert und abschließend Richtlinien einer Tourismusförderung entwirft, ist u.a. ein Beispiel für diesen Trend. In der Schweiz klärt die Entwicklungsorganisation Helvetas zur Zeit ab, ob Ökotourismus als Komponente in das im Auftrag der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in der Dominikanischen Republik durchgeführte Umwelt- und Ressourcenschutzprogramm integriert werden soll.

Der Tourismusindustrie ist dieses Engagement der Umwelt- und Entwicklungsorganisationen höchst willkommen. Konfrontiert mit einer immer härter werdenden Konkurrenz sind die Reiseunternehmen auf der Suche nach neuen Märkten und setzen alles daran, ihre Produktpalette zu erweitern. Investitionen zum Erhalt von Natur- und Lebensräumen werden für die Branche lebenswichtig. Einige ReiseveranstalterInnen haben bereits Land gekauft und eigene Naturschutzgebiete eingerichtet.

In der Hoffnung auf dringend notwendige Devisen setzen auch immer mehr Länder des Südens auf diese „neue" Form des Tourismus. Berechnungen der Tourismusförderer über das wirtschaftliche Potential von Ökotourismus kommen erwartungsgemäß zum Schluß, daß Tourismus im Vergleich zur Land- und Viehwirtschaft eindeutig höhere Profite bringt. In einer Studie über Wildfarmen (Game Farming) in Kenia stellen sie beispielsweise fest, daß der sogenannte „Wildlife Tourismus" die 50mal lukrativere Form der Landnutzung sei als die traditionelle Viehhaltung. Den Wert eines ostafrikanischen Safari-Löwen schätzen sie auf 575 000 US-Dollar. Aus der Sicht der Tourismusförderung heißt die einfache Formel: reiche TouristInnen aus dem Norden sind ein gewichtiger ökonomischer Anreiz für Regierungen, Unternehmen und lokale Gemeinschaften im Süden, ihren Tier- und Pflanzenreichtum zu schützen, anstatt sie im Interesse kurzfristiger Profite auszubeuten.

Devisenflop

Die bislang gemachten Erfahrung mit Ökotourismus entsprechen jedoch kaum den optimistischen Hoffnungen der Tourismuspromoter. Zuviele der grünen Dollars fließen direkt wieder zurück ins Herkunftsland der TouristInnen, und die sogenannten Multiplikatoreneffekte auf andere Wirtschaftsbereiche sind praktisch überall ausgeblieben. Die Weltbank schätzt, daß durchschnittlich rund 55 Prozent der Tourismuseinnahmen wieder abfließen. Besonders wenig bleibe, so Katrina Brandon, Autorin eines Weltbank-Berichts, in abgelegenen Gebieten, die kaum erschlossen sind. Es fehlten die entsprechenden Strukturen, die lokale Ökonomie werde kaum belebt. Die Infrastruktur und die Waren zu importieren, sei oft viel einfacher, als diese lokal herstellen zu lassen. Sie schätzt, daß in diesen Gebieten bis zu 90 Prozent der Einnahmen die Kassen in den städtischen Zentren oder im Ausland füllen.

Ökotourismus werde nur mangelhaft in die regionalen Entwicklungspläne miteinbezogen, kritisiert Eddie Koch, der für UNRISD (United Nations Research Institute for Social Development) eine Studie über Ökotourismus in Südafrika erstellte. Die Initiativen blieben allzu isoliert und es würden keine Verbindungen zu anderen Wirtschaftsbereichen hergestellt.

Zwangsumsiedlungen für Tierreservate

Seit 1950 kann eine stetige Zunahme von Nationalparks in den Ländern des Südens festgestellt werden. Die UN-Umweltorganisation UNEP strebt an, in den nächsten Jahren zehn Prozent der Landesfläche in den sogenannten Entwicklungsländern unter Schutz zu stellen. Heute gibt es bereits Länder, die diese Zehnprozentmarke überschritten haben, wobei erwähnt werden muß, daß die einzelnen Schutzgebiete je nach Status unterschiedlich strengen Regeln unterworfen sind.

Allen anderslautenden Beteuerungen zum Trotz wurden bislang die sozialen Gegebenheiten bei diesen Maßnahmen wenig beachtet. So kam es nicht selten zu (Zwangs-) Umsiedlungen. Besonders krasse Beispiele sind aus Südafrika und Zimbabwe bekannt. Mußte die einheimische Bevölkerung zu Beginn dieses Jahrhunderts zuerst den europäischen Siedlern ihr fruchtbares Land abtreten, wurde sie Anfang der sechziger Jahre aufgrund der Einrichtung von Wild- und speziellen Jagdreservaten für die weißen Kolonialisten ein zweites Mal zwangsumgesiedelt.

So lebten beispielsweise die Shangaan bis zu Beginn der sechziger Jahre im Gebiet des heutigen Gonarezhou National Parks in Zimbabwe, des Krüger Parks in Südafrika und Moçambique. Bei der Einrichtung des Parks wurden sie vertrieben und gezwungen, sich in der sogenannten Pufferzone niederzulassen. Sammeln und Jagen innerhalb des Parks wurde verboten, was sozusagen einer Vernichtung ihrer Existenzgrundlage gleichkam. Traditionellerweise lebten die Shangaan weitgehend von der Jagd und dem Fischfang, die Ernte von den Feldern der Frauen ergänzte die Ernährung.

Heute betonen alle internationalen Naturschutz- und Entwicklungsorganisationen wie die Weltbank, USAID, IUCN, WWF und andere Nicht-Regierungsorganisationen, daß solche Naturschutzprogramme der Vergangenheit angehören. Ressourcen- und Umweltschutzprogramme würden nicht mehr ohne die Berücksichtigung der Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung durchgeführt, heißt es in ihren Papieren. Dennoch sind Konflikte zwischen den Nationalparkwächtern und der einheimischen Bevölkerung gang und gebe. Die ansässigen Bauern und Bäuerinnen haben wenig Verständnis für diese Form von Naturschutz, die ihre Lebenssituation verschlechtert. Die parallel zum Naturschutzprogramm in den Pufferzonen lancierten Landwirtschaftsprojekte würden zwar dazu beitragen, die Konflikte zu beschwichtigen, aber keineswegs eine tatsächliche Verbesserung der Lebenssituation bringen, meint Krishna Ghimire vom United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD) in einer Studie über die sozialen Auswirkungen der Natur- und Ressourcenschutzpolitik Thailands und Madagaskars. Er ist zudem der Meinung, daß sich die sozialen Konflikte um die Nutzungsrechte und Nutzungsformen in Zukunft zuspitzen werden: „Mit der zunehmenden Sorge der internationalen Gemeinschaft für den Umweltschutz und der derzeitigen Ideologie des Naturschutzes, der dem Schutz viel mehr Gewicht beimißt als der nachhaltigen Nutzung, werden lokale Gemeinschaften in Zukunft verstärkt unter bürokratischer Macht und an eigener Machtlosigkeit leiden".

Zum Beispiel Galapagos

Daß die Befürchtungen von Ghimire nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigt der im September 1995 auf den Galapagos-Inseln bei Ecuador ausgebrochene Konflikt. Die Galapagos-Inseln, die Charles Darwin mit ihrer einzigartigen Landschaft, den rauchenden Vulkanen, der reichen Tier- und Pflanzenwelt inspiriert haben sollen, die Evolutionstheorie zu entwickeln, sind ein beliebtes touristisches Ziel.

Seit Ende der siebziger Jahre ist die Zahl der TouristInnen von 10 000 auf 47 000 (1993) gestiegen. Für das Jahr 1997 rechnet man bereits mit 82 000. Vom Ökotourismusboom angezogen, immigrierten viele Festland-EcuadorianerInnen auf die Inseln. Lebten dort 1950 erst 1300 Personen, sind es heute rund 12 000.

Nicht alle sind glücklich über die stetig steigende Zahl der BesucherInnen und ImmigrantInnen. So sehen die großen auf dem Festland ansässigen Tourismusunternehmen, die das Geschäft kontrollieren, in ihnen eine potentielle Konkurrenz. Bis heute gibt es nur wenige Hotels auf den bewohnten Inseln, die meisten BesucherInnen übernachten auf einem Schiff. Das liegt daran, daß per Dekret der Ausbau der touristischen Infrastruktur auf den Inseln nicht gestattet und die BesucherInnenzahl auf 50 000 jährlich beschränkt ist. Solange diese restriktiven Bedingungen jedoch in Kraft sind, bleibt das Geschäft weiterhin in den Händen der wenigen Tourismusunternehmen. Als im Herbst 1995 ein Dekret verabschiedet werden sollte, das den Bau von Hotels und Pensionen erlaubte und die Fischfangquote aufheben sollte, liefen die Naturschutzverbände und die erwähnten Tourismusunternehmen Sturm. Sie erreichten die Rücknahme des neuen Gesetzes, was zu tumultartigen Auseinandersetzungen auf den Inseln führte. Die Zugewanderten, die ebenfalls vom lukrativen Tourismusgeschäft profitieren wollen, waren enttäuscht und protestierten zusammen mit den seit langem ansässigen Fischern, für die der Tourismus ebenfalls kaum etwas abwirft. Ein Fischer meinte gegenüber einem englischen Journalisten: „Wir sind es müde, immer für alles verantwortlich zu sein, was auf den Inseln passiert. Wenn die Regierung das Fischereiverbot nicht aufhebt, dann werden wir dieses Naturparadies in Brand stecken und ein für allemal diesem Tourismus-Wahnsinn ein Ende setzen. Wir sehen nichts von den Millionen, die dieses Geschäft bringt."

Das Beispiel der Galapagos-Inseln verweist auf grundsätzliche Probleme des Ökotourismus. Die Frage, wie garantiert werden kann, daß weder die TouristInnen noch die ImmigrantInnen das Naturparadies zerstören, bleibt offen – nicht nur auf den Galapagos-Inseln. Die Nationalparks in Costa Rica oder in Uganda kämpfen mit ähnlichen Problemen. Und es ist mehr als fraglich, ob die von der Welt-Tourismus-Organisation WTO und der UNEP aufgestellten Richtlinien für eine sogenannte Carrying Capacity (maximale Tragfähigkeit eines Gebietes) überhaupt durchsetzbar sind – vor allem im Hinblick auf die gleichzeitige Forderung nach freier Marktwirtschaft und Ausdehnung der Märkte. Und ebenso grundsätzlich stellt sich die Frage, in wessen Interesse diese Form des Naturschutzes ist, und was es für die lokalen Bevölkerungen in den Ländern des Südens bedeutet, wenn immer mehr Land unter Schutz gestellt und ihrer Nutzung entzogen wird.

Gaby Fierz

Gaby Fierz ist Mitarbeiterin des Arbeitskreises Tourismus und Entwicklung in Basel.

Literatur:

BMZ, Arbeitsgruppe Ökotourismus, Ökotourismus als Instrument des Naturschutzes?, Köln 1995.

Boo, E., Ecotourism, the Potentials and Pitfalls, 2 volumes, WWF 1990.

Koch, E., Reality or Rhetoric? Ecotourism and Rural Reconstruction in South Afrikca, UNRISD, 1994.

McIvor, C., Management of Wildlife, Tourism and Local Communities in Zimbabwe, UNRISD 1994.

Ghimire, K., Parks and People; Livelihood Issues in National Parks Management in Thailand and Madagascar, UNRISD 1991.

Panos Media Briefing, No. 14, January 1995.

Wells, M.; Brandon K.; Hannah, L., People and Parks: Linking Protected Area Management with Local Communities, (The World Bank, WWF, USAID), Washington D.C. 1992.



Unter einem Sombrero?

Massenhafter „Öko"tourismus in Costa Rica

**Costa Rica hat sich in den vergangenen Jahren einen Ruf als die Ökotourismusdestination in der Dritten Welt schlechthin erworben.
Aber nicht alles, was dort mit dem Label 'öko' wirbt, glänzt grün.
In der Debatte um den 'Ökotourismus' bezieht der Autor des folgenden Beitrages eine Position, die um die Probleme des ökologisch orientierten Tourismus weiß, aber sinnvolle Projekte dennoch für möglich hält.**

Costa Rica hat mehr als ein Viertel seines Territoriums unter Naturschutz gestellt. Die Artenvielfalt der Natur wird von keinem anderen Land der Welt übertroffen. Auf einer Landesfläche, die wenig größer ist als die Schweiz, gedeihen mehr Pflanzenarten als in ganz Europa. Eine Vielzahl an Institutionen und Organisationen arbeitet teilweise sehr kreativ für den Umweltschutz. Die Umweltdebatte beschränkt sich dabei nicht auf eine kleine Elite. Sie durchdringt heute nicht nur das ganze Schul- und Erziehungswesen, das ähnlich fortgeschritten ist wie in Kuba, sondern findet auch 'draußen' in den Dörfern statt. All dies sind Gründe für das bekannte Öko-Image Costa Ricas – ein Land, das beweist, daß Umweltschutz kein Privileg reicher Länder sein muß.

Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Costa Rica zu den armen Ländern des Südens gehört, wo Weltbank und IWF erfolgreich dafür sorgen, daß die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden. Das Durchschnittseinkommen liegt bei umgerechnet 150 US-Dollar pro Jahr, ein Drittel der Bevölkerung lebt unter der offiziellen Armutsgrenze. Dementsprechend steigen die sozialen Spannungen.

In den letzten Jahren ist der internationale Tourismus nach Costa Rica explosiv gewachsen. Die touristische Intensität – ausgedrückt im Verhältnis der Touristenankünfte zur Zahl der EinwohnerInnen – ist ähnlich hoch wie in den touristischen Hochburgen Frankreich oder Tunesien und liegt damit erheblich über den Werten anderer Dritt-Welt-Länder. Seit 1994 bringt die „Industrie ohne Schornsteine" mit 660 Mio. US-Dollar mehr Devisen ins Land als der bisherige Exportschlager Nummer eins – die Bananen. Mittlerweile leben rund 17 % der Bevölkerung, das sind etwa 500 000 Menschen, von einer gleich großen Anzahl an ausländischen TouristInnen. Expansion ist geplant: Noch vor der Jahrtausendwende sollen mehr als eine Million TouristInnen die Strände des Landes aufsuchen. Allein im Mega-Projekt Papagayo sind mehr Touristenzimmer geplant, als es heute im ganzen Land gibt. Aber passen Ökologie und Massentourismus unter denselben Sombrero?

Der gegenwärtige Tourismusminister Carlos Rösch postuliert: „Unser oberstes Ziel ist ein wirklich nachhaltiger Tourismus, der einer großen Zahl von Costaricanern erlaubt, sich als Kleinunternehmern zu beteiligen". Manche CostaricanerInnen zweifeln indes an der einfachen Vereinbarkeit von nachhaltigem Ökotourismus und den Expansionsplänen, da selbst der heutige Ökotourismus schon Probleme mit sich bringt (vgl. Interview).

Nachhaltige Ferien

Fast jedes Wort, das mit Tourismus zu tun hat, wird heute in Costa Rica mit dem Zusatz „Öko", „Natur" oder dergleichen versehen. Der inflationäre Gebrauch dieser imagefördernden Worte kann nicht über die realen Probleme des 'Ökotourismus' hinwegtäuschen. Eine Studie der costaricanischen Tourismusforscherin Jane Seglau Earle[1] zeigt auf, daß sich von 92 ökotouristisch orientierten Betrieben nur die Hälfte ernsthaft um 'Nachhaltigkeit' für Umwelt, Ökonomie und Kultur bemüht. Der Begriff 'nachhaltig' wird hauptsächlich auf die Umwelt bezogen, und wirtschaftliche und kulturelle Folgen des 'Ökotourismus' werden in der Praxis viel zu wenig berücksichtigt. Die mangelnde Nachhaltigkeit hängt auch damit zusammen, daß die Regierung kaum Anreize oder Unterstützung für Unternehmen bietet, die sich darum bemühen. Außer der Organisation CANAMET (siehe unten) gibt es kaum Anlaufstellen für Beratung und Unterstützung.

Nach Earles Untersuchung hat der 'Ökotourismus' zweifelhafte soziale Konsequenzen. In manchen Gebieten sind die Einheimischen durch die extremen Preissteigerungen für Land und Bedarfsgüter zu Menschen zweiter Klasse geworden. Fast jedes zweite 'Öko-Restaurant' ist in ausländischer Hand. Auch die Auswirkungen der Saisonalität ist bei den ökotouristischen Betrieben nicht besser als andernorts. Über ein Drittel von ihnen stellt nur in der Hochsaison MitarbeiterInnen ein, was deren wirtschaftliche Unsicherheit steigert. Aber auch im Umweltbereich liegt vieles im argen. Allgemein ist eine seriös geplante und schonende Nutzung der Schutzgebiete selten. Manche Gebiete wie z.B. bei Monteverdo werden von den 'ÖkotouristInnen' völlig überrannt, was die Natur gefährdet. Ein Drittel der Öko-Betriebe verwendet seltene oder gar aussterbende Baumarten für Bau und Einrichtung. Die Nachfrage der Hotels ist eine Hauptursache für den illegalen Holzeinschlag im Gebiet von Talamanca.[2] Ein weiteres großes Problem ist die Abfallbeseitigung. Ansätze zur Wiederverwertung stekken noch in den Kinderschuhen. Positiv ist hingegen, daß wenigstens in den 'Öko-Hotels' die Abwässer im allgemeinen umweltschonend abgeleitet werden. Auch erwerben viele dieser Unternehmen Gebiete

mit natürlicher Vegetation und stellen diese unter Schutz.

Dorfidylle für Touristen?

Trotz aller vorhandener Probleme gibt es in Costa Rica aber auch viele gute und sinnvolle Ökotourismus-Projekte. Zwar werden 'Ferien auf dem Bauernhof' wie generell in Mittelamerika nur selten angeboten, aber das Dorf Longo Mai ist eine vielversprechende Ausnahme.[3] Longo Mai liegt am Rand der UNESCO-Biosphäre von La Amistad, dem größten und biologisch wertvollsten Schutzgebiet von Costa Rica und Panama. Mehr als zwei Drittel der 300 EinwohnerInnen des Dorfes sind Campesino-Familien aus El Salvador, die in den Kriegsjahren vor dem Terror der US-finanzierten Regierungsarmee fliehen mußten. Die übrigen BewohnerInnen sind landlose Campesinos aus Costa Rica, die als Armutsflüchtlinge hier eine Bleibe gefunden haben. Das Dorf versorgt sich weitgehend selbst mit Mais, Bohnen, Reis, Yucca, Milchprodukten und weiteren Nahrungsmitteln. Kaffee und Zuckerrohr werden auch für den Markt produziert.

Hotels, Bars und Swimmingpools gibt es in Longo Mai nicht. Die Gäste wohnen zusammen mit den Campesino-Familien in den bescheidenen Bretterhäusern unter dem gleichen Wellblechdach. Zwar ist jedes Haus an Strom- und Wasserversorgung angeschlossen, aber die Waschgelegenheiten sind einfach. LuxustouristInnen kommen hier nicht auf ihre Kosten. Die servierte mittelamerikanische Bauernkost besteht aus Mais in vielen Zubereitungsarten, Bohnen, Reis, Cheyote, selbstgemachtem Weichkäse und nur manchmal Fleisch oder Hühnersuppe. In der Regel wird gemeinsam am Familientisch der Bauernfamilien gegessen.

Der kulturelle Austausch zwischen TouristInnen und Bereisten wird in Longo Mai weitgehend von den GastgeberInnen bestimmt. Tourismus bedeutet hier wirtschaftliche Diversifizierung ohne gefährliche Abhängigkeiten. Viele TouristInnen kommen nach Longo Mai, um Studien, Praktika oder Freiwilligenarbeit zu leisten, etwa im Bereich der Regenwaldökologie oder der Agrarökologie. Viele, die eigentlich nur kurze Zeit kommen oder nur die 'Natur' genießen wollten, bleiben hängen und beteiligen sich an der landwirtschaftlichen Arbeit, indem sie Kaffee pflücken oder Felder bestellen. Andere unterrichten in der Dorfschule Englisch, Deutsch, Zeichnen oder Musik.

Einige Gäste haben sich entschlossen, mit einer jährlichen Spende von einigen hundert Dollar dem einen oder anderen Kind den Besuch der Mittelschule oder der Universität zu ermöglichen. Derzeit baut eine Frauengruppe ein Nähatelier. Die Finanzierung der Baumaterialien wird teilweise durch (ehemalige) BesucherInnen gewährleistet.

Seit einem Jahr ist Longo Mai Zentrum einer Umweltschutzvereinigung von über 20 Dörfern am Fuße des Talamancagebirges. Vereint wollen sie die gefährdeten Wälder an Hängen und Flußufern schützen und, wo nötig, wieder aufforsten. Es ist geplant, in Zukunft BesucherInnen, StudentInnen und PraktikantInnen vermehrt an diese befreundeten Dörfer zu vermitteln. Im bescheidenen Agro-Ökotourismus nach dem Vorbild Longo Mais wird eine Möglichkeit der nachhaltigen Nutzung der Natur in diesem Gebiet gesehen.

Christoph Burkard

Grellfarben oder ökologisch grün?

Sebastian Salazar Salvatierra leitet das Programm für Agro-Tourismus und Wissenschaftstourismus am CATIE-Institut in Costa Rica, das sich allgemein mit der nachhaltigen Nutzung der biologischen Ressourcen in den Tropen beschäftigt. Salvatierre hat sich seit 15 Jahren als Forscher und Publizist mit indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften und den ökologischen Verhältnissen, in denen sie leben, auseinandergesetzt.

'Ökotourismus' ist ein schillernder Begriff. Was ist Ihre Definition?
Ökotourismus ist geplanter Tourismus, der die Freude an der Natur verbindet mit dem Lernen über die Lebewesen und deren Beziehung zur Umwelt. Er schadet der Natur nicht. Er unterstützt die Erhaltung der natürlichen und kulturellen Ressourcen und erbringt wirtschaftlichen Gewinn. Wirklicher Ökotourismus dient der Gerechtigkeit für Mensch und Natur und dient einer ausgewogenen Entwicklung.

Wie ökologisch ist der 'Ökotourismus' in Costa Rica? Wie wird dies erforscht?
Die Erfassung und Bewertung von Hotels und Touristen ist machbar. Die Reiseunternehmen hingegen lassen sich kaum in die Karten schauen. Ein Grund hierfür ist, daß viele die Rechte der Angestellten mißachten. Oft zahlen sie nicht einmal den Minimallohn, obwohl sie sehr gute Geschäfte machen, und sich ihre Investitionen in Rekordzeit amortisieren. Besonders ungern sprechen sie über die horrenden Preise, die die PauschaltouristInnen im Ausland bezahlen müssen, und die oft 40 % über den Inlandspreisen liegen.

Wenn Sie Direktor der costaricanischen Tourismusbehörde wären, wie würden Sie die Situation verbessern?
Als erstes würde ich die Planung dezentralisieren, denn hier in San José wissen die Beamten zu wenig über die Tourismusregionen an den Küsten. Zweitens würde ich die Bevölkerung der Tourismusgebiete informieren, damit sie in der Lage ist, die touristische Entwicklung selber zu planen. Drittens würde ich die Bürokratie abbauen, damit beispielsweise Gäste, die die Nationalparks unterstützen möchten, nicht mehr extra nach San José reisen müssen, um ihre Spenden einzuzahlen...

Was sind die guten und die schlechten Folgen des 'Ökotourismus' in Costa Rica?
Zuerst zwei gute Beispiele: Der Erfolg des Tourismus hat in weiten Kreisen ein Umdenken ausgelöst. Viele verstehen heute, daß der Schutz von Wald und Natur ökonomisch sinnvoll sein kann – früher galt ein Bauer als „faul", wenn er Wald auf seiner Finca stehen ließ. Zum zweiten sehen viele Jugendliche durch das Interesse der Touristen für Volkskultur, daß auch traditionelle Kultur ihren Wert hat und nicht nur das, was gerade modisch ist.

Gleichzeitig zerstört der Fremdenverkehr jedoch die lokale Kultur. Oft kann man beispielsweise die einheimischen Reiseleiter nicht von den Touristen unterscheiden, so gut ahmen sie deren Kultur nach. Zunehmend gibt es auch Probleme mit der Übernutzung der Natur. Die Festlegung maximaler Besucherzahlen hilft dabei nicht immer, denn ein rücksichtsloser Tourist richtet mehr Schaden an als 10 Naturfreunde. Oft schrecken BesucherInnen die Tiere mit grellfarbenen Kleidern oder Lärm, stören sie bei der Nahrungssuche, der Fortpflanzung oder beim Ruhen.

Vom Geld, das die Touristen für einen Ausflug bezahlen, kommen selten mehr als 10 % der einheimischen Bevölkerung zugute. Der Rest versickert in San José und im Ausland. Von den mehr als 100 Reiseunternehmen tut fast keines etwas für den Schutz der natürlichen Ressourcen, von denen sie alle leben. Viele Reiseunternehmen isolieren zudem die Gäste von den Einheimischen, was zu Verstimmungen führt. Bei der Einstellung als Reiseleiter genügen Englisch- oder Deutschkenntnisse. Kenntnisse über Natur und Kultur werden mit wenigen Ausnahmen von den Reiseunternehmen nicht gefordert.

Anmerkungen:

1) Jane Seglau Earle, La Empresa de hospedaje ecoturistica costaricense y sus aportes al desarollo sostenible, ULACIT, San José, Costa Rica, o.J.

2) Stiftung Iriria Tsochok, Schlußbericht über den Holzeinschlag in Talamanca, o.O. 1996.

3) vgl. den Bericht des Ökotourismusforschers Martin Mowforth, Cooperativa Longo Mai, Costa Rica, Newsletter of the Environmental Network for Nicaragua, Juni 1996.

Christoph Burkard ist Agronom, freier Journalist und Mitarbeiter in einem Flüchtlings- und Ökoprojekt in Costa Rica.

Mit dem Bodyguard auf Reisen

Die Rolle des Tourismus in politischen Konflikten



Foto: Patrick Lüthy

Anschläge auf touristische Einrichtungen und Entführungen von Touristen werden immer mehr zur alltäglichen Begleiterscheinung des Dritte-Welt-Tourismus. Tourismus wird zum wichtigen Faktor in politischen Konflikten und wird dabei von verschiedenen Seiten instrumentalisiert. Doch der Tourismus ist nicht nur unschuldiges 'Opfer' von Gewalt, sondern selbst Auslöser von Konflikten.

Die türkische Ministerin für Tourismus, Isilay Sagyn, fand passende Worte: „Wir haben in den letzten zehn Jahren eine Generalmobilmachung im Tourismus unternommen".[1] Die Türkei befindet sich im Kriegszustand gegen die kurdische Bevölkerung, und da ist es nur logisch, daß auch der Tourismus in die Kriegsstrategie miteinbezogen wird. 1995 beherbergte die Türkei sechs Millionen ausländische Touristen, die stattliche 7,4 Milliarden DM an Devisen im Land ließen. Das Geld wird dringend benötigt, ist die Türkei doch mit rund 65 Mrd. Dollar massiv im Ausland verschuldet und die Handelsbilanz tief in den roten Zahlen. Mit den Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft kann der Krieg in Kurdistan wenigstens teilweise finanziert werden. Schließlich wollen die Waffenhändler harte Devisen sehen.

Auch die Gegenspieler des türkischen Regimes haben den Tourismus entdeckt. 1993 schreckte die PKK mit den ersten Anschlägen auf touristische Einrichtungen in Antalya und anderen Urlaubsorten an der Türkischen Riviera die internationale Öffentlichkeit auf. Kani Yilmaz von der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK rechtfertigte in einem 'Stern'-Interview die Anschläge mit dem Hinweis: „Jede Mark, die ein Tourist in der Türkei ausgibt, bedeutet den Tod eines Menschen in Kurdistan. Deshalb ist der Tourismus ein ernsthaftes Angriffsziel (...) Ich warne alle Europäer: Wer in die Türkei reist, begibt sich in Lebensgefahr." Mit ähnlichen Argumenten erneuerte der Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, im März 1996 die Warnungen vor einem Türkeibesuch. Öcalans Äußerungen wurden sofort zu einem Politikum, wurden sie doch ausgerechnet in einem griechischen TV-Sender gesendet. Die türkische Regierung warf Griechenland daraufhin vor, der PKK die Selbstdarstellung zu ermöglichen, nur um dem 'Erzfeind' und Konkurrenten auf dem touristischen Anbietermarkt eins auszuwischen.

Kein Wunder, daß die türkischen Tourismusmanager nervös sind. Allein 1993 hatten die Einbußen im Tourismusgeschäft rund 1,4 Mrd. DM betragen. In Antalya sank die Belegungsquote der Hotels zeitweise auf unter 30%, was erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten in einer Region verursachte, in der jeder dritte Arbeitsplatz vom Tourismus abhängt. Auch mußte der Sicherheitsapparat massiv aufgerüstet werden, um die Sicherheit der Touristen in Zukunft besser gewährleisten zu können. Penible Kontrollen an den Flughäfen, überall gegenwärtige Straßenpatrouillen und Bodyguards mit schußsicheren Westen in den Hotelanlagen gehören seither zum Alltag in türkischen Ferienregionen.

Mit den Anschlägen hatte die PKK dem türkischen Regime finanziell mehr geschadet als mit jeder Guerilla-Offensive in Kurdistan. Die drei bei den Anschlägen verletzten deutschen Touristen lädierten allerdings das Ansehen der PKK im Ausland. Daß „unschuldige Touristen die Opfer" waren, wie der SPIEGEL (27/93) sich erregte, verzieh man insbesondere in Deutschland nicht: Das PKK-Verbot ließ nicht lange auf sich warten.

Sonne, Sand und Sicherheit

Das Beispiel Türkei/PKK verweist auf ein Phänomen, das weltweit immer mehr an Bedeutung gewinnt: Der lange unter rein wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunk-

ten betrachtete Tourismus wird zum politischen Faktor. Er wird zum Spielball politischer Kräfte und entfaltet zunehmend selbst politische Wirkung. Weder die Tourismuspolitik noch die Tourismusforschung haben diese Politisierung bislang hinreichend wahrgenommen. Die Regierungen in den (potentiellen) Zielländern haben vor allem das vermeintlich schnelle Geld im Auge. In den Tourismusförderplänen der internationalen Organisationen wie z.B. der World Tourism Organization (WTO), einer UNO-Unterorganisation, werden vor allem die touristischen Ressourcen der zu fördernden Touristenregionen auf ihre Verwertbarkeit hin untersucht. Auch um die Umweltzerstörung durch Tourismus sorgt man sich zunehmend. Aber die politische Situation eines Landes, die ja einen ganz erheblichen Einfluß auf den extrem krisenanfälligen Wirtschaftszweig Tourismus hat, wird meist völlig vernachlässigt. Ob es sich um einen Folterstaat handelt oder um ein vergleichsweise demokratisches Land, spielte bislang für die Tourismusmanager und ihre Kunden kaum eine Rolle, solange Preise und Service stimmten.

Die Tourismusindustrie, die die Umsatzeinbußen aufgrund aufflackernder politischer Gewalt als erstes zu spüren bekommt, ist erst in jüngster Zeit aufgeschreckt. Allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, daß zu den bekannten vier 'S' des Tourismus – Sonne, See, Sand, Sex – ein fünftes hinzukommt: Sicherheit. Während in den Krisenregionen die Touristen fernbleiben, können Destinationen wie beispielsweise der Stadtstaat Singapur, der kaum über Attraktionen im herkömmlichen Sinne verfügt, den Touristen aber die 'Sicherheit' eines Polizeistaates bietet, erheblich mehr Gäste beherbergen als attraktivere, aber 'unsichere' Ziele. Singapur profitierte von der Stornierung zahlreicher China-Reisen nach dem Massaker am Tiananmen-Platz im Jahr 1989, aber auch von den politischen Querelen in Hongkong, Colombo, Bombay oder Manila. Genauso auffällig ist, daß 1995 mit Südafrika, Jordanien und Vietnam diejenigen Länder die größten Wachstumsraten im Fremdenverkehr aufweisen konnten, in denen eine relative Befriedung langjähriger Konflikte eingetreten ist oder vormals antiwestliche Regierungen ihren Kurs änderten.

Die politische Stabilität mancher Ferienregionen wird inzwischen von der Tourismusindustrie gezielt als Werbeargument verwendet. Als es beispielsweise 1992/93 in Nordindien zu Pogromen hinduistischer Fundamentalisten an der Minderheit der Moslems kam, blieb es im südindischen Bundesstaat Kerala vergleichsweise ruhig. Der deutsche Reiseveranstalter Comtour wußte dies in einem Prospekt zu würdigen: „Kerala ist in vielerlei Hinsicht Indiens 'Musterländle', eine freundliche Oase im von Gegensätzen zerrissenen Kontinent. Blutige Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Volksgruppen und Religionen, die vor allem den Norden und die Großstädte zu notorischen Unruheherden gemacht haben, sind in Kerala undenkbar".

Was der Werbetexter dabei verschweigt, ist die Tatsache, daß die massive Tourismusförderung des Kerala State Government selbst für politische Unruhe im 'Musterländle' sorgt. Insbesondere die zahlreichen Anhänger der kommunistischen Partei wollen nicht einsehen, warum Milliarden von Rupees in gigantische Tourismusprojeke gesteckt werden sollen, während andererseits ein massiver Abbau der Sozialleistungen des Staates stattfindet. In den vielen Tageszeitungen Keralas tobt seit Jahren ein heftiger Streit um die Tourismuspolitik. Bei Demonstrationen gegen Touristenspektakel wie den 'Elephant March', den viele in Kerala als Verhöhnung und Verramschung ihrer kulturellen Tradition ansehen, kam es zu Polizeiübergriffen und Festnahmen.

Eine verderbliche Ware ...

Die bisherigen Beispiele deuten an, daß es verschiedene Typen der Verflechtung von Tourismus und politischen Konflikten gibt. In Kerala ist der Tourismus selbst zu einem Gegenstand politischer Auseinandersetzung geworden, wie auch in Goa, in Thailand und auf Hawaii. Häufiger noch wird der Tourismus von Konflikten und Krisen beeinflußt, die nicht in ursächlichem oder direktem Zusammenhang mit ihm stehen.

Erstens kann der Fremdenverkehr großräumig durch regionale Ereignisse beeinträchtigt werden. So war 1991 aufgrund des Golfkrieges ein schwarzes Jahr für die weltweite Tourismusindustrie. Ägypten etwa mußte 50% Minderung bei den Ankunftszahlen deutscher TouristInnen hinnehmen, obwohl es in den Krieg nicht involviert war. Aber nicht alle Staaten machten damals Verluste. Bahrain konnte aus den Verschiebungen der innerregionalen Reiseströme Gewinn schlagen und sich als 'sichere' Destination am arabischen Reisemarkt etablieren.

Zweitens kann Tourismus von internen politischen Unruhen und Aufständen betroffen sein, wie in Peru, Indien oder China. Nicht in allen Fällen kommt der Tourismus völlig zum Erliegen. In Sri Lanka gingen die Ankunftszahlen Anfang der 80er Jahre nach den Massakern an den Tamilen zwar stark zurück, erholten sich aber wieder und übertrafen in den 90ern trotz anhaltender Auseinandersetzungen die Vorkriegsergebnisse. Die Tamil Tigers haben sich bis heute davor gehütet, touristische Anlagen anzugreifen, nicht zuletzt, weil sie von den Hoteliers Schutzgelder kassieren. Für die in Sri Lanka aktiven ausländischen Tourismuskonzerne wie Hetzel oder Tjaereborg sind die erneuten Einbußen im Tourismusgeschäft nach dem großen Bombenanschlag im Januar 1996 in Colombo ein Anlaß, die mangelnde Attraktivität des Landes anzuprangern und Preisnachläße von den einheimischen Hoteliers zu fordern. Diese sind inzwischen mehrheitlich verschuldet, weil sich ihre hohen Investitionen wegen schwankender Nachfrage nicht recht amortisieren.[2]

Ist im Falle Sri Lankas der Tourismus nur indirekt von politischen Konflikten betroffen, wird er beim dritten Verflechtungstyp direkt in die Auseinandersetzungen einbezogen. Kaum ein Tag, an dem nicht Entführungen von TouristInnen oder Anschläge auf Hotels gemeldet werden. Nicht nur in der Türkei, sondern z.B. auch in Ägypten, Kaschmir, Algerien, Kambodscha und Costa Rica haben militante Gruppen den Fremdenverkehr als politisches und militärisches Angriffsobjekt entdeckt, mit dem sich wirksamer Druck auf die jeweiligen Regierungen und Regime ausüben läßt. Diese Strategie hat aus der Sicht der Oppositionsgruppen viel für sich. Mit der Entführung von ausländischen, möglichst westlichen TouristInnen ist auf einen Schlag eine internationale Medienresonanz gewährleistet, gegen die sich die weltweite Empörung über grausame Massaker an indigenen Bevölkerungen äußerst bescheiden ausnimmt. Die internationale Diplomatie tritt auf den Plan und fordert zur Befriedung des Konflikts nicht selten Zugeständnisse von betroffenen Regierungen, sofern diese aufgrund massiver Devisenverluste bei den Touristeneinnahmen nicht sogar von sich aus dazu bereit sind.

Nicht zuletzt stoßen die Angriffe auf TouristInnen bei Teilen der Bevölkerung auf heimliche bis offene Sympathie. Die Touristen werden von vielen als KolonialistInnen wahrgenommen, die ihren Reichtum demonstrativ und arrogant zur Schau tragen, für die Sorgen der Einheimischen nur ein Achselzucken übrig haben und ansonsten von ihrer Ausbeutung profitieren. Anschläge auf Hotels werden von vielen allein schon deshalb gutgeheißen, weil sie oft im Besitz einheimischer Eliten oder auswärtiger Konzerne sind, die unter Umgehung von geltendem Bau- und Umweltrecht ihre Bauten dorthin stellen, wo sie sich am meisten Gewinn versprechen. In manchen Fällen tritt sogar der Staat selbst als Hotelier auf, oder Regierungsmitglieder sind massiv ins Tourismusgeschäft involviert, wie z.B. der indonesische Präsident Suharto oder der philippinische Diktator Marcos.

Instrument der Mächtigen

Eliten und Regierungen instrumentalisieren den Tourismus meist noch in viel größerem Maß als oppositionelle Gruppen oder Minderheiten. Die Indienstnahme des Tourismus als politisches Mittel, um die Weltöffentlichkeit von der eigenen Friedfertigkeit zu überzeugen und zugleich die Opposition im Interesse dieses Wirtschaftszweiges ruhigzuhalten, ist weit verbreitet.

Das klassische Beispiel für ein derartiges Vorgehen ist Marcos' Tourismuspolitik auf den Philippinen. Während des Ausnahme-

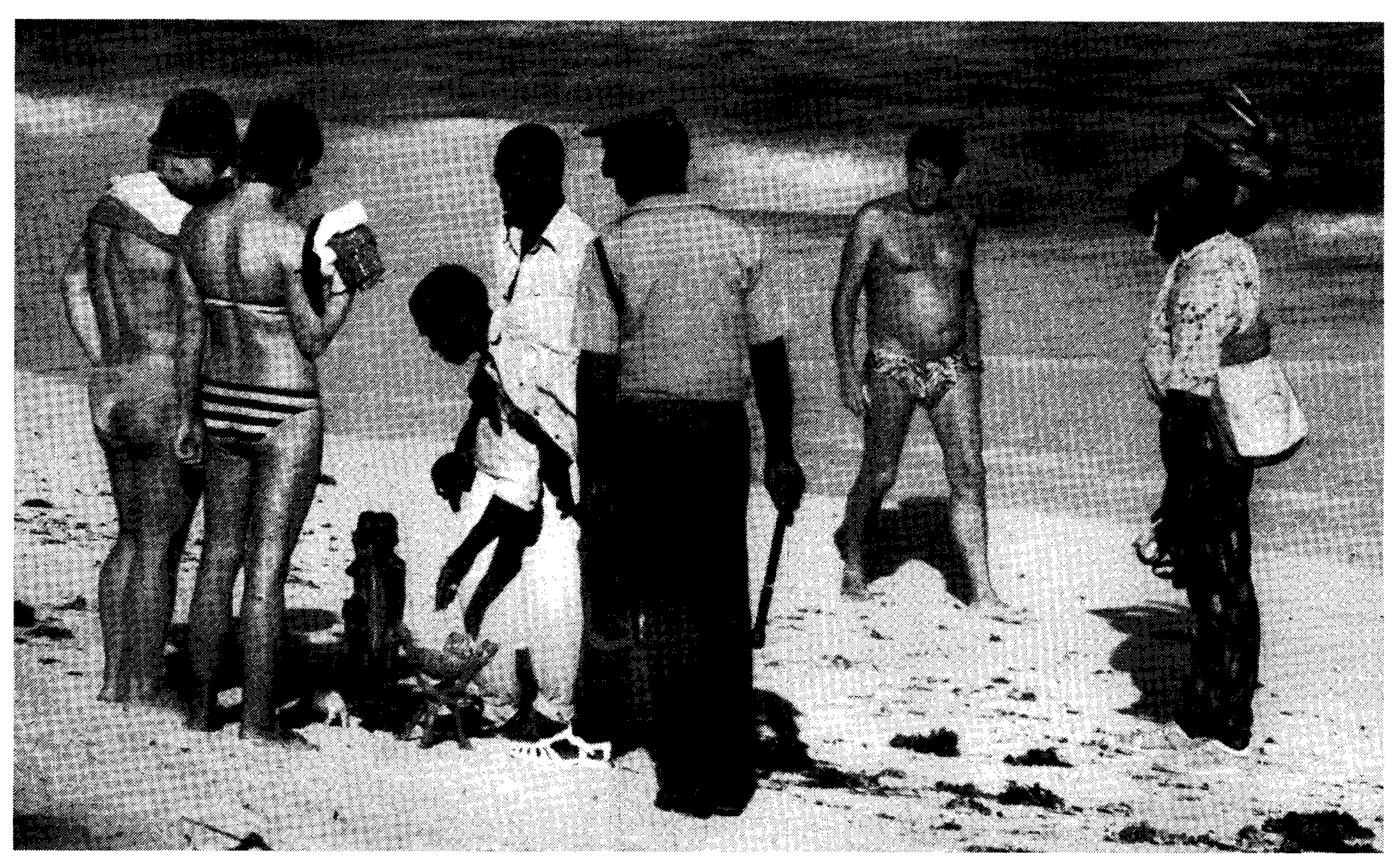
zustandes von 1972–81 plünderte er mehrfach die staatliche Sozialversicherungskasse, um Fünf-Sterne-Hotels in Manila und anderswo zu errichten. Unterstützt von den philippinischen Eliten, für die der Tourismussektor ein glamouröserer und prestigeträchtigerer Wirtschaftszweig als die Basisindustrien war, wollte Marcos durch den forcierten Ausbau des Tourismus sein ramponiertes Image im Ausland wie im Inland aufpolieren. Das gelang ihm anfangs, bis unterdrückte Oppositionsgruppen wie die Moro National Liberation Front begannen, japanische Touristen zu entführen und Luxushotels aus Marcos' Besitz niederzubrennen. Da es kaum legale politische Betätigungsmöglichkeiten gab, avancierten Angriffe auf die touristische Infrastruktur zu einem wesentlichen Bestandteil der Anti-Marcos-Kampagne von 1979 bis 1986. Einer der Höhepunkte der Attacken wurde erreicht, als während einer Tagung der US-amerikanischen Society of Travel Agents in Manila eine Bombe detonierte – einige Minuten, nachdem Marcos die westliche Presse der Hysterie bezüglich der Unruhen auf den Philippinen bezichtigt hatte![3]

Wenn auch sicherlich kein deterministischer Zusammenhang zwischen autoritären Staaten und Tourismusförderung besteht, fällt doch auf, daß vor allem autoritäre und wirtschaftlich eng mit dem Westen verbundene Regime in der Dritten Welt besonders stark auf Tourismus setzen. China, Thailand, Marokko, die Dominikanische Republik und Kenya sind ein paar besonders eklatante Beispiele, nicht aber die Ausnahme. Ein Dritte-Welt-Land, das derzeit besonders massiv auf den touristischen Markt drängt, ist Burma (Myanmar). 1988 putschte sich dort das Militär unter dem vielsagenden Namen 'Staatsrat zur Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung' (SLORC) an die Macht und ging äußerst brutal gegen die entstehende Demokratiebewegung vor. 1995 sahen die Generäle die Zeit gekommen, mit der Ausrufung eines 'Visit Myanmar Year 96' etwas für ihren Ruf und die Devisenkasse zu tun.[4]

Strategische Entscheidungen der jeweiligen Eliten zugunsten der Tourismusförderung bedeuten die Vernachlässigung von Belangen der breiten Bevölkerung, weil privates Kapital wie staatliche Ausgaben anderen Wirtschaftsbereichen oder dem öffentlichen Sektor entzogen werden. Tourismusentwicklung ist kaum möglich ohne Zwangsvertreibungen indigener Bevölkerungen und aggressiver Indienstnahme von Natur und Kultur. Beides läßt sich zumeist auf autoritärem Wege leichter durchsetzen als auf demokratischem. Tourismus ist unter den Bedingungen des globalen Kapitalismus und in seiner Konsumorientierung auf Hierarchien, Unterdrückung, Ausbeutung, Rassismus und Sexismus angewiesen.

Manche argumentieren, eine Beschäftigung im Tourismus sei für viele Menschen eine echte Alternative zu anderen schlechtbezahlten und anstrengenden Jobs. Aber wer sich für umgerechnet ein paar Mark am Tag als Prostituierte, Zimmermädchen, Kellner und Schuhputzer verdingt, tut dies nur aus ökonomischen Sachzwängen heraus, nicht weil TouristInnen bedienen ein Traumjob ist. Das Fremdenverkehrsgewerbe ist in nahezu allen Dritte-Welt-Staaten der Wirtschaftszweig mit der geringsten gewerkschaftlichen Organisierung. Das hat mit der vorherrschenden kleinen und mittleren Betriebsgröße, die eine effektive Kontrolle der Angestellten zuläßt, und mit einer extremen hire-and-fire-Praxis im Tourismus zu tun.

Ebenso auffällig wie die Nähe von Autoritarismus und Tourismus ist die Beobachtung, daß demokratischere und sozialistische Staaten zumindest solange, wie sie sich der Integration in den globalen Kapitalismus verweigerten, erheblich vorsichtiger bei der Tourismusförderung waren. Bis Anfang der 90er Jahre hatte z.B. die indische Zentralregierung den Tourismus eher mäßig und kontrolliert gefördert, wohlwissend um seine Schattenseiten kultureller und ökonomischer Art. Die Entwicklung eigener industrieller Strukturen und die Unabhängigkeit von ausländischen Konzernen hatte strategische Priorität. In der indischen Öffentlichkeit wird bis heute viel über die Pros und Contras der Tourismusentwicklung diskutiert. Aktionsgruppen, die gegen touristische Anlagen kämpften, konnten einige Erfolge verzeichnen. Erst nach der Deregulierungsoffensive unter dem Druck der Auslandsverschuldung und der Strukturanpassungspolitik des IWF seit 1991 setzte sich eine aggressive Tourismusförderpolitik über alle Widerstände gegen den Ausverkauf des Landes hinweg. Ausländische Tourismuskonzerne können nun im Gegensatz zu früher ihre Gewinne vollständig aus Indien abziehen. Eine ähnliche Entwicklung kann in Kuba beobachtet werden, wo Castro unter dem Druck des Devi-



Das Auge des Gesetzes — Foto: Manfred Grohe

senmangels frühere Bedenken gegen den Tourismus aufgab.

Die Integration ins kapitalistische System mittels des Tourismus ist auch eine Folge der Politik von internationalen Organisationen wie der Weltbank, der WTO, der EU und der bilateralen Entwicklungsinstitutionen. Von ihnen wird Tourismus zur Lösung des Devisenproblems vieler Dritte-Welt-Staaten propagiert und in speziellen Programmen gefördert. Die US-amerikanische Tourismusforscherin Linda K. Richter beobachtete darüberhinaus, daß Staaten mit einem hohen Anteil an internationalem Tourismus wie Ägypten oder Marokko mehr Entwicklungshilfegelder bekommen als vergleichbar große Staaten ohne starke touristische Orientierung.[5]

Die Tourismuspläne der Entwicklungsinstitutionen ignorieren, daß nicht nur politische Instabilität und gnadenlose Konkurrenz der Ferienziele auf dem touristischen Weltmarkt, sondern auch der große Importbedarf vieler touristischer Einrichtungen den ökonomischen Nutzen des Tourismus begrenzen. Tourismusförderung führt zwar der Tourismusindustrie aus dem Norden ständig neue Märkte und Produkte zu, die Länder der Dritten Welt aber müssen dafür mit erheblichen infrastrukturellen Anstrengungen teuer bezahlen. Das Festhalten an Tourismusförderung trotz wirtschaftlicher Fragwürdigkeit läßt sich nur mit der politisch-kulturellen Funktion des Tourismus erklären, die in den Förderplänen nur implizit zutage tritt und den Akteuren oft gar nicht bewußt ist. Solange nicht Coca Cola, Popmusik, Konsum von 'Sehenswürdigkeiten' und die strikte Trennung von 'Arbeit' und 'Urlaub' Dominanz erlangt haben, gilt eine Gesellschaft als 'unterentwickelt'. Die Demonstrationseffekte des Tourismus tragen zur Erringung der kulturellen Hegemonie über die Gesellschaften des Südens bei. Tourismus trägt zur Installierung einer uniformen 'Weltkultur' bei, in der alle kulturellen, nicht aber sozialen Unterschiede nivelliert werden.

Subtil, aber effektiv

Die politische Instrumentalisierung des Tourismus ist keinesfalls auf heutige Zeiten oder die Dritte Welt begrenzt. In den 60er und 70er Jahren spielten der spanische Faschist Franco oder das griechische Obristenregime meisterhaft auf der Klaviatur der Tourismusförderung. Heute versuchen westliche Staaten über die Beeinflußung der Touristenströme Politik zu machen. Die USA verbieten ihren Staatsbürgern aus politischen Gründen Reisen nach Kuba, Nordkorea oder Libyen; zum einen, um diesen Ländern keine Deviseneinnahmen zu ermöglichen, zum anderen spielt die Angst vor ideologischer Beeinflussung der US-Bürger eine Rolle. Ein ebenso subtiles wie effektives Einflußmittel auf Dritte-Welt-Länder sind die Warnungen der westlichen Außenministerien vor Reisen in bestimmte Länder. Am radikalsten diesbezüglich ist die japanische Regierung. In ihrem Handbook for Safety Overseas ist eine 122 Punkte umfassende Checkliste abgedruckt, die es zu beachten gilt. Da die meisten Japaner den Anordnungen ihrer Regierung folgen, werden Länder, die auf einer ständig aktualisierten Warnliste stehen, praktisch nicht mehr bereist. Die philippinischen Hotelanlagen, die stark von der japanischen Kundschaft abhängig sind, wurden nach entsprechenden Aufforderungen der japanischen Regierung schon mehrfach über Nacht zu Geisterstädten.

Das US-amerikanische State Department listet seit vielen Jahren regelmäßig 30 bis 40 Länder – fast alle in der Dritten Welt – als 'Don't go Areas' auf. Auffällig dabei ist die geringe Objektivität bei ihrer Auswahl. Politisch nahestehende Staaten wie Südafrika, Israel, Mexiko, Ägypten oder Brasilien wurden fast nie erwähnt, während für andere – vor allem sozialistische – Länder trotz vergleichbarer oder geringerer Gefahren wahre Schreckensszenarien entworfen wurden. Das Verhalten vieler Staaten gegenüber den USA wurde wirksam sanktioniert. Die Philippinen beispielsweise waren zu Marcos' Zeiten kaum in den Warnlisten präsent. Erst nach der Nichtverlängerung des Vertrages über die US-Militärstützpunkte und der Auflösung der Clark Air Force Base und der Subic Bay Naval Base ist dies häufiger der Fall, obwohl die politische Lage erheblich stabiler geworden ist und Angriffe auf Touristen selten geworden sind.

Nicht objektive Gefahr, sondern ihre Wahrnehmung bestimmt das Reiseverhalten der Touristen. Die Medien und die Öffentlichkeit greifen die Panikmache vor politischer Gewalt bereitwillig auf, solange diese von 'Terroristen' kommt. Staatsterrorismus von Militär und Polizei sowie Kriminalität gegen TouristInnen werden schon erheblich weniger beachtet. Naturkatastrophen, Flugzeugabstürze wie der vor der Dominikanischen Republik 1996 und andere Ereignisse sind selten ein Grund für die Stornierung von Reisen. Der Deutsche Wassersportverband mußte Anfang 1996 verblüfft zur Kenntnis nehmen, daß Segelreisen in die Südsee trotz (oder wegen) der Atomtests am Mururoa-Atoll um 20% gestiegen sind. Los Angeles ist immer noch ein beliebtes Reiseziel deutscher TouristInnen, obwohl dort täglich mehr Leichen gezählt werden als in Beirut zu Kriegszeiten.

Einzelne Minderheiten unter den TouristInnen sehen in Gefahr sogar einen besonderen Kitzel. Anders ist nicht zu erklären, warum manche RucksacktouristInnen wie der prompt entführte Deutsche Dirk H. nach Kaschmir reisten, obwohl dort schon seit Jahren ein Krieg tobt. Auch die internationale Tourismusindustrie hat den Umgang mit politischer Instabilität gelernt. Eine ihrer zynischen Strategien ist, Reisen in akute Krisenregionen unter Israelis oder Arabern abzusetzen, weil die als besonders 'terrorgewohnt' gelten.

Die kritische Tourismusdebatte in Europa und den USA hat auf die zunehmende Politisierung des Tourismus noch keine überzeugende Antwort gefunden. In den 80er Jahren haben Dritte-Welt-Solidaritätsgruppen Tourismusboykotte in Länder wie die Türkei, Marokko, Südafrika und Sri Lanka ausgerufen. Diese waren aber meist ziemlich erfolglos, weil sie nur von wenigen beachtet oder zur individuellen Gewissensentscheidung reduziert wurden. Ausnahme war einzig der Boykott Südafrikas, da dieser in weitergehende Sanktionen eingebunden war und vor allem internationale Resonanz hatte.

Boykott und Hedonismus

In den 90er Jahren wird nur selten auf das 'harte' Instrument des Tourismusboykotts gesetzt, sondern es werden allerhand andere Strategien im Umgang mit menschenrechtsverletzenden Regimen vorgeschlagen. Die Tibet Initiative Deutschland beispielsweise forderte 1994 alle Tibet-Reisende auf, einen Sticker mit dem Konterfei des Dalai Lama am Revers zu tragen und so die Solidarität mit den Tibetanern auszudrücken. Nach ähnlichem Muster rief Medico International 1991 zu einer heiklen Gratwanderung auf: Während für Reisen an die türkische Westküste zum Boykott aufgerufen wurde, sah man in 'Studienreisen' ins türkisch besetzte Kurdistan ein probates Mittel zur Unterstützung der kurdischen Bevölkerung. Der Höhepunkt der „Kunst des Jeinsagens"[6] war schließlich 1996 erreicht, als während der Internationalen Tourismusbörse in Berlin die „Internationale Liga für Menschenrechte" erklärte, daß man Burma nicht boykottieren wolle, aber von einer Reise dorthin abrate. Derartige Eiertänze spiegeln die politische Schwäche der Dritte-Welt-Solidarität wider. Selbst wenn sich Einzelne wie z.B. die schweizerischen Burma-Gruppen zu Boykottaufrufen entschließen, bleiben diese angesichts des vorherrschenden hedonistisch-individualistischen Zeitgeists eine relativ stumpfe Waffe.

Christian Stock

Christian Stock ist Geograph und Mitarbeiter im iz3w.

Anmerkungen:

1) zit. nach Badische Zeitung 19. 4. 1996.
2) fwv 12. 4. 1996.
3) L. K. Richter, Political Instability and Tourism in the Third World, in: D. Harrison, Tourism and the Less Developped Countries, London 1992: 43f.
4) vgl. 'Blätter' Nr. 212.
5) L. K. Richter, The Politics of Tourism in Asia, Honolulu 1989.
6) Mechtild Maurer am 16. 3. 1996 in der taz.



Wenn eine eine Reise tut ...

Die Tourismusforschung entdeckt Frauen und Kinder

Die sozialwissenschaftliche Erforschung des komplexen Phänomens Tourismus war bislang vor allem auf den „Normalfall Mann" ausgerichtet. Frauen und Kinder wurden allenfalls unter dem Blickwinkel der Sextourismusproblematik wahrgenommen. Neuere Studien widmen sich nun erstmals der wenig erforschten Genderfrage und der Kinderarbeit im Tourismus.

Feministische WissenschaftlerInnen haben aufgezeigt, daß die Trennung zwischen Freizeit und Arbeit für Frauen völlig anders verläuft als für Männer. Selbst in stark monetarisierten Gesellschaften beläuft sich die Gratisarbeit, würde sie in Geld gerechnet, auf ein Drittel bis die Hälfte des Bruttosozialprodukts, und der überwiegende Teil dieser Gratisarbeit wird bekanntlich von Frauen erledigt. Zwangsläufig entwickelt sich daraus ein sehr unterschiedliches Verständnis der „Freizeit", die von Frauen auch anders gelebt wird.

Wissenschaftstheoretische Erkenntnisse aus der „Gender"-Debatte wurden bislang wenig in Untersuchungen zum Tourismus einbezogen. Sie liefern jedoch wichtige Grundlagen für eine neue Herangehensweise an die Tourismusproblematik, deren Komplexität die „Mainstream"-Tourismusforschung kaum beizukommen vermag. Denn als analytische Kategorie stellt „Gender" – oft als soziales Geschlecht übersetzt – gängige Theorien grundsätzlich in Frage und begnügt sich nicht damit, ergänzende Aspekte zur „Frauenproblematik" in bestehende Erklärungsansätze einzubauen.

Höchste Zeit also und keineswegs übertrieben, daß gleich zwei neue Publikationen aus dem englischsprachigen Raum der „Gender"-Frage im Tourismus nachgehen. Sie präsentieren sich formal ähnlich als Sammelbände von Fallbeispielen, die neue Ergebnisse vielseitiger, mehrheitlich von Frauen durchgeführter „Gender"-Studien vorlegen. Beide Veröffentlichungen wollen mit einem Einführungskapitel den theoretischen Rahmen der „Gender"-Frage im Tourismus abstecken. Dieser Anspruch wird allerdings unterschiedlich eingelöst.

Obwohl die britischen GeographInnen Vivian KINNARD und Derek HALL bereits im Titel ihre Arbeit als „Gender analysis" deklarieren, unterlassen sie es kurioserweise, in der Einleitung ihren „Gender"-Begriff näher zu definieren, und führen auch keine weiteren Verweise auf die „Gender"-Debatte an. Damit bleibt der Bezugsrahmen für die einzelnen Fallbeispiele brüchig. So steht etwa der aufschlußreiche Aufsatz über die Konstruktion einer touristischen Landschaft in Schottland entlang von Schlachtfeldern, Nationalhelden und anderen Eckpfeilern einer männerspezifischen Geschichtsbetrachtung recht vereinsamt und ohne weitere Auswertung für künftige „Gender"-Studien (EDENSOR/KOTHARI). Dabei wirft er doch spannende Fragestellungen auf, ob und wie zum Beispiel Frauen solche auf Männer ausgerichteten Tourismuspfade bereisen oder wie Frauen in solchen Landschaften leben und arbeiten.

Detailliert lassen hingegen die AutorInnen bestehende ethnologische und soziologische Konzepte der Tourismusforschung Revue passieren und prüfen sie auf ihre Verwendbarkeit in „Gender"-spezifischen Untersuchungen. Vielversprechende Ansätze ergeben sich aus ihren Ausführungen, die den Tourismus als Entwicklungsperspektive kritisch beleuchten und sehr grundsätzliche Fragen nach Trennung von Arbeit und Freizeit, nach Arbeitsbegriff überhaupt, nach internationaler und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung sowie nach Macht und Kontrolle stellen. Doch unvermutet verlassen sie die Ebene der politischen Ökonomie, um sich der sozialen Interaktion, den Motivationen und der Begegnung auf einer individuellen Ebene oder den Veränderungen in den Familien zuzuwenden.

Späte Anerkennung der Frauen

Erst die Fallstudien über die konkrete Arbeitssituation von Frauen in Cornwall (HENNESSY) und in Irland (BREATHNACH et al.) bringen notwendige theoretische Ergänzungen und zeigen in einer konsequent durchgehaltenen wirtschaftspolitischen Perspektive auf, wie Tourismus in Krisenregionen gefördert wird und wie der Spielraum für Frauen auf dem bereits weitgehend flexibilisierten touristischen Arbeitsmarkt heute aussieht. Aus solch sorgfältigen Analysen, die Seltenheitswert in der Tourismusforschung aufweisen, lassen sich auch weitere Arbeitshypothesen über die Stellung und Rolle von Frauen (und Männern) im und zum Tourismus in der sich globalisierenden Wirtschaft ableiten, in denen die Ebene der individuellen (Geschlechter-)Identität auch mit den gesamtgesellschaftlichen Dimensionen des Geschlechterverhältnisses, aber auch des Tourismus verknüpft werden kann. Dieser ersten Publikation über „Gender"-Fragen im Tourismus kommt das Verdienst zu, Forschungsperspektiven zu eröffnen und zugleich aufzuzeigen, daß die theoretische Auseinandersetzung um die „Gender"-Frage in der Tourismusdebatte vertieft werden muß.

... haben andere viel zu tun

Diesen Weg begeht Margaret Byrne SWAIN, Anthropologin und Herausgeberin des Sonderbandes zu „Gender" der renommierten „Annals of Tourism Research". Die ihr bereits vorliegende Publikation von KINNARD/HALL gibt ihr die Gelegenheit, anhand einer kritischen Begutachtung klare Perspektiven zu entwerfen, wie der „Gender"-Ansatz zu einem besseren Verständnis des Tourismus führen kann. Diese Ausführungen ergänzt sie mit neuen Ergebnissen aus der feministischen Freizeitforschung[1] und einer feministischen Kritik einiger theoretischer Abhandlungen zum Tourismus[2], die auf höchst originelle Weise die Abwesenheit des „Körpers" in der Tourismusforschung und bei den meist männlichen Tourismusforschern selbst anprangert.

Swain definiert einen klar umrissenen „Gender"-Begriff: „Gender is then used to mean a system of culturally constructed identities, expressed in ideologies of masculinity and femininity, with socially structured relationships in divisions of labor and leisure, sexuality, and power between women and men". Darauf aufbauend erstellt sie einen Konzeptrahmen, der die zwölf folgenden Fallstudien kohärent verknüpft und gleichzeitig verschiedene Lesarten zulässt. So können touristische Aktivitäten auf geschlechtsspezifische Auswirkungen überprüft werden, zum Beispiel in der sehr aufschlußreichen Untersuchung des Agrotourismus in zwei von der EU-Landwirtschaftspolitik gebeutelten Regionen Spaniens (GARCIA et al.). Andererseits führt die geschlechtsspezifische Analyse der touristischen Nachfrage oder Vermarktung zu neuen differenzierten Ergebnissen wie etwa im Fall des „Romanze-Tourismus" von westlichen Frauen nach Jamaica, wo sich das sozioökonomische Gefälle zwischen Besucherinnen und Besuchten klar als bedeutsamer herausstellt als die konventionelle männliche Vormachtstellung gegenüber Frauen (PRUITT/LAFONT).

Doch letztlich gibt auch der Sonderband der „Annals" nur unzureichend Aufschluß darüber, weshalb die Tourismusforschung gerade jetzt die „Gender"-Frage zu entdekken scheint. Folgt sie dabei einfach – mit einem gewissen Verzug – einem allgemeinen „Gender"-Trend in den Wissenschaften und in der Entwicklungsdebatte? Frauen haben Hochkonjunktur im Tourismus. Die – späte – Anerkennung mag freuen. Doch haben Buchverlage und Reiseveranstalter die „reisende" Frau bereits als Marktlücke entdeckt. Die Tourismusindustrie hat längst unter Beweis gestellt, wie profitabel Frauen(bilder) zu vermarkten sind, wie patent sich die Gastgeberinnenrolle ausdehnen läßt und wie flexibilisierbar gerade die weiblichen Arbeitskräfte sind. Angesichts der laufenden Umwälzungen und Restrukturierungen im internationalen Tourismus dürften diese „Qualitäten" der Frauen äußerst gefragt sein, worauf verschiedene Fallstudien in beiden Publikationen unmißverständlich hindeuten.

Blumenmädchen und room boys

Nicht nur von Frauen, sondern auch von Kindern und Jugendlichen werden unsere Ferienwelten ganz maßgeblich in Schuß gehalten – von Schuhputzern, Blumenmädchen, SouvenirhändlerInnen, Kofferträgern, Room-Boys, ServiererInnen und Küchenhilfen. Zwischen 13 und 19 Millionen Minderjährige sollen in der weltweiten Tourismusindustrie angestellt sein, schätzt das International Labour Office (ILO), das wären 10–15 Prozent des gesamten touristischen Arbeitsmarktes. Nicht mitgerechnet sind dabei die unzähligen Kinder, die im „informellen Sektor" mit dem Fremdenverkehr zu tun haben.

Dieser Bereich der Kinderarbeit wurde bislang kaum untersucht, stellt die ILO in ihrem ersten, von Maggie Black herausgegebenen Bericht über diese Problematik fest. Sicher ist, daß der expandierende Tourismus eine ganze Palette von schlecht bezahlten, schlecht qualifizierten und schlecht geschützten Arbeitsplätzen oft am Rande der Legalität anbietet, die – je nach Land und kulturellem Kontext – mehrheitlich mit (jungen) Frauen und minderjährigen Jungen und Mädchen besetzt werden. Abgestützt auf Fallbeispiele aus verschiedenen Ländern der Dritten Welt unterstreicht der ILO-Bericht in erster Linie die Vielfältigkeit der Situationen von Kindern und Jugendlichen im Tourismus. Damit relativiert er explizit die oft etwas undifferenziert alarmierenden Meldungen der internationalen Kampagne zur Beendigung der Kinderprostitution im asiatischen Tourismus (EPCAT). Denn zum einen ist die sexuelle Ausbeutung von Kindern wohl die krasseste, aber keineswegs die einzige Ausbeutungsform von Kindern im Tourismus; andererseits darf die unbestritten erschreckende Zunahme der Kinderprostitution keineswegs allein im Zusammenhang mit dem Tourismus gesehen werden. Zudem läuft Kinderprostitution nicht – wie tendenziell vereinfachend immer wieder dargestellt – nur über Bordelle ab, wo Minderjährige zwangsweise festgehalten werden. Vielmehr gibt es vermutlich überwiegend fließende Übergangsformen von minderjährigen Zimmermädchen, RezeptionistInnen, ServiererInnen, „Bardamen" etc., die mehr oder weniger unter Zwang und gelegentlich ihren Körper an Touristen verkaufen oder Sex mit ihren Vorgesetzten als „integralen Bestandteil" ihres Angestellten-Daseins in Kauf nehmen müssen.

Klar wird aus dem ILO-Bericht, daß die materielle Not, oft verursacht durch Landflucht und Strukturanpassungsprogramme des IWF, die überwiegende Mehrzahl der Minderjährigen zur Arbeit im Tourismus treibt. Doch kann eine Arbeit im Tourismus (sogar in der Prostitution!) je nach Alter, Geschlecht und kulturellem Hintergrund auch erhebliche Attraktivität für die Kinder und Jugendlichen aufweisen. Für westliche Maßstäbe äußerst ausbeuterische Verhältnisse bezüglich Arbeitszeiten und -bedingungen werden zum Teil von den Kindern nicht als solche empfunden. Jedenfalls warnt der ILO-Bericht davor, mit westlicher Entrüstung an eine Kampagne gegen die Kinderarbeit im Tourismus zu gehen, ohne die jeweiligen individuellen Vorstellungen und Karrierepläne der Betroffenen und deren spezifische sozio-kulturelle Hintergründe zu berücksichtigen.

Wenige Anhaltspunkte liefert allerdings der ILO-Bericht über die konkreten Vorgehensweisen künftiger Studien. Auch von den erfolgten Fallstudien vernimmt die LeserIn nur, daß es schwierig war, die Betroffenen zum Sprechen zu bringen. Hoffentlich gibt dies Anstoß zu neuen Studien, die im Interesse der betroffenen Kinder und Jugendlichen auf eine wirksame Bekämpfung der wirtschaftlichen und sexuellen Ausbeutung hinwirken.

Christine Plüss

Christine Plüss ist Mitarbeiterin des Arbeitskreises Tourismus & Entwicklung in Basel

Vivian Kinnaird, Derek Hall: Tourism – A Gender Analysis. Chichester 1994.
Annals of Tourism Research, Volume 22, Number 2, 1995: Special Issue on Gender in Tourism, Guest Editor Margaret Byrne Swain.
Maggie Black: In the twilight zone. Child workers in the hotel, tourism and catering industry. ILO Child Labour collection, International Labour Office Geneva 1995.

Anmerkungen:
1) HENDERSON Karla: Broadening an Understanding of Women, Gender and Leisure. Journal of Leisure Research 26, 1994.
2) VIJOLA Soile/JOKINEN Eeva: The Body in Tourism. Theory Culture and Society 11, 1994.


Foto: Christian Stock

Tropical Techno

Kleinunternehmerinnen im südindischen Kovalam

Der Boom der 80er Jahre hat Kovalam zum bedeutendsten Ort auf der touristischen Landkarte des südindischen Bundesstaates Kerala werden lassen. Aber nicht alle Einheimischen können so gute Geschäfte machen wie die großen Unternehmer am Strand mit ihren umsatzträchtigen Restaurants und Unterkünften. Insbesondere Frauen haben es schwer, im Tourismusgeschäft Fuß zu fassen. Wenn es ihnen überhaupt gelingt, dann zu schlechten Bedingungen.

Suchend schweift Chandrikas Blick über das unübersichtliche, von dichter tropischer Vegetation überwucherte Gelände vor dem Haus. „No tourist coming", stellt sie nach einer Weile resignierend fest. Obwohl die Touristensaison noch nicht zu Ende ist, finden dieses Jahr nur wenige der Rucksacktouristen den Weg zu Chandrikas Haus. Ausgebucht war es nur in der Hochsaison zur Weihnachtszeit, als unten am Strand alles belegt war.

Seit 15 Jahren vermietet Chandrika Zimmer an ausländische Touristen. Außerhalb der Touristensaison nutzen sie, ihr Ehemann und die drei Kinder das einfache Haus ausschließlich zum Wohnen. In der Spitzensaison, wenn bis zu sechs der insgesamt sieben Räume vermietet sind, wird es eng. Dann muß die Familie zusammenrücken und auf dem Boden schlafen, weil die vorhandenen Betten von den Touristen benutzt werden. Die Einnahmen durch die Zimmervermietung, rund 15.000 Rupien pro Saison (etwa 750 DM), tragen ganz erheblich zum Unterhalt der Familie bei. Ein zusätzlicher Verdienst ergibt sich durch die Verköstigung der Touristen mit Thalis, den typischen südindischen Reismahlzeiten.

Durch ihre informelle Unternehmerinnentätigkeit im Tourismusbereich hat sich Chandrika eine gewisse Autonomie erwerben können. Sie entscheidet über die Familienfinanzen und bestimmt auch viele andere Dinge. Ihr Mann, der schlechtbezahlt als Anstreicher arbeitet, muß sich ihren Vorstellungen oft beugen. Aber Chandrikas Unabhängigkeit hat ihren Preis. Zwar ist ihre Arbeit im Tourismusbereich, die vor allem in der mühsamen Zubereitung der Mahlzeiten auf dem Holzfeuer und dem rußenden Kerosinbrenner besteht, nicht ganz so hart wie zum Beispiel die Plackerei auf einem Reisfeld. Trotzdem ist es ein Job, der morgens um sieben Uhr beginnt und erst um neun Uhr abends endet. Tagsüber kann Chandrika das Haus nur für kürzere Zeit verlassen, da sie auf Neuankömmlinge warten muß. Das Bangen, ob Gäste kommen oder nicht, geht oft an die Nerven. Viele der bei Chandrika logierenden Rucksacktouristen bemühen sich um rücksichtsvolles Verhalten. Andere werden zu einer Belastung für das Familienleben, vor allem die Drogenfreaks, die unter dem schattigen Vordach eine Haschischpfeife nach der anderen rauchen. Einmal ist einer dieser Leute ausgerastet, hat die Einrichtung demoliert und wollte das Haus anzünden.

Chandrikas Rolle als selbständige Zimmervermieterin ist in Kovalam eher ein Ausnahmefall. Früher, als in Kerala eine matrimoniale Erbfolge üblich war, hatten die Frauen in diesem Bundesstaat eine relativ starke Position in der Gesellschaft. Übriggeblieben sind davon eine niedrigere Geburtenrate, ein höheres Heiratsalter und bessere Bildungschancen als sonst in Indien üblich. Heute aber hat sich die Situation der Frauen allgemein verschlechtert. Nur selten können sie Arbeit in der freien Wirtschaft finden. Das gilt auch für den von den Politikern in Kerala als 'modern' gepriesenen Tourismussektor. Alle qualifizierten Jobs mit entsprechend hohem Einkommen, z.B. als Rezeptionist, bleiben in Kovalam den Männern vorbehalten. Lediglich in den beiden staatlichen Hotels erzwingt eine Quotenregelung die Teilhabe von Frauen an den begehrten und sicheren Arbeitsplätzen.

Frauen in der Schattenwirtschaft

Der Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten zwingt viele Frauen, sich im informellen Sektor, der staatlich nicht anerkannten touristischen Schattenwirtschaft, selbständig zu machen. Nur selten gelingt dies trotz der geschilderten Probleme so vergleichsweise profitabel und gesichert wie bei Chandrika. In Chandrikas Fall war es der geerbte Haus- und Landbesitz, der ihr die Zimmervermietung erst ermöglichte. Typisch ist eher die Situation der 'fruit ladies', den Obstverkäuferinnen, die mit ihren voll beladenen Körben am Strand nach willigen Käufern Ausschau halten. Ihr Ruf 'pineapple, papayas, mangos – cheaper price' ist überall gegenwärtig. Viele Touristen fühlen sich durch die

häufigen Verkaufsversuche beim Sonnenbaden belästigt. Andere lassen sich gerne auf ein Schwätzchen mit den freundlichen 'fruit ladies' ein, ohne dies immer mit einem Kauf zu verbinden. Die Arbeit am Strand ist hart. Die unbarmherzig brennende Sonne und der helle Sand blenden die Augen. Sonnenbrillen können sich die 'fruit ladies' nicht leisten. Ihr Verdienst reicht gerade, um die Familie über Wasser zu halten.

Saubermänner in Kovalam

Manchmal bricht bei den 'fruit ladies' die Verbitterung über ihre schwierige Lage hervor. Dann beschweren sie sich über die reichen Nichtstuer aus dem Westen, die ihnen nicht mal ein paar Rupees gönnen und stattdessen lieber teure Schokoriegel kaufen. Sie schimpfen mit einer Mischung aus Wut, Angst und Ohnmacht auf die 'Tourism Police', die sie immer wieder vom Strand vertreibt. Die Landesregierung will den 'Hippie'- und Rucksacktourismus zugunsten des Luxustourismus zurückdrängen. Der informelle Sektor mit seinen vielen illegalen Strandrestaurants und mobilen KleinsthändlerInnen bekommt als erstes die Auswirkungen dieser 'Clean-up-Kovalam'-Kampagne zu spüren.

Im Jahr 1993 hat die Landesregierung die Bretterbuden vieler KleinsthändlerInnen und sogar ganze Wohnhäuser niederreißen lassen, weil sie angeblich den Strand verschandelten und illegal errichtet worden seien. Damit beraubte die Tourismuspolitik viele der Armen ihrer Existenz. Die folgenden 'Streikaktionen' der Zwangsvertriebenen am Strand, an denen sich vor allem Frauen beteiligen, bleiben erfolglos. Schließlich stehen schon kapitalstarke Unternehmer aus Keralas Hauptstadt Trivandrum bereit, die die vorhandenen Baulücken mit protzigen Hotelkästen füllen.

Die 'Fruit Ladies' hingegen werden schon allein deswegen von vielen Höherkastigen in Kovalam herablassend behandelt, weil sie aus den untersten Kastengruppen der umliegenden Dörfer stammen. Der direkte Kontakt mit den mehrheitlich männlichen Touristen gehört sich nach Ansicht der konservativen Höherkastigen nicht für Frauen, und schon gar nicht für jüngere im heiratsfähigen Alter. An diese Altersbegrenzung halten sich selbst die 'fruit ladies' – sie sind alle über 40 Jahre alt. Nur bei einer Nomadenfamilie, die aus dem entfernten Karnataka kommt und farbenprächtige Textilien anbietet, handeln auch jüngere Frauen mit den Touristen. Aber diese Familie gilt in Kovalam als nicht zur Gemeinschaft gehörend und kann sich daher mehr herausnehmen.

Sex and Drugs...

Die einzige positive Seite der rigiden Moral ist, daß anders als in vielen Touristenorten, Prostitution kaum zu beobachten ist. Nur zwei Hotels sind als getarnte Bordelle bekannt. Es sind vor allem indische Tagestouristen, die hier suchen, was sie in ihren Herkunftsorten nicht finden. In ganz Indien hat Kovalam einen Ruf als Lasterhöhle, als „resort of vice and sex".

Chandrika macht sich deswegen Sorgen um die Zukunft ihrer beiden Töchter. Beiden ermöglicht sie eine den bescheidenen finanziellen Bedingungen entsprechende, aber möglichst optimale Ausbildung auf höheren Schulen und sogar der Universität. Schon jetzt sucht Chandrika den richtigen Ehemann für ihre 19-jährige Älteste. Einer mit gutem Leumund und aus einer angesehenen Familie der eigenen Kastengruppe, der Ezhava, soll es sein. Die dazu nötige Mitgift erhofft sie, durch die Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft aufbringen zu können. Aber insgeheim befürchtet Chandrika, daß Kovalams zweifelhaftes Image auch den guten Ruf ihrer Töchter beschädigt.

Auch für den 18-jährigen Sohn Praveen hat Chandrika das bescheidene Familienvermögen aufs Spiel gesetzt. Nachdem Praveen wie viele andere Jugendliche aus Kovalam begann, am Strand bei den Touristen herumzuhängen und ins Drogengeschäft einstieg, hat sie zunächst versucht, ihn als Arbeitskraft auf einer Baustelle unterzubringen. Dort nahm er schnell reißaus. Bei ihrer Verwandtschaft lieh sich Chandrika daraufhin Geld, um eine Autorikscha zu kaufen. Jetzt fährt Praveen mit dem Gefährt Touristen zur nahegelegenen Großstadt oder zum Flughafen. Ein einträgliches Geschäft, weil die Touristen höhere Preise zahlen als sonst in Indien üblich. Jeden Tag muß Praveen hundert Rupien bei Chandrika abliefern, von denen sie den Kredit für die Autorikscha abzahlen muß. Chandrika weiß, daß Praveen eigentlich mehr am Tag verdient und größere Beträge bei ihr abliefern könnte. Sie ist aber froh, ihn vom Strand wegbekommen zu haben.

Aufgrund ihres Land- und Hausbesitzes ist Chandrika immerhin in der Lage, ihren Kindern eine gewisse Sicherheit zu bieten. Ganz anders ist die Situation bei ihrer verarmten Nachbarin Janamma, die Chandrika gegen ein geringes Entgelt und freie Mahlzeiten im Haushalt hilft. Janamma ist auf den Job bei Chandrika angewiesen. Ihr Ehemann liegt im Sterben. Sobald die Kinder aus dessen erster Ehe das kleine Häuschen aus seinem Besitz geerbt haben, wird sie auf die Straße gesetzt werden, befürchtet Janamma. Da sie kein Wort Englisch spricht und das Haus in einem so erbärmlichen Zustand ist, daß nicht mal die abgebranntesten unter den Rucksacktouristen dort wohnen würden, ist das Zimmervermieten keine Möglichkeit zum Geldverdienen für sie. Wenn erstmal die Kinder Zugriff auf Haus und Grundstück haben, wird es bald an einen der vielen investitionswilligen Tourismusunternehmer verkauft werden.

Chandrika befürchtet nicht, vertrieben zu werden. Ihre Eigentumsrechte an Haus und Land sind im Grundbuch eingetragen. Die inflationäre Steigerung der Bodenpreise betrachtet sie eher als Vorteil, weil sie so bei einem eventuellen Verkauf große Summen erzielen könnte. Trotzdem sieht sie viele Entwicklungen in Kovalam mit Unbehagen. Als das Grundstück unterhalb ihres Hauses an einen Auswärtigen verkauft wurde, war schon bald der bisher freie Weg über das offene Gelände durch Zaunanlagen versperrt. Jetzt finden die Touristen den Weg zu ihr nur noch durch Zufall und über Umwege. So ist sie auf die 'Schlepper' angewiesen, die die Touristen am Busstand abfangen und zu ihr lotsen – natürlich gegen eine von ihr zu zahlende Provision, so daß die ohnehin nicht üppigen Einnahmen noch weiter dezimiert werden.

Rolle rückwärts im Tourismus

An der in Kovalam üblichen Rollenverteilung, die Frauen einen Platz nur im häuslichen Bereich und bestenfalls in der Landwirtschaft zuweist, hat der Tourismus wenig geändert. Im Gegenteil, er fällt sogar weit hinter die Standards zurück, die zum Beispiel bei den Angestellten in Keralas großem öffentlichen Sektor üblich sind. Hier können Frauen wenigstens ein knappes Drittel der Jobs in der Verwaltung und in den Staatsbetrieben für sich reklamieren. Bezeichnend ist auch, daß die am Tourismusgeschäft beteiligten Frauen in Kovalam nur etwa 40% des Durchschnittsverdienstes von Männern erzielen können, weil sie in wenig gewinnträchtige Bereiche abgedrängt werden. Das sind neben dem Obstverkauf vor allem Reinigungs- und Küchenarbeiten.

Neben den relativ wenigen selbständig aktiven Frauen im Tourismusbereich gibt es natürlich auch in Kovalam eine große Zahl von Frauen, die indirekt und unbezahlt Zuarbeit leisten – etwa die Ehefrauen und Verwandten der Unterkunftsbesitzer, denen oft die Zimmerreinigung überlassen wird. Weil zumindest in der Hauptsaison die Männer häufig Haus und Familie vernachlässigen, sind viele Frauen bei der Erziehung der Kinder und z.T. bei der Landwirtschaft ganz auf sich gestellt. Auch die Negativwirkungen des Tourismus gehen besonders zu Lasten der Frauen. Zum Beispiel sind die Lebensmittelpreise in Kovalam wegen der hohen Nachfrage durch die Restaurants so hoch, daß die Hausfrauen auf weiter entfernt gelegene Märkte ausweichen müssen. Die schlechte Wasserqualität der Brunnen in der Strandregion, die auf die ungeklärten Abwässer der Hotels zurückgeht, zwingt viele Frauen, das kostbare Naß zu Fuß aus dem Hinterland zu holen.

Das von den Touristen so geschätzte 'tropische Paradies' ist nicht für alle paradiesisch. Selbst Chandrika sehnt sich manchmal nach der Zeit vor dem Tourismusboom zurück, als am Strand ganze fünf Familien lebten und nicht hämmernde Technomusik von den Strandparties den Schlaf raubte.

Christian Stock

Nur Brennholz und Tortillas

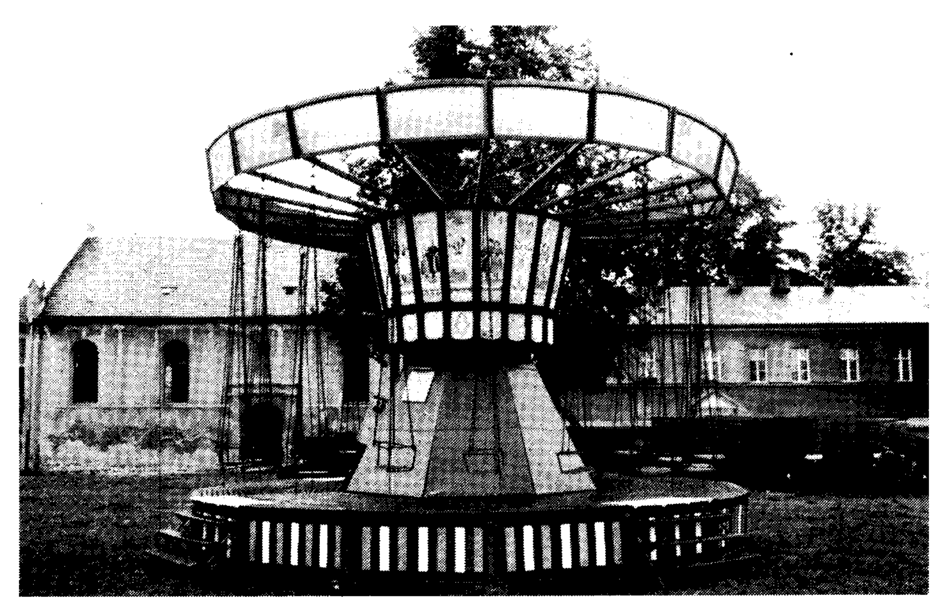
Über die Möglichkeiten, auch heute noch korrekt zu reisen

An die TAZ, Berlin, Leserbriefredaktion, betr.: Werbung für die TAZ-Frauenreise nach Mexiko.

Das Matriarchat als Peep-show?

Seit dem 30. Nov. macht die TAZ Reklame für eine sogenannte TAZ-Frauenreise nach Mexiko mit dem Aufreißer „Auf ins Matriarchat!" Sie fordert Frauen aus Deutschland dazu auf, andere Frauen, nämlich die in Juchitán, besichtigen zu fahren. Wie im Zoo. Oder haben die Frauen aus Juchitán, die für ihre weitherzige Gastfreundschaft bekannt sind, etwa dazu eingeladen, sie zu besuchen? Nein!

Seit Jahren schreiben und reden wir gegen die Zerstörung an, die der Konsumismus mit sich bringt – nicht nur der Umwelt, sondern offensichtlich auch der Hirne und Herzen (...) – und da werden Frauen nicht wie Menschen, sondern wie Objekte touristisch-voyeuristischer Begierde behandelt. (...) Glaubt Ihr, Einblicke in Gesellschaftsstrukturen bekommen zu können, ohne jemanden zu kennen, noch dazu an einem halben Tag? Aber da gibt es ja unser Buch „Juchitán, Stadt der Frauen", auf das die Männer des Reiseveranstalters bei Anruf gerne hinweisen. Daher hätten sie den „Geheimtip". Gelesen haben sie es mit Sicherheit nicht. (...) Zudem scheinen sich die OrganisatorInnen noch nicht einmal in Mexiko auszukennen, zumindest im Süden des Landes nicht. Ca. 10 Stunden in Flugzeug, Bus und Taxi wollen sie den teuer blechenden TouristInnen antun, um sich in Juchitán „während des Stadtrundgangs ... aus erster Hand über die Gewohnheiten" (1 Std á 100,– DM?), „Gebräuche" (noch 1 Std.) „und Einstellungen" (1 Std., plus vorweg 1 Std. Schnellkursus in zapotekischer Sprache) „dieser Frauen informieren" zu können. Peep – und eilig wird der Ort wieder verlassen, (...) um wieder dieselbe Tortur der Rückreise in das Zentrum/Norden Mexikos auf sich zu nehmen. Und das alles nur, damit mit dem reißerischen Aufmacher für diese „Frauenreise" geworben werden kann. Nicht nur, daß mit der Ware „Tourismus" eine heile Welt gekauft werden soll, nach dem Motto „Sie sehnen sich nach dem, was sie zerstört haben" (Maria Mies), sondern jetzt werden noch zusätzlich Gefühle der Frauensolidarität mobilisiert und feministische Gesellschaftskritik dazu benutzt, um diese zerstörerische, konsumistische Show weiter anzuheizen. Das ist der Gipfel der Perversion. Basta ya! (...)



Alternative zum Tourismus **Foto: R. Maro**

Diesen Leserbrief schrieb ich Anfang Dezember 1995 an die TAZ. Erst Ende des Monats wurde die Anzeige gestoppt, denn es gab offenbar genügend Leute in der TAZ, die meinten, das sei in Ordnung so: Business as usual, Geschäft geht vor Moral. Nun stellt sich an diesem Beispiel erneut die Frage, ob es einen alternativen Tourismus gibt. Offenbar nicht! Im Gegenteil scheinen Tourismus und Käuflichkeit untrennbar miteinander verbunden zu sein. Mit der Werbung für die LeserInnenreise wird das Engagement der Frauen- und der Dritte-Welt-Bewegung in klingende Münze umgesetzt und der Solidaritätsgeist, mit dem die TAZ seit Jahren ihre AbonentInnen zusammenhält, gleich dazu.

Schon lange steht der sogenannte alternative Rucksacktourismus unter Verdacht. Dort, wo heute Club Méditerrané und Neckermann landen, haben in der Regel die Alternativen den Weg bereitet. So frißt sich die touristische Maschine langsam in die hintersten Ecken der Welt. Dort ist die Neugier auf die Besucher und das Austauschen über die unterschiedlichen Lebensweisen allenthalben einer nur aus kommerziellen Gründen kaschierten Verachtung gegenüber der trampeligen Begierde der Touristen gewichen.

Schon höre ich die Stimmen: Ja, darf man denn überhaupt nicht mehr reisen? Gibt es überhaupt keinen Unterschied zwischen Tourismus und reisen? Doch, es gibt ihn. Wir können und sollten dorthin reisen, wo wir Freunde haben, die uns eingeladen haben. Schließlich kommen so viele Fremde zu uns in die Metropole, mit denen wir uns vermutlich angefreundet und ihnen unsere Gastfreundschaft geboten haben, die sie gerne erwidern werden. Oder etwa nicht?

Über jeden touristischen Zweifel erhaben aber erscheint die Solidaritätsbewegung. Mehr noch, die Zapatistas, die indianisch-bäuerlichen Aufständischen in Chiapas/Mexiko, haben die Sozialrebellen aus anderen Ländern eingeladen, ihnen als internationale Beob-

achter einen gewissen Öffentlichkeitsschutz gegen die Übergriffe der Militärs zu bieten. Das ist klug und nützlich, denn um der ausplündernden globalen Wirtschaftsweise zu entkommen, müssen wir uns verbünden. Nun erzählte mir eine junge Frau von ihrem mehrwöchigen Aufenthalt in einem Solidaritätscamp nahe eines indianischen Dorfes, das erst durch einen dreistündigem Fußmarsch zu erreichen war. Auf die Frage, wer das Camp versorgt habe, meinte sie: „Niemand, wir haben alles selbst mitgebracht. Aus dem Dorf bekamen wir nur Brennholz und Tortillas".

Nur? Die Ökonomie der indianischen Bauern in Chiapas besteht fast aus nichts anderem. Sie bauen Mais und Bohnen an, wovon sie dreimal täglich essen. Manchmal kommt ein Ei dazu, ein bißchen Schmalz, selten ein Huhn und noch seltener ein Stückchen Schweinefleisch. Dazu wird Kaffee angebaut, um Geld für Werkzeuge, Medizin, Düngemittel und Kleidung zu haben. Jeden Tag wird Feuerholz im Brachland geschlagen und am Stirnband nach Hause geschleppt. Was heißt hier also „nur"?

Kulturkonsum und Konsumkultur

Wieso war die junge Frau nicht in der Lage, zu erkennen, was sie sah? Wieso gelang es ihr nicht, die Mühe zu ermessen, die diese Aufwendungen für das sie beherbergende Dorf bedeuteten? Weil Tortillas und Brennholz, d.h. notwendige Lebensmittel, für sie selbst kaum etwas wert sind. Das ist der Graben, der uns trennt, und den werden wir durch noch so viel reisen nicht überwinden können, wenn wir weiterhin durch die kolonialistische Blindheit der Besserverdienenden, der Besserwissenden und der Besserlebenden geprägt bleiben.

Der Glaube an unser „natürliches" Bessergestelltsein ist zu einem Bestandteil des metropolitanen Unterbewußtseins geworden: Unsere Kultur selbst ist konsumistisch. Stillschweigend sind wir der Überzeugung, daß wir durch die Zugehörigkeit zu einer der großen Wirtschaftsmächte nicht nur die imperialistische Befähigung, sondern das Recht haben, mit „unserem" Geld alle Waren dieser Welt kaufen zu können. Bei dieser Einstellung handelt es sich längst nicht mehr um eine Charakterentgleisung einzelner Gruppen oder Klassen, vielmehr gehört sie inzwischen zum Sozialcharakter der metropolitanen Geld- und Warengesellschaft insgesamt. Nicht wir kaufen den Konsum, sondern der Konsumismus hat uns gekauft.

Gerade für Touristen ist es schwer, dem Diktat des Konsumismus zu entkommen. Touristen sind diejenigen, die für ihr abstraktes Geld konkrete Erlebnisse kaufen wollen. Dabei wird jedoch immer Ungleiches, besser gesagt Ungleichgewichtiges, ungleich Bewertetes, ungleiche Bedeutungen getauscht. Was fehlt, ist die Authentizität der Begegnung, ist die Gegenseitigkeit.

Das Problem sind dabei nicht das Geld und der Markt. Das haben unsere Forschungen in Juchitán gezeigt. Dort gilt dieselbe Münze und derselbe Schein wie in ganz Mexiko. Die Stadt ist vom Markt geprägt, sie liegt in einer weltmarktoffenen Gegend und jede Frau ist eine Händlerin. Dennoch wird anders als in der Maximierungsgesellschaft mit dem Geld umgegangen. Die Händlerinnen sind in eine Kultur der Gegenseitigkeit eingebettet, die sie durch ihr prestigeökonomisches Handeln täglich neu herstellen. Geld ist hier einfaches Tauschmittel, das sozialen Regeln unterworfen ist und kein selbständiger Wert wie bei uns.

Das Problem sind wir: der Kolonialismus, der technologische Machbarkeitswahn, der entwicklungsideologische Rassismus und die Habgier – ökonomische Interessen genannt – der Wirtschaftsweise. Deshalb: Think globally, act locally. Unser Lebensstil untergräbt die Lebensgrundlagen der Leute in Chiapas. Unser Konsumverhalten stützt diejenigen, die global handeln und lokal alles zerstören, die Unilevers, Nestlés, Kraft-Jakobs-Suchards, die Daimler-Benz', Bayers, BASFs, die Shells und Essos. Antikolonialismus im Zeitalter der Globalisierung heißt Antikonsumismus, heißt, den eigenen Ausverkauf beenden und das eigene Überleben aus der eigenen Region erwirtschaften. Antikolonialismus im Zeitalter des „Sieges" der freien Weltmarktwirtschaft heißt, die eigene Landschaft und die eigenen Lebensmittel vor der Zerstörung und Verseuchung zu schützen, dann brauchen wir nicht mehr touristisch aus ihnen zu fliehen.

Zurück nach Chiapas?

Mit dieser Haltung werden wir auch wieder nach Chiapas reisen können. Vielleicht werden wir verstehen, was es für die zapatistischen BäuerInnen und HandwerkerInnen bedeutet, die Subsistenz selbst und unabhängig zu produzieren. Deshalb haben sie sich erhoben, aber deshalb auch wollen sie nicht die Macht. Sie wollen nicht mehr und mehr, sondern sie wollen den Landraub beenden, die Plünderung ihrer Wälder, ihres Wassers und der anderen Naturgüter stoppen, um den völligen Ruin ihrer Wirtschaftsweise aufzuhalten. Wenn es ihnen gelingt, eine Ökonomie der Gegenseitigkeit und des regionalen Austausches zu entfalten, können sie uns gastfreundschaftlich an ihrem bescheidenen Wohlstand teilnehmen lassen... Sofern wir weiterhin davon überzeugt sind, daß es notwendig ist, das Kerosin für unseren Flug in die Luft zu pusten und sofern wir nicht zu sehr damit beschäftigt sind, unsere eigenen Subsistenzgrundlagen zu verteidigen.

Veronika Bennholdt-Thomsen

Veronika Bennholdt-Thomsen ist Herausgeberin des Buches „Juchitán, Stadt der Frauen". Sie arbeitet am Institut für Theorie und Praxis der Subsistenz e.V. in Bielefeld.

Kritische Distanz

Viele ehemalige TourismuskritikerInnen feilen heute an fragwürdigen „ökologischen und sozialverantwortlichen" Tourismuskonzepten und bieten diese der Tourismusindustrie an, die aufgrund des Imagegewinns gerne darauf zurückgreift. Der Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung (AKTE) in Basel ist eine der wenigen Organisationen im gesamten deutschsprachigen Raum, der dieses Spiel nicht mitmacht und sich seine kritische Distanz zum Dritte-Welt-Tourismus bewahrt hat, ohne dabei aber verbissen auf den alten Standpunkten zu beharren.

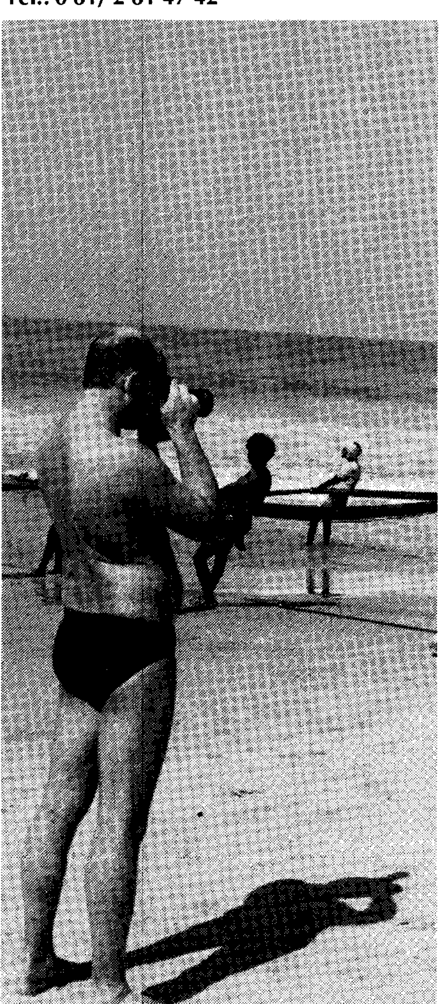
Vor einigen Wochen hat AKTE anlässlich des vierten Internationalen Anti-Golf-Tages zu einem Stopp von Golfreisen in Dritte-Welt-Länder wie Malaysia oder Thailand sowie zu einem Baustopp von Golfplätzen weltweit aufgerufen. Eine von Gaby Fierz bei AKTE herausgegebene **Dokumentation „Golf"** berichtet detailliert über die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme des Golfbooms und bringt konkrete Beispiele.

Nicht nur an Golftouristen, sondern an die Masse der Reisenden richtet sich der neue Prospekt **„Neugierig auf fremde Länder?"** Darin wird erfolgreich versucht, die komplexen Mechanismen und Zusammenhänge des Tourismus für Nicht-SpezialistInnen und KonsumentInnen verständlich zu machen. Der für die breite Aufklärungsarbeit einsetzbare Prospekt ist zum Preis von 1 Sfr. bei AKTE erhältlich, 100 Exemplare kosten 40 Sfr.

Ein größeres Projekt des AKTE ist die Herausgabe eines Sammelbandes mit dem Titel **Herrliche Aussichten? Frauen im Tourismus**, der im Herbst 1996 beim Rotpunktverlag erscheinen soll. Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen im internationalen Tourismus werden darin aus einer feministischen Perspektive betrachtet, wobei die konkrete individuelle Situation der im Tourismus arbeitenden Frauen nicht aus den Augen verloren werden soll. Frauen sind aus der Tourismusindustrie nicht wegzudenken. Qualitäten wie Einfühlungsvermögen, Freundlichkeit und Organisationstalent machen, so die üblichen Denkmuster, Frauen zu idealen GastgeberInnen, die auf die Bedürfnisse erholungssuchender – gewöhnlich männlich gedachter – Touristen einzugehen wissen. So fragt der Sammelband u.a. nach der Ideologie, die Frauenförderungsprojekten im Tourismus zugrunde liegt. Zur Sprache kommt auch die Rolle der Frauen als Reisende, etwa in einem kritischen Blick auf das Frauenreiseangebot. Die Herausgeberinnen Karin Grütter und Christine Plüss haben eine große Zahl von AutorInnen zur Mitarbeit an dem Buch gewinnen können, das eine große Lücke in der deutschsprachigen Tourismusliteratur schließen wird.

Bei derartig aufwendigen Projekten ist AKTE wie so viele andere kritische Gruppen finanziell überfordert. Die Mitgliederversammlung beschloß daher, einen **Fonds für seriöse Recherchen und Aktionen** einzurichten, um die Mittelbeschaffung für eine qualifizierte Informationsarbeit zu erleichtern. Konkret sollen so Studien über die Auswirkungen des Tourismus, Hintergrundberichte, Aktionen und Informationskampagnen finanziert werden.

Weitere Informationen zu den genannten und anderen Projekten bei:
Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung, Missionsstr. 21, CH-4003 Basel, Tel.: 0 61/ 2 61 47 42



Sensationen aus der Distanz

Türöffner

'Fremdheit' ist ein zentrales Thema der Ethnologie und zugleich ein wichtiges Element im Tourismus. Während ökologische Probleme des Tourismus inzwischen allgemein thematisiert werden, fehlt es an der Auseinandersetzung mit den soziokulturellen Auswirkungen. Der **Gemeinsame Arbeitskreis Tourismus und Ethnologie (GATE)** will deshalb ethnologische Konzepte innerhalb der Tourismusbranche etablieren. Die Schwerpunkte der bei GATE organisierten EthnologInnen reichen von kulturellen, sozialen und geschichtlichen Aspekten des Tourismus bis hin zur Erarbeitung neuer Tourismuskonzepte. Dabei soll Qualität, nicht Quantität gefördert werden und Tourismus aus ethnologischer Sicht vertretbar gestaltet werden.
Kontakt: GATE, c/o Kristina Kortländer, Frickestr. 60, 20252 Hamburg, Tel./Fax 0 40/47 88 18

Keine Reise ohne Sensationen

Viele verachten sie, aber fast alle benutzen sie: Reiseführer. Bei keiner anderen literarischen Gattung ist die Kluft zwischen Nachfrage und Wertschätzung so groß wie in diesem Wachstumssektor des Buchmarktes. Die Kulturwissenschaftlerin **Sabine Gorsemann** hat nun eine Dissertation mit dem Titel **Bildungsgut und touristische Gebrauchsanweisung** vorgelegt, die sich mit den Hintergründen der Reiseführerproduktion auf sehr informative und zugleich spannende Weise auseinandersetzt. Gorsemann verknüpft dabei geschickt tourismustheoretische und literaturwissenschaftliche Aspekte.

Reiseführer sind längst zu einem festen Bestandteil der heutigen Reisekultur geworden. Sie haben eine kaum zu unterschätzende Funktion als Kulturvermittler und sind oft die einzige Informationsquelle der Touristen über das bereiste Land. Der weitgefaßte Informationsanspruch vieler Reiseführer führt angesichts der begrenzten Textmenge oft zur Trivialisierung der komplexen Realität in den besuchten Gesellschaften. Am Beispiel von Island-Reiseführern zeigt Gorsemann, wie Reiseführer Urteile über Fremde vermitteln. Nur in seltenen Fällen tritt dabei offener Rassismus zutage wie in dem von Gorsemann zitierten Satz „(es) leben ganz normale Menschen in Island und keine Eskimos", aber ethnische Determinationen über 'die Isländer' sind allgegenwärtig. Ein weiteres häufig wiederkehrendes Muster bei der Konstruktion einer 'exotischen' und 'heilen' Urlaubswelt ist die Idealisierung fremder oder sogar nur imaginisierter Kulturelemente, etwa wenn das Hirtenidyll in Island beschworen wird, obwohl es diesen Berufsstand dort praktisch nicht gibt.

Zum Handwerkszeug der Reiseführer gehört auch die Verwendung von Superlativen und Sensationen. Reiseobjekte können so nicht aus sich heraus verstanden oder einfach schön gefunden werden, sondern nur in Konkurrenz zu anderen Zielen. Gelegentlich üben sich Reiseführer auch in der Erziehung zu 'besserem Reisen', wobei sie aber immer das individuelle Verhalten der Touristen thematisieren und nicht die von der Tourismusindustrie gesetzten Rahmenbedingungen.

Daß gute Reiseführer „Zufall" sind, wie Gorsemann bedauernd feststellt, hat mit den Produktionsbedingungen zu tun. Kein einziger der von ihr befragten Autoren konnte allein vom Reiseführerschreiben leben, da die Honorare niedrig sind. Meistens sind Reiseführer Nebenprodukte aus sonstigen wissenschaftlichen oder journalistischen Tätigkeiten. Damit fehlt es vielen Autoren ent-

weder an journalistischer oder an wissenschaftlicher Kompetenz. Nicht zuletzt werden Reiseführer fast nie so gründlich rezensiert und untersucht, wie dies angesichts ihrer Wirksamkeit angebracht wäre. Eine der wenigen wirklich gelungenen Ausnahmen ist Gorsemanns Studie.

cst

Sabine Gorseman, Bildungsgut und touristische Gebrauchsanweisung. Produktion, Aufbau und Funktion von Reiseführern. Waxman Verlag, Münster/New York 1995, 294 Seiten, 49,– DM.

Dollars für die Dorfkasse

1995 wurde erstmals vom **Studienkreis für Tourismus und Entwicklung** im bayrischen Ammerland unter dem Titel „ToDo" ein Wettbewerb für sozialverantwortliche Tourismusprojekte ausgeschrieben. Auf der ITB 96 wurden nun die ersten beiden Projekte ausgezeichnet. Die eine Preisträgerin ist das „Woodlands Network" aus der Provinz Uva in Sri Lanka, das als Selbsthilfeagentur von sechs Frauen den Kontakt zwischen lokaler Bevölkerung und den Touristen ermöglichen will.

Die zweite Preisträgerin ist die Ferienanlage Sua Bali auf der indonesischen Ferieninsel Bali. Die treibende Kraft hinter diesem Projekt ist die 47-jährige Ida Ayu Agung Mas: „Mit Sua Bali versuche ich eine Form des Tourismus zu realisieren, der Bali nicht schadet, sondern bereichert. Ich will einen Tourismus, den Bali 'ertragen' kann und der gleichzeitig den Touristen, meinen Gästen, eine Chance gibt, mein Land, meine Kultur und meine Mitmenschen kennenzulernen und zu verstehen."

Sua Bali mit seinen sechs Gästehäusern für 10 bis 15 Personen ist einem traditionellen Gehöft nachempfunden. Die schattig gelegenen Häuser sind strohgedeckt, was eine Klimaanlage überflüssig macht. Die Hausbibliothek und der dazugehörende offene Gemeinschaftspavillon dienen als Informations- und Studienzentrum. Regelmäßig werden u.a. Sprach- und Kochkurse angeboten. Interessiert ist man in Sua Bali an Gästen, die verweilen möchten und nicht nur einen 1–2-tägigen Kurzaufenthalt vorhaben. Ähnlich einer Kurtaxe bezahlen alle Gäste pro Tag einen Dollar in die Dorfkasse. Diese Steuer wird für kulturelle und soziale Belange des Dorfes verwendet.

Die Angestellten von Sua Bali kommen in den Genuß einer betrieblichen Sozialversicherung und einer in diesem Gewerbe auf Bali unüblichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und bei Schwangerschaft. Außerdem werden MitarbeiterInnen bei vollem Lohnausgleich für heimatliche Zeremonien freigestellt, z.B. für Vorbereitungen zu Tempelfesten oder für Beerdigungen. Damit wird nicht nur erreicht, daß die Beschäftigten in ihrem Dorf verwurzelt bleiben, sondern auch, daß die Beschäftigten überdurchschnittlich lange bei dem Projekt bleiben. Das Angebot von kostenlosen Sprachkursen nach einer sechsmonatigen Betriebszugehörigkeit soll zusätzlich die Bindung an Sua Bali fördern. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß durch die Weiterbildungsangebote besser qualifizierte MitarbeiterInnen dem Glitzer der Tourismusindustrie erlegen sind und Sua Bali verlassen haben.

Mechtild Maurer

Schwindel in der Kulturblase

Die Szene ist aus Fernsehreportagen und -serien hinreichend bekannt: Ein Kreuzfahrtschiff läuft in einen karibischen Hafen ein, am Kai wartet eine Steelband mit Calypso-Rhytmen auf, und tanzende Schwarze in farbenprächtiger Tracht begrüßen die Touristen. Die Tourismusindustrie setzt 'authentische' kulturelle Ausdrucksformen wie den Calypso schon lange als Werbe- und Attraktionsfaktor ein. Der österreichische Soziologe Helmut Dworschak hat in einer ebenso anspruchsvollen wie interessanten Dissertation mit dem Titel **Kulturdiskurse – Zum Verhältnis von Tourismus und indigener Kultur** die Auswirkungen touristischer Verwertung von bestimmten Kulturelementen wie der Musik am Beispiel der Karibik untersucht.

Die von Dworschak rekapitulierte soziologische und ethnologische Tourismusforschung hat die kulturverändernden Wirkungen des Tourismus meist negativ bewertet. An vielen Beispielen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und auch Europa wurde von ihr belegt, wie die ursprüngliche Bedeutung von religiösen Riten und Tänzen, von Prozessionen und Trommelzeremonien durch Kommerzialisierung und Vermarktung verdrängt wird. Daß Tourismus oft das zerstört, was er sucht, hat auch mit der „Kulturblase" (Erisman) zu tun, in der die Touristen unterwegs sind. Exotik läßt sich eben nur dann ohne das Gefühl des Ausgeliefertsein an eine fremde Kultur konsumieren, wenn Hotels, Kreuzfahrtschiffe und europäisierte Bedienstete eine gewohnte Umgebung als Rückzugsmöglichkeit offerieren. Auch haben sich die Anbieter von Souvenirs mit 'authentischem Touch' längst an den touristischen Markt angepaßt. Als 'Airport-Art' sind Masken, Musikinstrumente und vieles mehr an die Transportgegebenheiten im Luftverkehr angepasst und z.B. religiös bedeutsamer Merkmale entledigt worden. Was derart von ursprünglichen Kulturelementen übrigbleibt, ist lediglich 'inszenierte Authentizität'. Natürlich wissen die meisten Touristen, daß das, was sie davorgesetzt bekommen, kein Original ist, sondern eine Reproduktion. Solange diese aber 'echt' genug wirkt, sind sie großzügig bereit, über den Schwindel hinwegzusehen.

Dworschak weist auf die verschiedenen Bewältigungsstrategien von bereisten Kulturen hin, die sich aus der Konfrontation mit dem Tourismus ergeben können. Widerstand, Rückzug und kulturelle Abgrenzung sind drei Möglichkeiten, wie sich indigene Kulturen gegen die als Bedrohung empfundenen touristischen Transformationsprozesse zu immunisieren versuchen. Das Gegenteil davon ist die Akzeptanz und Übernahme der von den Touristen transportierten, meist westlichen Kulturmuster. Hierbei spielen die culture brokers wie z.B. die Reiseführer, die als Vermittler zwischen den Welten fungieren, eine entscheidende Rolle. Mitunter kann Tourismus auch zur Revitalisierung alter Traditionen und Bräuche beitragen, die sonst im Zuge der allgemeinen Modernisierungs-



Willkommen zur inszenierten Authentizität **Foto: Christian Stock**

prozesse in Vergessenheit geraten wären.

Letzteres glaubt Dworschak auf Barbados, wo er seine empirische Forschung durchführte, festgestellt zu haben. Auf Barbados wie in der ganzen Karibik gibt es von der Sklavenzeit bis hin zum Zeitalter des Massentourismus eine lange Geschichte kultureller Transformation. Die Suche nach kultureller Identität, vor allem nach den afrikanischen Wurzeln, hat dort große Aktualität. Die intensive Vermarktung der karibischen Musik führt nach Ansicht der von Dworschak interviewten Einheimischen und Musiker zu einem Verlust an Authentizität. Dieser wird aber durch die positiv wahrgenommene Revitalisierung und Aufwertung mittels des Tourismus zumindest teilweise aufgewogen. Die touristische Nachfrage nach Calypso ermöglicht die kollektive Selbstdarstellung der Musiker. Akzeptanz und Bewunderung durch die Touristen festigen und sichern die kulturelle Identität der Einheimischen. Doch Dworschak befürchtet, daß dies angesichts wachsender Touristenströme nicht so bleiben wird. Die bei den Touristen empirisch festgestellten Denkmuster, in denen die Karibik als zeitloses tropisches Paradies und die Einheimischen als immer lächelnde, genügsame Schwarze wahrgenommen werden, können seiner Ansicht nach zur Fortführung der „kulturellen Versklavung" der karibischen Bevölkerung beitragen.

cst

Helmut Dworschak, Kulturdiskurse – Zum Verhältnis von Tourismus und indigener Kultur, Waxman Verlag Münster/New York 1994, 221 S., 49,– DM.

Wissen ist Macht

Nichts ist wichtiger für eine sinnvolle Tourismuskritik als gegenseitiger Informationsaustausch. Nahezu alle noch übriggebliebenen und handlungsfähigen Gruppen und Institutionen bringen deshalb regelmässig Broschüren heraus.

Die Fachstelle *Ferntourismus im Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung* in Leinfelden-Echterdingen veröffentlicht viermal pro Jahr den **Informationsdienst Dritte-Welt-Tourismus Tourism Watch.** Redaktionell betreut von der bekannten Fachjournalistin Ludmilla Tüting, bringt er auf ca. 30 Seiten aktuelle Meldungen zu Kampagnen und wichtigen Themen der Tourismusdebatte aus aller Welt.

Ähnlich strukturiert sind die ebenfalls quartalsweise erscheinenden **Kurznachrichten** des Basler *Arbeitskreises Tourismus und Entwicklung.* Hier wird allerdings mehr Wert gelegt auf kritische Rezensionen der aktuellen Tourismusliteratur. Auch schalten sich die Kurznachrichten etwa mit Aufrufen zum Tourismusboykott im Militäregime Burma dezidierter und politischer als Tourism Watch in die Debatte ein.

Das weltweit wohl bedeutenste und am längsten erscheinende Periodikum zu Dritte-Welt-Tourismus ist **Contours** von der *Ecumenical Coalition on Third World Tourism* mit Sitz in Bangkok. Contours versammelt Beiträge vor allem aus dem englischsprachigen Raum, unter starker Beteiligung von AutorInnen aus der Dritten Welt. Der Schwerpunkt liegt dabei mehr auf Grundsatz- und Hintergrundartikeln als auf Aktualität. Contours ist als bislang weltweit einziges tourismuskritisches Projekt im Internet präsent.

Nahezu ausschließlich Stimmen aus der Dritten Welt, vor allem aus Asien und insbesondere Indien, werden im **ANLetter** der tourismuskritischen NGO *Equations* aus dem südindischen Bangalore laut. Hier berichten Betroffene aus Touristenregionen sowie AktivistInnen aus den vielen Grassroot-Gruppen über den Widerstand gegen geplante Tourismusprojekte.

Ebenfalls stark auf asiatische Länder wie Thailand, Laos oder Kambodascha orientiert sind die monatlich erscheinenden **new frontiers** vom *Tourism Investigation & Monitoring Team* in Bangkok. Zusammenstellungen von Artikeln aus asiatischen Zeitungen ermöglichen eine aktuelle Information über die derzeit stattfindende Tourismusentwicklung.

Adressen:

Tourism Watch, c/o ZEB, Fachstelle Ferntourismus, Nikolaus-Ott-Str. 13, 70771 Leinfelden-Echterdingen, Tel. 07 11/7 98 92 81, Fax 07 11/7 98 91 23

Kurznachrichten, c/o AKTE, Missionsstr. 21, CH 4003 Basel, Tel. 0 61/2 61 47 42

Contours, c/o ECTWT, PO Box 35 Senanikhom, Bangkok, Thailand, Tel. 0 06 62/9 39 71 11, Fax 0 06 62/9 39 71 12, Internet: contours@comnet.ksc.net.th

ANLetter, c/o Equations, Post Box 847, Bangalore 560008, India, Tel. 00 91 80/5 28 26 27, E-Mail: equations@indiatap.tool.nl

new frontiers, c/o TERRA, 5th Fl., TVS Bldg., 409 Soi Rohitsok, Pracharat Bampen Rd., Bangkok 10320, Thailand, Tel. 0 06 62/6 91 07 18 20, Fax /6910714, E-Mail: TERRA-PER@KSC.NET.TH

Vehemente Standpunkte

Ein Jahr nach der Herausgabe des Heftes Standpunkte: „Sextourismus und Dritte Welt" hat die Vereinigung ehemaliger EntwicklungshelferInnen (Vehement) eine zweite lesenswerte Aufsatzsammlung mit dem Titel „Tourismus und Dritte Welt" herausgegeben. Interessant ist dieses 104 Seiten starke Heft dadurch, daß aktuelle und sehr unterschiedliche Beiträge verschiedener deutschsprachiger AutorInnen zusammengestellt wurden. Besonders erwähnenswert sind die Beiträge zu Tourismustrends 1995, Ökotourismus, zur Abhängigkeit der ReisejournalistInnen sowie die Länderbeispiele zu Burma, Indonesien und Ghana. Dazwischen finden sich Selbstdarstellungen tourimuskritischer Gruppen und zahlreiche Rezensionen. Fotographisch begleitet werden die Texte durch eine Auswahl von Fotos aus der 'Foto-Langage' des Basler Arbeitskreises Tourismus und Entwicklung. Leider verhindert die etwas wahllose Aneinanderreihung der Informationen, den roten Faden zu finden. Die Stärke des Heftes liegt somit eher in den einzelnen Beiträgen als in der Gesamtkonzeption.

Monika Würstlin

Standpunkte 1/96, Tourismus und „Dritte Welt", Bezug bei Vehement, Remigiusstr. 21, 50937 Köln, Tel. 02 2/4 20 04 71, DM 11,50 inkl. Porto



Reisebüro 2000 **Foto: Herby Sachs**

Von Menschen und anderen Waren

Französische und US-Filmindustrie im globalen Wettstreit der Kulturen

Sogenannte „kulturelle Unterschiede" und die Folgen einer „Konfrontation verschiedener Kulturen" sind Kernstücke der Migrationsdebatte. Fast ausschließlich stehen dabei Menschen als „Kulturträger" im Mittelpunkt des Interesses. Seltener gelten dagegen Waren als Träger kultureller Werte. Das Beispiel des Konkurrenzkampfes zwischen der EU und den USA um die Filmindustrie zeigt aber, daß neben Migrationsbewegungen auch globale Warenflüsse zur Bedrohung kultureller Identitäten stilisiert werden können.

Die Debatte um den audiovisuellen Sektor entbrannte im Zusammenhang der Uruguay-Runde des 'General Agreement on Tariffs and Trade' (GATT) im Jahr 1993. Das GATT basiert auf der Überzeugung, daß nationale Grenzziehungen ökonomischem Wachstum und Wohlstand im Wege stehen. In der Uruguay-Runde hatten sich die 117 Mitgliedsstaaten vor dem Hintergrund der „wachsenden Bedeutung des Dienstleistungssektors für Wachstum und Entwicklung der Weltwirtschaft"[1] darauf geeinigt, Dienstleistungen in der Form eines GATS-Abkommens (General Agreement on Trade in Services) in die neugegründete Welthandelsorganisation WTO aufzunehmen. Diese Neuerung gab den Auftakt zu breiten Diskussionen, in denen der audiovisuelle Sektor zum politischen Streitpunkt avancierte. In ihr stieß das Prinzip des weltweiten Freihandels, das im GATT festgelegt werden sollte, auf Widerstand. Als Argument wurde die Gefährdung nationaler kultureller Identität durch freien Kapital- und Warenfluß vorgebracht – eine Argumentation, die wir kennen, wenn es um die (Im-) Migration von Menschen geht, die aber höchst selten gebraucht wird, wenn es um die Liberalisierung der „Migration" von Waren und Kapital geht. Im folgenden sollen Konsequenzen des freien Flusses von Kapital und Waren im Rahmen von Globalisierungsprozessen abgeschätzt werden.

Im Bereich der audiovisuellen Industrie hatte die EG erst 1989 mit Blick auf den gemeinsamen europäischen Markt erste Förderprogramme verabschiedet. Diese sollten die Fragmentierung des europäischen Marktes in nationale Produktions- und Distributionseinheiten überwinden und helfen, den gemeinsamen Produktions- und Absatzmarkt zu nutzen. Unter französischer Führung wurden 1989 Maßnahmen wie das Eureka- und das EURIMAGE-Programm sowie die „Fernsehen ohne Grenzen"-Direktive verabschiedet und 1990 das MEDIA-Programm ins Leben gerufen. Allen Programmen gemeinsam war das Ziel, die audiovisuelle Industrie mit Hilfe von Subventionen einheitlich zu strukturieren und europäische Zusammenarbeit zu fördern. Im europäischen Fernsehen beispielsweise sollte die Mehrzahl der Filmbeiträge aus europäischer Produktion sein.

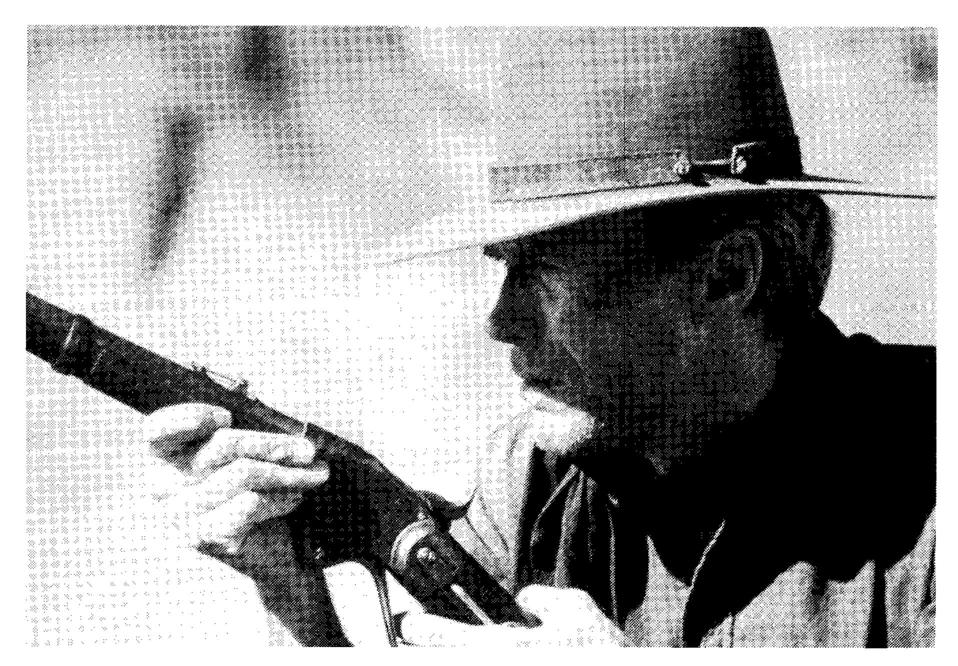
Ein „Kampf ums Leben"

In der Debatte um den audiovisuellen Sektor standen sich bald zwei Anschauungen unvereinbar gegenüber: die Idee des globalen Freihandels, vertreten durch die Unterhändler der USA, und die des Protektionismus, maßgeblich vertreten durch Frankreich als Mitglied der EU. Für die USA stand es außer Frage, daß der audiovisuelle Sektor den Bestimmungen des GATS voll zu unterwerfen sei. Die USA forderten freien Zugang zum europäischen Markt, um in einen „fairen" Wettkampf zu treten. Als Argumentationsgrundlage dienten ihnen die „demokratischen Prinzipien" der Informations- und Wahlfreiheit.[2] Vor allem wurde gegen die kulturellen Ambitionen der Franzosen polemisiert. Presse und Politiker bezeichneten die französische Kultur wiederholt als sterbende Kultur, welche durch staatliche Maßnahmen nur künstlich und letztlich vergeblich am Leben erhalten werde.

Im Gegenzug versuchte Frankreich, eine Ausnahmeregelung für den audiovisuellen Sektor zu erstreiten und so einigen GATS-Bestimmungen gegen protektionistische Maßnahmen zu entgehen. Die französische Regierung forderte, eine dauerhafte Quotierung amerikanischer Produkte auf dem europäischen Markt zu gewährleisten, da audiovisuelle Produkte wegen ihres explizit kulturellen Inhalts nicht wie andere Produkte behandelt werden dürften. Die französische nationale Identität werde wesentlich durch audiovisuelle Produkte reproduziert und sei durch die Verbreitung amerikanischer Massenware gefährdet. So erklärte François Mitterand gegenüber dem Independent: „Wir dürfen nicht zulassen, daß ein einziges Land die Bilder der ganzen Welt kontrolliert. Durch die Jahrhunderte hatte jede Nation die Macht, sich selbst zu repräsentieren, in ihren eigenen Bildern. Wenn diese Macht an ein anderes Land abgetreten wird, bedeutet das den Tod der Kultur und letztlich den Tod der Nation selbst" (The Independent, 5. 11. 1993). Der französische Kulturminister Jacques Toubon erklärte den Kampf um die audiovisuelle Industrie gar zu einem Kampf um Leben und Tod und rief seine europäischen Partner zu den Waffen: „Wir wollen nicht, daß unsere Seelen erstickt, unsere Augen verblendet, unsere Industrien unterjocht werden. Wir wollen frei atmen, die Luft atmen, die die unsere ist, die Luft, die die Kultur der ganzen Welt genährt hat und der es morgen an Menschlichkeit fehlen kann. (...) Seid bereit für diesen Kampf ums Leben!" (Le Monde, 1. 10. 1993).

„Wie die Rothäute"

Dieser Appell an die europäischen Partner, die europäische Kultur vor dem Niedergang zu bewahren, traf jedoch nicht auf spontane Zustimmung. Die ersten Stellungnahmen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments distanzierten sich von der französischen Forderung nach permanenter Protektion des audiovisuellen Sektors. Die Mitgliedsstaaten der EU waren in zwei Lager gespalten: Einige unterstützten die französische Position, die Mehrheit aber sprach sich lediglich für eine vorübergehende Protektion aus, deren langfristiges Ziel es sein soll-



Atemloser Freihandel ...

te, die europäische audiovisuelle Industrie für den weltweiten Wettkampf flott zu machen. Damit eröffnete sich ein weiteres Szenario: Der „Kampf ums Leben" der Franzosen mußte nun nicht mehr nur gegen die USA, sondern zugleich gegen und für die europäischen Partner geführt werden. Zunehmend leisteten auch europäische Künstler wie Wim Wenders und Bernardo Bertolucci gesamteuropäische Überzeugungsarbeit im Kampf gegen 'american pulp fiction'. Der französische Regisseur Bertrand Tavernier schwang sich vor dem Europäischen Parlament sogar zu folgendem Vergleich auf: „Die Amerikaner wollen uns behandeln, wie sie die Rothäute behandelt haben" (Le Monde, 17. 9. 1993).

Die französischen Forderungen ließen sich letztlich nicht durchsetzen. Eine Kompromißregelung wurde gefunden, die eine Neuverhandlung der europäischen Förderprogramme in fünf Jahren ins Auge faßte, wobei ihre endgültige Abschaffung in zehn Jahren festgelegt wurde. Damit hatte sich die Forderung der Amerikaner nach Handelsfreiheit auf lange Sicht durchgesetzt.

Im April 1994 – also gleichzeitig mit dem Abschluß der GATT-Verhandlungen – veröffentlichte die Europäische Kommission dann ein Diskussionspapier mit dem Titel „Strategische Optionen zur Stärkung der Europäischen Audiovisuellen Industrie". Dieses 'Green Paper' zeugt von der Erkenntnis, daß der geringe Spielraum, der im Rahmen des GATT, bzw. nunmehr der WTO, gewonnen worden war, dazu zu nutzen sei, die Strukturschwäche des europäischen audiovisuellen Sektors effektiv zu bekämpfen: „Wie andere Dienstleistungssektoren, muß die audiovisuelle Industrie den Herausforderungen von Internationalisierung und Globalisierung begegnen. [...] ...nur eine genuin europäische Industrie, unterstützt von ihren mächtigsten Mitspielern, kann es mit den Kommunikationsgiganten der Welt aufnehmen". Eine europäische Filmindustrie sollte geschaffen, gefördert und mit Hilfe von ausgeweiteter Synchronisation und Untertitelung kommerzialisiert werden, um ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem bald offenen Weltmarkt zu sichern.

La Francophonie und der Wilde Westen

Zwischen Filmindustrie und der jeweiligen Konzeption nationaler Identität besteht in Frankreich und den USA eine enge Beziehung. Das Bild einer qualitativ hochwertigen und mit hohem künstlerisch-intellektuellem Anspruch verbundenen Kultur nimmt in Frankreich einen wichtigen Platz im Konzept der nationalen Identität ein. Der Staat hat als Patron dieser Kultur zu fungieren: So ist der Kultusminister zuständig für 'la culture' und 'la francophonie'. In der französischen Filmindustrie ist dieser Anspruch durch ein komplexes System von Subventionen und Quoten umgesetzt worden, das vor ausländischer Konkurrenz schützen soll. So kommen der Filmindustrie ca. 1,6 Milliarden Francs im Jahr für die Finanzierung neuer Filme zu.[3] Die Produkte der Kulturindustrie sollen dafür der nationalen Identifikation sowie der Stärkung und Stabilisierung des nationalen Bewußtseins dienen.

Ähnlich in den USA: Die amerikanische Filmindustrie repräsentiert und exportiert ebenfalls ein „amerikanisches Lebensgefühl" und „amerikanische Ideale". Der Filmwissenschaftler Maltby stellt fest: „... für die Bürger von Manchester, Melbourne und Mombasa liefern Western die bekannteste amerikanische Landschaft. Das vertrauteste amerikanische Stadtbild mag sogar im Studio gedreht worden sein. Hollywood hat ein Bild der Vereinigten Staaten exportiert".[4] Hollywood steht jedoch nicht für hohe Kultur, sondern für die große amerikanische Freiheit, für einen Ort, wo das große Geld gemacht und Träume verwirklicht werden können. Dementsprechend sind auch die großen Filmstudios dem amerikanischen „freien Spiel der Kräfte" verpflichtet. Filme machen bedeutet in erster Linie „business" und erst dann Kunst. Metro Goldwyn Mayer, Universal und Warner Brothers waren von Anfang an wie rentable Fabriken zur Produktion von „entertainment" organisiert, das an ein breites Publikum und an einen internationalen Markt gerichtet war.[5]

Nicht zuletzt diese unterschiedlichen Traditionen der amerikanischen und der französischen Filmindustrie führten zu einer deutlichen Übermacht der amerikanischen Filmindustrie auf dem europäischen Markt. Während Frankreich in der Anzahl der produzierten Filme an der europäischen Spitze liegt (1991 waren es z.B. 154 Filme), ist der Wettbewerb mit den USA, die im gleichen Jahr mit 435 Produktionen 70 % des europäischen Markts beherrschten, sehr ungleich.[6] Filme rangieren auf dem zweiten Platz der amerikanischen Exportprodukte, und von dem Exportumsatz in Höhe von $ 5,5 Milliarden aus dem Filmgeschäft kamen allein $ 3,7 Milliarden aus Europa (Financial Times 6. 11. 1993).

Die Filmindustrie hat also eine immense Bedeutung für die amerikanische Wirtschaft, woraus sich die Absicht der US-Regierung erklärt, bei den GATT-Verhandlungen die Interessen transnationaler Korporationen mit Sitz in den USA zu vertreten. Im Rahmen eines internationalen Abkommens zwischen Nationalstaaten zur Liberalisierung der Märkte fordert sie die Aufhebung der dem Freihandel von anderen Nationalstaaten gesetzten Grenzen. Mit Blick auf die eigene Volkswirtschaft verteidigt die Regierung der USA damit die Interessen global agierender Wirtschaftskonzerne.

Wir basteln unser Europa

Die Haltung Frankreichs ist ebenso in die Entwicklung des globalen Freihandels verstrickt. Im Zuge der Transnationalisierung verzichtete Frankreich gemeinsam mit anderen europäischen Staaten auf politische und administrative Souveränität zugunsten eines supranationalen Bündnisses, der EU. Nach Unterzeichnung des Maastricht-Vertrages mußte die EU in den GATT-Verhandlungen erstmalig geschlossen als Verhandlungspartner auftreten. Frankreich mußte es daher gelingen, seine Interessen als „europäische" zu formulieren. Die Argumentationsgrundlage der Franzosen war jedoch der Schutz ihrer „kulturellen Identität", die bisher ausschließlich national definiert worden war. Ein supranationales europäisches Pendant existierte noch nicht und konnte somit auch nicht als gemeinsamer Referenzrahmen dienen.

Die Konstituierung des Bildes von einer nationenübegreifenden Gemeinschaft, die die neuen Strukturen langfristig unterstützen und

legitimieren soll, verfolgte die EU allerdings bereits während der GATT-Verhandlungen: „(Der) Weg zur Europäischen Union muß einer sein, der Europas kulturelle Identität entfaltet und verbreitet" heißt es dazu im 'Official Journal for the European Communities' (15. 02. 1993). Bereits im Jahr 1992 wurde dem Vertrag der EU ein Artikel 'Kultur' hinzugefügt. Europäische Kultur basiert demnach einerseits auf ihrer nationalen Mannigfaltigkeit und andererseits auf dem gemeinsamen europäischen Erbe. Seit Abschluß der GATT-Verhandlungen wird dieses Kulturkonzept in der Filmindustrie nach Vorgabe des 'Green Paper' durch neue Maßnahmen zur Förderung europäischer Produktionen umgesetzt.[7] Der Prozeß der Konstruktion einer europäischen Identität benötigt Identifikationsmuster, die eine starke europäische Filmindustrie bereitstellen soll.



... oder erbarmungslose Protektion

Vom „freien Warenfluß"...

Die GATT-Debatte um den audiovisuellen Sektor gewährt einen Einblick in den Widerspruch zwischen dem universalistischen Prinzip des freien Kapital- und Warenverkehrs und der partikularistischen Politik von Nationalstaaten. Seit den achtziger Jahren sind transnational organiserte Wirtschaftsimperien entstanden, „die in strikter Umsetzung der neoliberalen Dogmen ganz ungeniert agieren. [...] Sie kennen keine Grenzen, keine Staaten, keine Kulturen. Sie spotten über die nationale Souveränität" (Le Monde Diplomatique, 16. 6. 1995). Der kapitalistische Wettbewerb spielt sich zunehmend zwischen Konzernen ab, die sich – auch durch die technologische Entwicklung von geographischen Distanzen unabhängiger geworden – von einzelnen Nationalstaaten gelöst haben. Für den Nationalstaat stehen damit seine traditionellen Kompetenzen in Frage. Er steht vor einem Funktionswandel. Der Wettbewerb, in dem sich die Nationalstaaten heute befinden, ist zum Kampf darum geworden, Investoren den günstigsten Standort zu bieten. „Nationalstaaten werden", so eine vom Kieler Institut für Weltwirtschaft geprägte Metapher, zu „Wirten, die das mobile Kapital über die Schwelle locken müssen" (Die Zeit, 5. 4. 1996).

Parallel hierzu formieren sich transnationale Staatenbündnisse wie etwa die EU. Letzteres ist eine Antwort auf und ein Ausdruck von Globalisierung. Unter dem Druck der sich globalisierenden Wirtschaft schränkten die EU-Staaten ihre Souveränität zuerst im wirtschaftlichen Bereich ein. Die politische und kulturelle Integration spielte zunächst eine nachgeordnete Rolle. Die Auseinandersetzungen um den audiovisuellen Sektor haben jedoch gezeigt, daß auch ein 'kulturelles Europa' geschaffen werden muß, um die wirtschaftliche und politische Handlungsfähigkeit Europas in der Welt zu sichern.

Der Prozeß der Globalisierung, der unterschiedlichste Gesichter hat, wird uns gemeinhin als unvermeidlich verkauft: „Einziger Ausweg: mitmachen" (Die Zeit, 5. 4. 1996). Inwieweit dies ideologische Meinungsmache ist, soll an dieser Stelle nicht diskutiert, sondern abschließend ein Vergleich zur Migrationsdebatte gezogen werden: Folgt man im Fall der Migration von Kapital und Waren etwa den offiziellen Bestimmungen der neuen WTO, so besteht offenbar ein internationales Einvernehmen darüber, daß diese nicht länger durch nationale Grenzen behindert werden sollte. Die dabei eintretenden sozialen Konsequenzen gelten als unvermeidbar oder gar als Fortschritt. Auf der anderen Seite löst die Migration von Menschen immer wieder hitzige Diskussionen aus. Von „Überfremdung" und „Gefährdung unserer genuinen Kultur" ist die Rede, wenn gegen Migranten und für die Abschottung argumentiert wird.

Die GATT-Debatte um den audiovisuellen Sektor stellt vor diesem Hintergrund einen der wenigen Fälle dar, in denen die Konsequenzen des freien Kapital- und Warenverkehrs und des Einflusses global agierender Korporationen auch von denen öffentlich diskutiert wurden, die diesen freien Verkehr ansonsten propagieren. Dessen tatsächliche oder vermeintliche Konsequenzen wurden dabei unter Verwendung von Argumentationsweisen ähnlich den aus der Migrationsdebatte bekannten angeprangert: In dem Moment, wo sie nationale Interessen berührt sahen, riefen die Apologeten der Freizügigkeit die Bedrohung nationaler Identität und Kultur aus. Die um den Freihandel entfachte generelle Debatte mündete dann wie gesehen alsbald in die „Erkenntnis", daß angesichts des globalen Wettbewerbs eine „kulturelle Identität" – in diesem Fall eben europaweiter Natur – vonnöten sei, um „europäisch" argumentieren und die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Welt sichern zu können. Eine langfristige Folge globaler Kapital- und Warenströme ist offenbar die Konstruktion einer europäischen Identität. Die Verschiebung kultureller Identitäten wiederum ist ein Szenario, das im öffentlichen Diskurs immer wieder mit Migranten, also mit Menschen, in Verbindung gebracht und dabei als große Gefahr für 'unsere Kultur' gewertet wird. Daß hier Meinungsmache am Werk ist, ist offensichtlich, werden doch einzelne Migranten als Kulturträger den ungleich wirksameren transformativen Kräften global agierender Korporationen gegenübergestellt.

Sybille Frank/Anke Meß

Sybille Frank studiert Soziologie in Berlin, **Anke Meß** Volkswirtschaft in Köln. Der Beitrag entstand im Rahmen eines Forschungsprojektes an der Glasgow University unter der Leitung des Migrationsforschers Prof. Robert Miles.

Anmerkungen:

1) The GATT Secretariat, The Results of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations: The Legal Texts, Genf 1994, S. 327.

2) So erklärte beispielsweise Jack Valenti, ein Vertreter der amerikanischen Filmindustrie: „Wir fordern lediglich, daß jedes Land seinen Bürgern freistellt, das zu sehen, lesen oder hören, was sie wollen" (Le Monde 11. 3. 1993).

3) Eine Abgabe der Fernsehstationen, der Kinokassen und der Vertreiber von Videos sowie 600 Mio. Francs aus der Staatskasse dienen der Förderung der Kinokultur (Financial Times, 18. 9. 1993).

4) Maltby, R. und I. Craven, Hollywood Cinema, Oxford 1995, S. 12.

5) Seit den achtziger Jahren hat sich die wirtschaftliche Kraft der großen Hollywood-Studios noch verstärkt, da sie nahezu alle von transnationalen Korporationen wie Sony, Rupert Murdoch und Matsushita aufgekauft wurden.

6) UN Annuaire Statistique de la France 1993, S. 269, BSI Yearbook 1994, S. 44.

7) So erklärt sich die stark angestiegene Anzahl subventionierter europäischer Gemeinschaftsproduktionen.

Gelöbnisblüte

Das neue Selbstverständnis der Bundeswehr

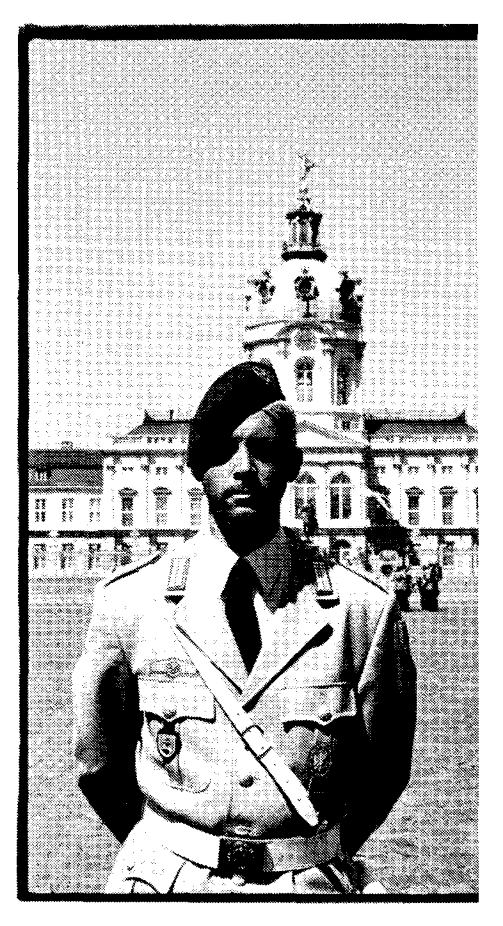


Foto: Herby Sachs

Nach dem Ende des Kalten Krieges verlor die Bundeswehr kurzfristig ihre Orientierung. Mittlerweile entstand jedoch ein neues militärisches Selbstbewußtsein. Zapfenstreiche, 'Lex Bundeswehr' und die Entsendung von Soldaten in Krisengebiete sind deutliche Zeichen dafür.

Ich danke ihnen für ihre Bereitschaft, daran mitzuwirken, daß Deutschland seinen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Ex-Jugoslawien leisten kann. Sie gehen raus; gut ausgebildet, gut ausgerüstet und gut vorbereitet. Ich wünsche Ihnen, daß Sie gesund wiederkehren". Mit diesen Worten verabschiedete Klaus Naumann am 8. 2. 1996 die letzten 150 Soldaten des Heeres vor dem Flug nach Kroatien und zugleich sich selbst von der Bundeswehr. Naumann wechselte mit Unterstützung von Helmut Kohl in das Amt des Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses. Der Abschied von der Bundeswehr hätte trefflicher kaum sein können, denn Naumann steht wie kein anderer für die Umwandlung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee.

Dabei stand es bei Naumanns Amtsantritt 1991 nicht gerade gut um das deutsche Militär. Nach dem Ende des Kalten Krieges fehlte der Bundeswehr der Feind. Es war die Rede von einer „tiefen Sinn- und Identitätskrise", in der die Armee stecke. Die Stimmung in der Truppe sei auf dem Nullpunkt, meldete der SPIEGEL. Verantwortlich dafür sei nicht zuletzt die mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz, was sich z.B. in dem Urteil des Frankfurter Landgerichts vom Oktober 1989 zeige, in dem der Arzt Peter Augst vom Vorwurf der Volksverhetzung und Beleidigung freigesprochen wurde. Er hatte einem Jugendoffizier vorgeworfen, jeder Soldat sei ein potentieller Mörder.

Das Duo Volker Rühe / Klaus Naumann verkörperte in den folgenden Jahren die Durchsetzung einer Doppelstrategie, die darin bestand, einerseits Einsätze der Bundeswehr außerhalb der BRD zu ermöglichen und andererseits im Inneren die Akzeptanz der Armee durchzusetzen, und dies notfalls mit (Gesetzes-)Gewalt. Das eine ist die unabdingbare Voraussetzung für das andere, denn „keinesfalls können deutsche Truppen nach draußen in Marsch gesetzt werden, wenn die Heimatfront ihren Einsatz nicht mitträgt", so Bernhard Fleckenstein, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr in München (SPIEGEL 20/92: 73). „Draußen in Marsch gesetzt" wurden die deutschen Truppen mittlerweile u.a. in Kambodscha, Somalia und zum ersten Kampfeinsatz in Bosnien.

An der „Heimatfront" wird derzeit von der Bonner Koalition um einen besonderen Ehrenschutz für Soldaten gekämpft. Der von Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig vorgelegte Paragraph 109b StGB, der als 'Lex Bundeswehr' bekannt wurde, sieht vor, die Bundeswehr als „Verfassungsorgan" vor Verunglimpfung zu schützen. Mit bis zu drei Jahren Haft soll in Zukunft bestraft werden, „wer öffentlich in einer Versammlung oder durch die Verbreitung von Schriften Soldaten in Bezug auf ihren Dienst verunglimpft" (ami 4/1996: 21).

Die Gesetzesinitiative verdeutlicht die Intention der Regierung: Anti-Militaristen und Pazifisten sollen mundtot gemacht werden, um der deutschen Armee den Weg für zukünftige Auslandseinsätze freizumachen. Die dem Gesetzesentwurf folgenden Hausdurchsuchungen bei der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, der TAZ sowie der Jungen Welt zeigen, wo es künftig langgeht.

Passend dazu kam es anläßlich des 40. Gründungstages der Bundeswehr im September und Oktober 1995 zu einer „regelrechten Zapfenstreichblüte", nachdem auf solche Auftritte in der Öffentlichkeit lange Zeit verzichtet wurde. In Emden, Erfurt, Bonn und Bamberg wurden Spektakel mit Marschmusik und Fackelschein veranstaltet. Nicht ins Bild paßten dabei die lautstarken Proteste der Bundeswehrgegner. Freiherr von Stetten erregte sich für die CDU/CSU – Fraktion (Plenarprotokoll 13/93: 8279): „Wer bei dem großen Zapfenstreich (...) in Bonn anwesend war und die kreischenden, hysterischen 'Mörder!'-Rufe einer kleinen Gruppe hörte, die in die Dunkelheit gellten, wird dies nicht vergessen". Zukünftig sollen Feiern der militärischen Vertreter weltweiter deutscher Interessen widerspruchslos über die Bühne gehen.

Geschichte neu erfinden

Die Bundeswehr ist mittlerweile nicht mehr die Armee, die 1956 von Bundespräsident Heinemann mit den spöttischen Worten „nun siegt mal schön" ins erste Manöver geschickt wurde. Und 'Deutschland' ist nicht mehr die in ihrer Souveränität eingeschränkte alte BRD. Generalinspekteur Naumann deutete die neue Situation folgendermaßen: „Zum ersten Mal seit 300 Jahren, seit den Tagen Richelieus, ist Deutschland nicht mehr Gegenstand externen Drucks von Ost und West, sondern Akteur" (SPIEGEL 5/95: 77). Wilhelm II. kein Akteur? Hitler auch kein Akteur? Eine sehr eigenwillige Geschichtsauffassung, die Deutschlands oberster Militär hier vertritt. Naumann jedenfalls agierte, und zwar in einer Weise, daß der Frankfurter Friedenforscher Ernst-Otto Czempiel von der „Renaissance des Militärischen" spricht (SPIEGEL 5/95: 73).

Diese wurde nach der deutschen Vereini-

gung von den Militärs selbst in die Hand genommen, da bezüglich der Vorgaben seitens der Politik ein Vakuum vorherrschte. In den von Rühe 1992 herausgegebenen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) manifestiert sich die neue militärische Planung: Zukünftig werde ein „politisches und militärisches Krisen- und Konfliktmanagement im erweiterten geographischen Umfeld eindeutig im Vordergrund unserer Maßnahmen zur Sicherheitsvorsorge stehen" (BMVg 1992: 16). Es geht also nicht mehr um die Verteidigung der nationalen Integrität, sondern um die Durchsetzung von, so wörtlich, „weltweiten Interessen" (BMVg 1992: 4). Zu den deutschen Interessen, die zukünftig militärisch durchgesetzt werden sollen, gehört auch die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung" (BMVg 1992: 5).

Um die deutschen Interessen besser durchsetzen zu können, wurde die Umstrukturierung der Bundeswehr in Hauptverteidigungskräfte (HVK) und Krisenreaktionskräfte (KRK) festgeschrieben (BMVg 1992: 30f). 50.000 Kämpfer stehen nun für weltweite Einsätze bereit. Laut Weißbuch der Bundeswehr genießen diese Priorität bei der Beschaffung von Material, denn „deutsche Soldaten in multinationalen Verbänden sind nicht zuletzt Repräsentanten des modernen Industriestaates Deutschland" (BMVg 1994: 104) – und das Schaufenster der deutschen Rüstungsindustrie, möchte man hinzufügen. Die Rolle der Bundeswehr als PR-Agentur für die angeschlagenen deutschen Waffenschmieden macht die in den VPR aufgenommenen wachsweichen Formulierungen gegen Rüstungsexporte nicht gerade glaubwürdiger.

1995 lieferte Naumann auf einem Forum 'Bundeswehr und Gesellschaft' ein weiteres Beispiel für seine eigenwillige Geschichtsauffassung: Einem Lamento über die Altlasten des Kalten Krieges, die darin bestünden, „daß das Selbstverständnis des Soldaten als Kämpfer mehr und mehr in den Hintergrund trat" und gleichzeitig „in der Gesellschaft Tod und Töten beinahe tabuisiert" (Naumann 1995: 6) wurden, folgten einige Ausführungen über die Philosophie des Krieges, die sich neuerdings, im Gegensatz zu Clausewitz, weitgehend geändert habe: „Nicht mehr das Höchstmaß an Effizienz der Vernichtung bestimmt die Dosierung militärischer Macht, sondern die Absicht, so wenig Menschenleben wie möglich zu verlieren, auch beim Gegner..." (ebd.: 8).

Um die sich daraus ergebende Zukunft des Soldatenberufes zu erläutern, wagt sich Naumann wieder in die Geschichte: „Zugleich aber gilt es die neue Rolle zu durchdringen, die Gustav Däniken als miles protector, als den schützenden Soldaten bezeichnet hat. Es ist ein Soldat, der auch fern der Heimat versucht, Krisen von seinem Land fernzuhalten, das während seines Einsatzes weiter im Frieden lebt. Eine neue Dimension für deutsche Soldaten, die ähnliches in diesem Jahrhundert bislang nur zweimal vor 1945 und nun allerdings schon drei Jahre lang seit 1992 erlebten" (Naumann 1992: 9). Nach Auskunft des Verteidigungsministeriums meinte Naumann damit die beiden Kriegseinsätze 1900 und 1904.

Ein deutsches Strafgericht

1900 wurden 20.000 deutsche Soldaten von Kaiser Wilhelm II. nach China geschickt, um den Boxeraufstand niederzuschlagen. Am 27. 6. 1900 verabschiedete er diese in Bremerhaven mit der berüchtigten „Hunnenrede", in der es u.a. hieß: „Ihr sollt euch rächen. Kommt ihr vor den Feind, so wird er geschlagen. Pardon wird nicht gegeben, Gefangene nicht gemacht" (zit. in Süddeutsche Zeitung 30. 10. 1995). 1904 schlug die kaiserliche Armee den Aufstand der Hereros in Deutsch-Südwest (heute Namibia) nieder. Unter dem General Lothar von Trotha wurden 50.000 bis 60.000 Hereros, einschließlich Frauen und Kinder, eingekesselt und dann das Feuer eröffnet. Nachdem den Hereros der Ausbruch gelang, wurden sie planmäßig in die Omahekewüste getrieben und dort eingeschlossen. Eine Proklamation besagte: „Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh, erschossen. Ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, ich treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse sie erschießen" (ebd.).

Die Chronisten des deutschen Generalstabs notierten: „Die mit eiserner Strenge durchgeführte Absperrung des Sandfeldes vollendete das Werk der Vernichtung. (...) Das Röcheln der Sterbenden und das Wutgeheul des Wahnsinns – sie verhallten in der erhabenen Stille der Unendlichkeit. Das Strafgericht hatte sein Ende gefunden. Die Hereros hatten aufgehört, ein selbständiger Stamm zu sein" (zit. in Giordano 1989: 127).

Kritisierte Zungenschläge

Warum nur, so fragt man sich, knüpft der höchste deutsche General an den mörderischen Ungeist der deutschen Kolonialpolitik an, um das neue Selbstverständnis der Bundeswehr zu erläutern? Ist das seine Art, in der Gesellschaft Tod und Töten zu enttabuisieren? Für Günter Verheugen (SPD) ist es „völlig abwegig, diese beiden Kriege mit den UN-Missionen unserer Zeit zu vergleichen. (...) Beide Kriege entsprangen einer imperialen Politik, es waren brutale Kolonialkriege, und sie gehören zu den schmachvollen Kapiteln der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts im allgemeinen und der Militärgeschichte im besonderen." Und bezüglich der Rolle der deutschen Armee stellt er „für die SPD fest: Unsere Bundeswehr ist kein Interventionsinstrument... Damit schließe ich ausdrücklich Erwägungen aus, die es in jüngster Zeit ja auch gegeben hat, Aufgabe der Bundeswehr könnte die Sicherung der Rohstoffversorgung und der Handelswege sein" (Verheugen 1995: 3).

Die VPR des Verteidigungsministeriums, die nicht nur „Erwägungen", sondern die verbindliche Planungsgrundlage für die Bundeswehr sind, sprechen eine andere Sprache: Die deutsche Armee wird als Interventionsinstrument gesehen. Selbst innerhalb der Bundeswehr stößt dies auf Widerspruch. Zivilangestellte Wissenschaftler der Bundeswehr-Universitäten in München und Hamburg, des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg sowie des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg/Potsdam kritisierten bereits 1994 die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung: „Problematisch ist vor allem, daß die bisherige Debatte viel zu verkürzt auf die Rolle von Streitkräften und militärischer Machtausübung fixiert ist und eine genuin politische Diskussion durch militärisches Denken übersteuert wurde." Statt dessen zeigten sich „nationalkonservative Zungenschläge und Retraditionalisierungstendenzen" nicht nur bei Politikern, sondern auch in der Truppe.

Die Bundesregierung wird derzeit von anderen Sorgen geplagt. Nicht der Aufbau von Institutionen zur zivilen Lösung von Konflikten steht auf der Tagesordnung, sondern der Bundeswehr den Rücken freizuhalten, wenn sie in Zukunft an Einsätzen wie dem Zweiten Golfkrieg teilnimmt. Das Abschlachten der sich ohne schweres Kriegsgerät zurückziehenden irakischen Truppen auf der sogenannten „Straße des Todes" zwischen Kuwait City und Basra durch die amerikanische Luftwaffe hat gezeigt, daß moderne Kriege keineswegs – wie uns Naumann glauben machen will – durch die weitestgehende Schonung des Gegners gekennzeichnet sind. Trotzdem soll niemand auf die Idee kommen, aufzustehen und zu schreien: „Soldaten sind Mörder!"

Erhard Hornberger

Erhard Hornberger ist Mitarbeiter der BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport" in Bremen.

Literatur:

Bundesminister der Verteidigung (BMVg): Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung, Bonn, 1992.

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): Weißbuch 1994, Bonn, 1994.

Giordano, Ralph: Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte: die Pläne der Nazis nach dem Endsieg, Hamburg, 1989.

Naumann, Klaus: „40 Jahre Bundeswehr – Wandel des Auftrags, aber Kontinuität im Selbstverständnis?", (Rede anläßlich des Forums „Bundeswehr und Gesellschaft" der Welt am Sonntag), 1995.

Verheugen, Günter: „Zur Zukunft von Streitkräften in Europa. Ist internationale Aufgabenteilung ein unabdingbares, realistisches Ziel?", (Rede auf dem sicherheitspolitischen Forum des Deutschen Bundeswehrverbandes), 1995.

Im Refugium der Gartenzwerge

Zur Rezeption arabischer Literaturen in Deutschland

Nachdem wir zuletzt (blätter Nr. 212) einen Blick auf neuere Literaturen aus Afrika geworfen haben, stehen in dieser Ausgabe die Gründe für die in Deutschland geringe Rezeption von Literaturen aus dem islamisch/arabischen Raum zur Diskussion. Eine besondere Rolle spielen dabei historisch geprägte Blickmuster, die häufig zu eindimensionalen Interpretationen führen.

Der algerische Schriftsteller Rachid Boudjedra wurde 1983 in Algier von islamischen Fundamentalisten zum Tode verurteilt. Seitdem lebt er in Algerien und Frankreich im Untergrund. Immerhin ist diese Tatsache dem Spiegel unter der Rubrik „Kulturpolitik" und dem Titel „Lieber Zyankali als Folter" ein einseitiges Interview wert – am 25. September 1995. Doch nicht nur die zeitliche Verzögerung, mit der man die Verfolgung des Schriftstellers in Deutschland wahrnimmt, sondern auch die Art und Weise der Berichterstattung sind charakteristisch für die Rezeption von Autoren aus dem Mittleren Osten und Nordafrika und ihrer Literaturen.[1]

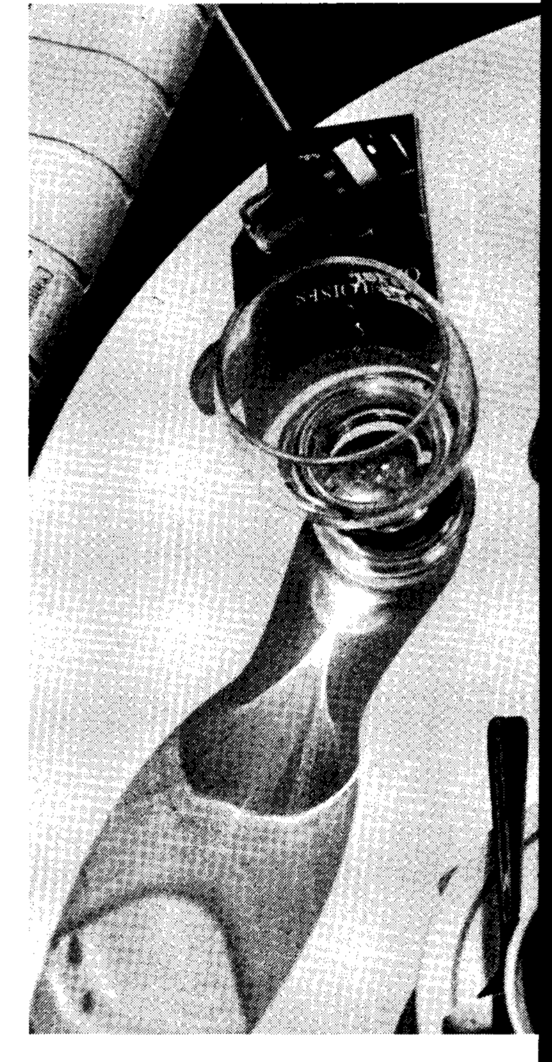
Das Gespräch enthält nämlich kein Wort zur Literatur Boudjedras. Es findet sich nur die Frage, ob er unter den gegenwärtigen Umständen überhaupt noch schreiben könne, und die Feststellung, daß der Grund für seine Verurteilung wohl in dem Roman „Sonnenstich" läge, indem er „offen gegen sexuelle Tabus des Islam verstoßen" habe. In einer Bildunterschrift folgen dann noch die Hinweise, daß Boudjedra zu den meistgelesenen Schriftstellern in Algerien und Frankreich zählt und sein Werk die „Konflikte zwischen Tradition und Moderne" schildere.

Mit diesen Äußerungen folgt der Spiegelbericht einem allgemein üblichen Verfahren eurozentristischer Betrachtung des islamisch-arabischen Raums[2] und seiner Literatur. Schlagworte wie sexuelle Tabus bzw. deren Verletzung, Tradition und Moderne, mit denen der Spiegelautor Boudjedras Literatur charakterisiert, werden nicht im Sinne Boudjedras verwendet, der mit ihnen einen spezifischen gesellschaftshistorischen Wandel beschreiben will. Vielmehr werden sie sehr statisch als Marker gesetzt, die die europäische Gesellschaft zum absoluten Maßstab von Moderne erklären, von der aus die algerische Gesellschaft als zwischen „Tradition und Moderne" stehend definiert wird.

„Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen"

Dabei kann der Spiegelautor auf ein geheimes Einverständnis mit dem Leser über den Gegensatz zwischen europäischer und islamisch-arabischer Kultur und Gesellschaft zurückgreifen. Denn spätestens seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts werden islamisch-arabische Kulturen im Gegenlicht europäischer Eigenansichten von Moderne und Sexualität gesehen und politisch instrumentalisiert. Die Gegenüberstellung der Begriffe Tradition und Moderne aktiviert eurozentristische Denkkategorien, die den Unterschied zwischen Zentrum und Peripherie herauskehren oder – bildlich gesprochen – zwischen Zivilisierten und Barbaren. Damit entledigt man sich nicht nur der Reflexion über die Tatsache, daß die politischen und wirtschaftlichen Diktate des Westens seit fast einhundertfünfzig Jahren diese Segregation aufrechterhalten, sondern reduziert die Erkenntnismöglichkeit von Literatur auf die zur Aufrechterhaltung des Gegensatzes notwendige Paßform.

Das Neue ist dabei nicht die Konstruktion des „Orients"[3] – europäische Vorstellungen über die Wesenhaftigkeit des „islamischen Orients" lassen sich bis ins Mittelalter zurückverfolgen.[4] Neu ist vielmehr, daß arabische Schriftsteller selbst als Zeugen europäischer Weltsichten herangezogen werden. Ohne sich die Mühe zu machen, die kulturellen Codes zu übersetzen und damit spezifische Erfahrungen zugänglich zu machen, wird der „islamische Orient" in solch einem Verfahren im gleichen Moment nicht nur als das grundsätzlich „Andere" konstruiert, sondern auch noch bestätigt. So rechtfertigt nur die Verfolgung Rachid Boudjedras die Veröffentlichung des Interviews. Zynisch ausgedrückt: Nur ein verfolgter arabischer Schriftsteller ist der Rede wert, lassen sich doch durch seine von Islamisten religiös begründete Verfolgung und seine intellektuelle Zeugenschaft die angeblichen Fundamente „islamischer Gesellschaften" belegen.



Vive la culture française?

Die Romane Rachid Boudjedras, von denen bisher dank des Engagements der Mainzer Verlegerin Donata Kinzelbach bereits zehn

in deutscher Sprache vorliegen, gehören zu einer Literatur, die seit der Unabhängigkeit Algeriens in den sechziger Jahren neue Formen und Stilelemente entwickelt hat. Orientierte sich die algerische Literatur der sechziger Jahre sozialistisch-marxistisch und rezipierte Poststrukturalismus, Noveau Roman und die Theoretiker der Intertextualität, kann man seit den beginnenden siebziger Jahren von einer Literatur der „doppelten Widerständigkeit" sprechen. Die zeitgenössische algerische Literatur versteht sich, wie die meisten arabischen Literaturen, explizit als sozialkritisch – in zweierlei Hinsicht.

So richtet sie sich zunächst gegen die kulturelle Assimilation durch den ehemaligen Kolonisator. Dabei greift sie einerseits auf das Arabische als Literatursprache zurück.[5]

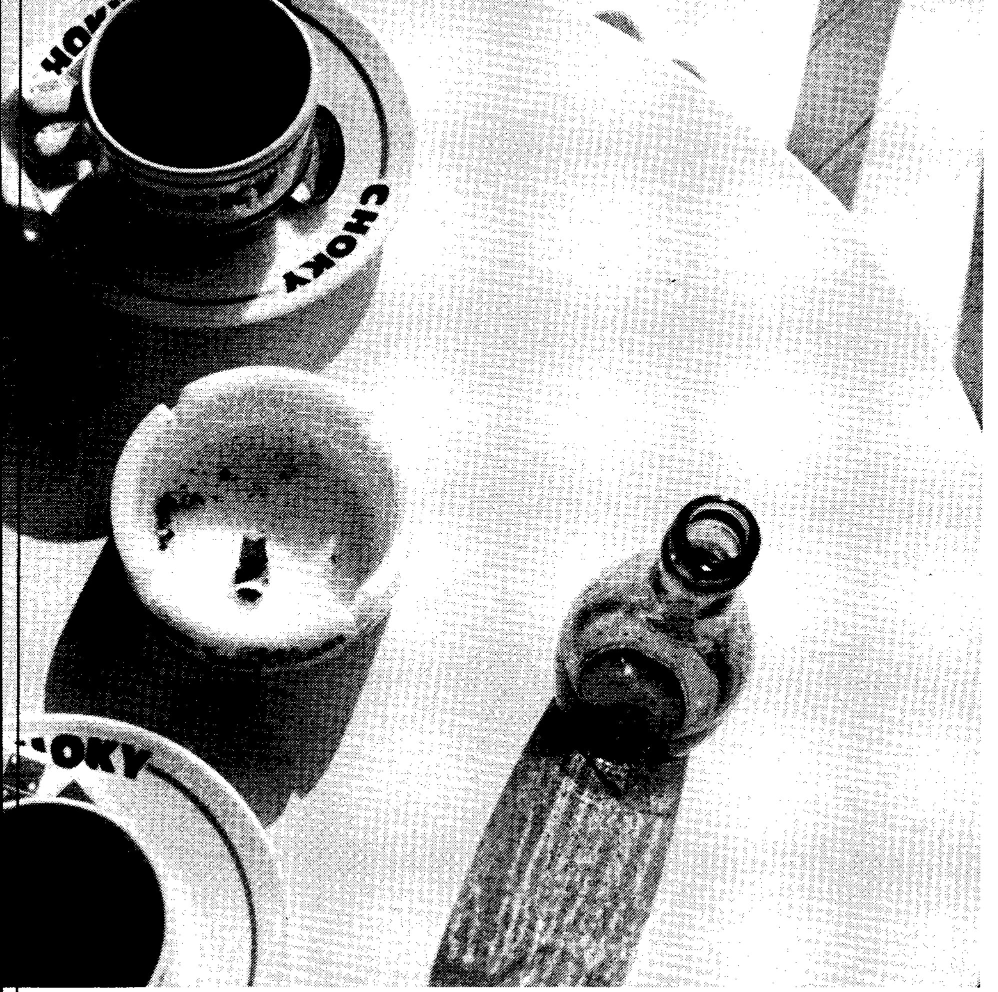


Foto: R. Maro

Andererseits benutzt die algerische Literatur auch ganz bewußt die französische Sprache, belegt sie aber mit eigenen kulturellen Markern. Beispiele dafür sind die Romane von Mehdi Charif „Tee im Harem des Archimedes" (1983) oder Rachid Boudjedras „Topographie" (1975, dt. 1992). Obwohl beide Romane in Paris spielen, ist der europäische Leser mit einer Literatur konfrontiert, die er bereits auf sprachlicher Ebene nur vor dem Hintergrund kultureller und politischer Entwicklungen der ehemals kolonisierten Länder entziffern kann.

Gleichzeitig wendet sich die zeitgenössische Literatur gegen die „innere Kolonisierung" durch den plumpen Nationalismus der herrschenden Verwaltungs- und Militäroligarchie und den religiös verbrämten Totalitarismus islamischer Fundamentalisten. Die Schriftsteller greifen auf die während der Kolonialzeit verschütteten oralen Traditionen arabisch-berberischer Kultur sowie auf andere literarische Vorlagen, wie den Koran oder erotische und sufische Texte zurück. Dies gilt besonders für die 1936 geborene algerische Schriftstellerin Assia Djebar. In ihrem Buch „Fern von Medina" (1991, dt. 1994 Unionsverlag) erzählt sie die Geschichte von Frauengestalten aus der Frühzeit des Islam. Ästhetische Verfahren wie Intertextualität, autobiographisches Erzählen und die teilweise surrealistische Umgestaltung traditionellen Bildmaterials sind Ausdruck einer spezifisch algerisch-modernen Aneignung literarischer Überlieferungen.

Ein anderes Beispiel ist der Schriftsteller Tahir Wattar, der in seinem Roman „Maultierhochzeit" (dt. 1991 Edition Orient) sufische Texte verwendet. Er erzählt die Geschichte Hadschi Cayenns, der nach seiner Rückkehr aus der französischen Strafkolonie in Französisch Guayana der Realität nur noch durch Haschischträume entkommen kann, in denen er sich in die mittelalterliche arabische Geschichte und Mythologie zurückversetzt. In dem Roman „Tombeza, der Namenlose" (1984, dt. 1991 Rotbuch Verlag) beschreibt Rachid Mimouni einen Menschen, der sich, nach einem Unfall im Krankenhaus liegend, an sein Leben erinnert. Die Erinnerung ist eine Abfolge von nicht durchschaubaren Ereignissen, die bestimmt sind durch „Verordnungen, Gesetze, Hinweise, Verfügungen, Untersagungen, Bekanntmachungen, Rundschreiben, wo eine Verordnung, die andere präzisieren müßte, ihr jedoch stattdessen gänzlich widerspricht". Aus dem Blickwinkel des Outcasts – sein lebenslanger Makel, die Geburt als uneheliches Kind, zwingt ihn, sich den Mächtigen gefügig zu machen – beschreibt Mimouni diese Mächtigen. Es sind nacheinander französische Großgrundbesitzer, Widerstandskämpfer und korrupte Bürokraten. Mimouni greift damit die Logik eines Systems an, das sich nach der politischen Unabhängigkeit als nationalistische Diktatur etabliert hat.[6]

Die Schriftsteller stehen sowohl einem etatistisch-postkolonialen Nationalismus wie auch, seit dem Ende der siebziger Jahre, einem religiös begründeten politischen Fundamentalismus oppositionell gegenüber. Ihre Literatur ist damit Teil einer politischen Moderne, die in Algerien mit dem Kampf gegen die politische und wirtschaftliche Hegemonie des Westens entstand und sich in ihren Entwicklungsphasen am ehesten mit Frantz Fanons Terminologie als Assimilation, Dekolonisation, Revolte beschreiben läßt. Mit der klassischen arabischen Literatur hat sie soviel zu tun wie Elfriede Jelinek mit den Romantikern. Dies gilt jedoch nicht nur für die algerische Literatur. Man kann solche Entwicklungen genauso anhand der marokkanischen, ägyptischen und libanesischen Literatur nachweisen. Ihre literarische Modernität entsteht aus dem Widerstand gegen die europäische Hegemonie, die sich trotz nationalistischer oder religiös-fundamentalistischer Systeme fortsetzt. Damit ist ein Grund benannt, warum man in Europa so wenig geneigt ist, die arabischen Literaturen zu rezipieren.

Preise in Frankreich...

Dennoch gibt es Unterschiede in der Rezeption arabischer Literaturen innerhalb Europas. In Frankreich zum Beispiel bemüht man sich traditionell um die arabischen Literaturen. Das hat zwei Gründe: Erstens hat Frankreich trotz (oder gerade wegen) der langen Kolonialgeschichte und der damit einhergehenden Sprachkolonisierung, wie im Maghreb und im Libanon, für arabische Schriftsteller eine größere Anziehungskraft als der deutschsprachige Raum. Zweitens machte die französische Kulturpolitik durch die Gründung des Centre du Monde Arabe – einem in

Europa einmaligen Kulturzentrum für die arabische Welt – deutlich, daß sie Literatur und bildender Kunst dieser Regionen einen großen Stellenwert beimißt. In Deutschland fehlt eine vergleichbare Einrichtung, sieht man einmal vom „Haus der Kulturen der Welt" in Berlin als Veranstaltungsort ab. Mehr denn je gilt in Deutschland, daß nicht der Lebensort von Migranten, sondern die Herkunft ihre Kultur bestimmt. Die Trennung zwischen Deutschen und „Fremden" wird so manifestiert.

Ohne auf die Entstehungsbedingungen und dahinter verborgenen Absichten französischer Kulturpolitik näher einzugehen, soll die positive Wirkung einer solchen kulturpolitischen Akzentsetzung herausgestellt werden. Ein Blick auf die Literaturpreisträger der letzten Jahre genügt. In der Namensliste von Trägern bedeutender französischer Literaturauszeichnungen finden sich immer wieder arabische Autorinnen und Autoren, die meisten von ihnen in Deutschland unbekannt. Als Beispiel mag die Libanesin Venus Khoury-Ghata genügen. Sie wurde 1937 im südlichen Libanon geboren. In Frankreich veröffentlichte die Autorin schon zehn Romane und elf Gedichtbände. (Auf deutsch erschien 1990 ihr Roman „Bayarmine" und „Die Geliebte des Notabeln", Horlemann 1994.) Sie erhielt unter anderem so bedeutende Lyrikpreise wie den Prix Apollinaire (1980), den Prix Mallarme (1987) und den Prix des Gens des Lettres (1993). Auch wenn man den Stellenwert solcher Preise nicht immer mit der literarischen Qualität eines Werkes gleichsetzen mag, ist die Häufung, mit der arabische Autoren mit solchen Preisen bedacht werden, ein Zeichen für die Bereitschaft zur Förderung arabischer Schriftsteller. Daß diese Literaturen dadurch zudem eine erheblich größere Zahl von Lesern finden, sei nur am Rande erwähnt. Vergleicht man dies mit dem deutschsprachigen Raum, ergibt sich für das Land, in dem der Ost-Westliche Diwan Goethes als eines der bedeutensten Werke deutschsprachiger Literatur gilt, bezüglich der Rezeption arabischer Literatur in der Öffentlichkeit ein eher bescheidenes Bild. Dabei sind auf dem deutschen Buchmarkt zur Zeit ca. 350 Titel arabischer AutorInnen greifbar. Außerdem existieren einige spezialisierte deutschsprachige Verlage, die seit Jahren arabische Literatur publizieren (siehe Kasten).

Es liegt also nicht an mangelndem Interesse von Verlagen, Wissenschaft und Teilen des deutschen Publikums, daß wichtige arabische Literaturen so wenig Resonanz in den Literaturredaktionen finden, sieht man einmal von einigen wenigen wie dem Ägypter Nagib Machfus, dem Marrokaner Tahar Ben Jelloun oder den in Deutschland lebenden Suleyman Taufiq, Rafik Schami oder Salim Alafenisch ab. Schon SchriftstellerInnen wie Salwa Bakr, Alifaa Rifaat oder Assia Djebar werden trotz der herausragenden Stellung in ihren Ländern nur wenig rezipiert. Schriftsteller wie Driss Chraibi, Emil Habibi, Nawal El Saadawi, Said K. Aburish, Albert Memmi oder Mohammed Dib, der seit Jahren auf der Vorschlagsliste für den Literturnobelpreis steht, sind fast nur in eingeweihten Kreisen bekannt. Woran das liegt, möchte ich in einigen Thesen ausführen.

... und die Ignoranz des deutschen Feuilletons

Zum einen werden arabische Schriftsteller in Deutschland häufig in kleinen Verlagen mit großem Engagement und finanziellem Risiko (z.B. teure Übersetzung) publiziert. Durch die Konzentration des Marktes, den Umbau von Buchläden in Kaufhäuser mit der ausschließlichen Bewertung von Literatur als Ware, mehr noch „Sellerware", finden diese kleinen Verlage kaum noch eine Öffentlichkeit.



Aufbruch in die Moderne **Foto: R. Maro**

Zum anderen werden arabische Autoren in den Literaturredaktionen der großen Zeitungen selten besprochen, entweder aufgrund mangelnder Kenntnisse der gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in islamischen Ländern oder aufgrund einer simplen Abqualifizierung arabischer Literaturen. Hier folgt man der jahrzehntelang eingeübten Praxis, die Literatur der nördlichen Hemissphäre zu fokussieren. Auch durch den wiederbelebten deutschnationalen Diskurs seit dem Fall der Berliner Mauer, die in der Rezensentenszene in der Forderung nach dem Roman zur Wiedervereinigung ihren Ausdruck fand, hat man die internationalen Entwicklungen ignoriert. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel.

Nicht zuletzt haben die arabischen Verlage selbst aufgrund fehlender Mittel und der fehlenden Anbindung an Literaturagenten keine Möglichkeit, ihre Bücher auf dem deutschen Markt zu plazieren. Erschwerend kommt die Situation vieler Verlage im eigenen Land hinzu. So hat sich beispielsweise in Marokko erst in den letzten Jahren u.a. aufgrund der liberalisierten politischen Rahmenbedingungen eine vom Staat unabhängige Verlagslandschaft herausgebildet. In Ägypten mußten dagegen in den letzten Jahren viele belletristische Verlage aufgeben. Grund sind die veränderten ökonomischen Bedingungen, die einen Wegfall der leseorientierten Mittelschicht zur Folge hatte und die Orientierung weiter Kreise hin zur (billigen) religiösen Erbauungsliteratur förderte. Im Libanon, dem Land mit der längsten Verlagsgeschichte, beginnt man erst seit der Beendigung des Bürgerkrieges wieder mit dem Aufbau eines Verlagswesens.

Die mangelnde Rezeption arabischer Literaturen in Deutschland ist dennoch mehr als die Folge von vertriebsstrukturellen Schwierigkeiten, geschmäcklerischen, redaktionellen Eigenheiten oder von Kommunikationsschwierigkeiten mit arabischen Verlagen. Die Wehrhaftigkeit, mit der arabischen Literaturen der Zugang zu den Literaturfeuilletons der Zeitungen versperrt wird, entspricht der undifferenzierten Wahrnehmung politischer und sozialer Bedingungen in den Gesellschaften des Mittleren Ostens und Nordafrikas.

Literatur und Alibi

Gelingt es einem Schriftsteller, sich an den Literaturwächtern vorbei in die Feuilletons zu schmuggeln, wird er einer Bewertung unterworfen, die sich ausschließlich auf europäisch-ästhetische Traditionen beruft. Die Literaturen werden dementsprechend als exotisch rezipiert und zumeist auf ihren politischen Gehalt hin abgeklopft. Paßt der Autor



Nur Schneewittchen macht uns froh

Foto: R. Maro

ins Klischee und ist zudem noch verfolgt, ist die Aussicht auf eine Besprechung gestiegen. Grundsätzliche Fragen, ob die Literaturen durch die ihnen eigenen ästhetischen Formen einen anderen, widerständischen Blick auch auf die eigenen und die europäischen Gesellschaften werfen, werden von vornherein nicht gestellt.

Damit werden die arabischen Literaturen, jedenfalls in Deutschland, als „das Fremde" identifiziert. Ihnen wird damit keinerlei tiefere Beziehung zur allgemeinen Erkenntnismöglichkeit von Literatur zugesprochen. Vielmehr dienen sie als Alibi eines eurozentristischen Diskurses. Es bestätigt sich gerade in der fehlenden Rezeption arabischer Literaturen ein exotistisches Weltverständnis, das die Grenzen an der immer wieder neu zu bestätigenden westlichen Vorherrschaft errichtet. An der Stelle der die intensive Rezeption arabischer Literaturen in Frankreich prägenden, unauflösbaren Verkettung zwischen Kolonisator und Kolonisierten steht in Deutschland ein in der Tradition der deutschen Romantik verklärtes Orientbild. Diesem wurde in den letzten Jahren das Schreckensbild des terroristischen, fundamentalistischen Islam hinzugefügt. So werden in deutschen Augen die Literaturen aus Nordafrika und dem Mittleren Osten auf einen so verstandenen genuinen Ausdruck von Gesellschaften zwischen Tradition und Moderne reduziert.

Christoph Burgmer

Christoph Burgmer ist Literatur- und Islamwissenschaftler und arbeitet als Journalist.

Arabische Literatur in deutschsprachigen Verlagen

Im Gegensatz zur Ignoranz, mit der die deutschen Feuilletons Literaturen aus dem Mittleren Osten und Nordafrika begegnen, widmen ihnen einige deutschsprachige Verlage besondere Aufmerksamkeit. (Die folgende Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.)

Neben dem **Eichborn-Verlag**, der etwa die Autobiographien des Marokkaners Mohamed Choukry herausgbit und dem **Horlemann Verlag**, der u.a. Literatur der in Frankreich mehrfach preisgekrönten Autorin Venus Khoury-Ghata ins Deutsche übersetzt und verlegt, ist auch der **Donata Kinzelbach Verlag** zu erwähnen. Er hat sich auf die Veröffentlichung maghrebinischer Literatur spezialisiert und versammelt die herausragenden AutorInnen algerischer, tunesischer und marokkanischer Literatur. Zwei Schweizer Verlage bemühen sich ebenfalls um die Verbreitung arabischer Literatur. Der **Unionsverlag** in Zürich veröffentlicht u.a. so prominente AutorInnen wie Nagib Machfus und Tahar Ben Jelloun, die Algerierin Assia Djebar und die Palästinenserin Sahar Khalifa. Der **Lenos Verlag** in Basel gibt, betreut von dem Arabisten und Übersetzer Hartmut Fähndrich, eine kleine, aber exzellente Reihe arabischer Literatur heraus. Besonderer Schwerpunkt ist die ägyptische und libanesische Literatur. Letztes Projekt des Verlages, unterstützt von der Europäischen Kulturstiftung in Amsterdam, ist die Herausgabe autobiographischer Texte arabischer AutorInnen, die gleichzeitig in mehreren europäischen Sprachen zugänglich gemacht werden. Als erster Band erschien vor kurzem „Freitag. Sonntag" des Libanesen Chaled Sijade.

Die **Edition Orient** aus Meerbusch bei Düsseldorf gibt neben bibliophilen 'orientalischen' Märchen auch z.T. zweisprachigen Ausgaben klassischer und moderner Lyrik heraus. Der in Köln ansässige **Kamel Verlag** bemüht sich insbesondere um die Veröffentlichung irakischer Literatur. Der Verleger und Schriftsteller Khalid al-Maaly lebt selbst im deutschen Exil und publiziert eine der bedeutensten irakischen Literaturzeitschriften.

Auch von wissenschaftlicher Seite wird die arabische Literatur in Deutschland begutachtet. In der Universität Würzburg ist ein Forschungsschwerpunkt zur Literatur und Geschichte des Maghreb entstanden. Im Würzburger **Königshausen und Neumann Verlag** erschien kürzlich unter dem Titel „Europas islamische Nachbarn", herausgegeben von Ernst Peter Ruhe, ein zweiter Band zum Thema. Nicht zu vergessen die islamwissenschaftlichen und orientalistischen Seminare, in denen die moderne arabische Literatur spätestens seit den sechziger Jahren einen Themenschwerpunkt bildet.

Anmerkungen:

1) Ich spreche bewußt von Literaturen. Im 20. Jahrhundert haben sich in allen Ländern des Raums Nationalliteraturen herausgebildet, die die unterschiedlichen Erfahrungen der Entkolonisierung und der gegenwärtigen politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen reflektieren.

2) Die Begriffe 'islamisch' und 'arabisch' sind als allgemeine Charakterisierungen für den Mittleren Osten und Nordafrika eigentlich irreführend. Das Attribut 'islamisch' erweckt die Vorstellung, als ob das gesamte Leben in Politik und Alltag vom Islam bestimmt sei. Gleiches gilt analog für den Begriff 'arabisch'. Im folgenden sollen die Begriffe 'islamisch' und 'arabisch' lediglich den Raum Mittlerer Osten und Nordafrika bezeichnen.

3) Ähnliches wie für die Charakterisierungen „islamisch" und „arabisch" gilt auch für den Begriff des „Orients". Der Begriff des Orient ist in so hohem Maße mit Bildern und Klischees besetzt, die bis heute vor allem den exotischen Orient im Gegensatz zum aufgeklärten Okzident konstruieren, daß er eigentlich kaum noch zu verwenden ist. Im folgenden erscheint er daher in Anführungszeichen.

4) Allerdings verbanden sich solche Vorstellungen erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mit dem politischen Hegemonialstreben des Imperialismus. Der vergleichende Literaturwissenschaftler Edward Said hat dies als „Orientalismus" bezeichnet und in der französischen und englischen Literatur des 19. Jahrhunderts nachgewiesen.

5) Das führte jedoch auch zur Konfrontation mit radikalen religiösen Kreisen in Algerien. Prominentestes Opfer war der arabisch schreibende algerische Autor Tahar Djaout, der 1993 ermordet wurde, und von dem nur ein einziger Roman „Die Suche nach den Gebeinen" (Donata Kinzelbach Verlag 1995) ins Deutsche übersetzt wurde.

6) Vgl. zu Mimouni 'blätter des iz3w' Nr. 205.

Kein Zwitschern der Vögel



Foto: R. Maro

Ein Gespräch mit dem marokkanischen Autor Mohamed Choukri

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe des iz3w zu Literatur aus dem Süden sprachen der marokkanischen Schriftsteller Mohamed Choukri und der Literaturkritiker As'ad Khairallah über Kolonialismus, Religion, Sexualität und über Literatur aus dem Mittleren Osten und Nordafrika.

Khairallah: Sie haben in einem Interview verlauten lassen, daß der Kolonialismus nur als militärischer verschwunden sei. Er bleibe der Dritten Welt aber noch durch versteckte ökonomische Drähte wie die Weltbank, also als ökonomische Abhängigkeit, erhalten.

Choukri: Noch schlimmer. Der Kolonialismus hat in Marokko Kollaborateure hinterlassen, die sich nach den alten Zeiten zurücksehnen. Einige Politiker und frankophone Schriftssteller sagen offen, daß wir unsere Unabhängigkeit nicht verdient hätten und sie zu früh gekommen sei. In Wirklichkeit geht es dieser vom Kolonialismus er- und genährten Gruppe natürlich um ihre Pfründe. Aber da sie entscheidende politische, gesellschaftliche und religiöse Funktionen innehatte und hat, übt sie einen großen Einfluß auf die Bevölkerung aus. Daher sind wir vom kolonialen Virus noch nicht frei.

Welche Rolle kann Literatur im Versuch der Befreiung von kolonialer oder andersartiger Ausbeutung, in der Bekämpfung sozialen Unrechts und Elends spielen? Sie haben ihre Autobiographie „Das nackte Brot" nicht als Literatur, sondern als soziales Dokument über eine historische Periode bezeichnet, deren gewaltsame Spuren noch immer an der marokkanischen Gesellschaft nagen.

Ich bediene mich beider Gattungen von Texten. Der angesprochene autobiographische Roman „Das nackte Brot" ist mehr ein soziales Dokument. Manche Literaturkritiker haben den telegraphischen Stil dieses Werkes bemängelt. Er entspreche nicht den Vorstellungen von Literatur im herkömmlichen Sinne. Aber das kümmert mich nicht. Der Ton ist dem beschriebenen Gegenstand angemessen.

Andererseits haben Sie Jean Genet[1] einmal vorgeworfen, daß er nicht mehr an die Wirksamkeit von Literatur glaube und sich nur noch der politischen Arbeit widme. Dient Literatur dem Protest, einer politischen Demonstration, wie sie Sartre am Ende seines Lebens verstand? Oder hat Literatur eher eine Wirkung, die die Menschen viel tiefer und wirksamer berührt? Der Schriftsteller Abdalkadir al-Khatibi sagte in diesem Sinne über Marokko: „Hier sind Diebstahl, Prostitution und Verbrechen erlaubt, aber darüber zu schreiben ist verboten!"

Literatur wirkt nicht in einer unmittelbaren Weise. Die Kraft der Literatur ist ihre Ausstrahlung auf das Bewußtsein von Menschen, auf ihre Lebenseinstellung. Sie kann langfristig Weltanschauungen und politische Haltungen verändern. Literatur als soziale Dokumentation zielt dagegen auf eine direkte Wirkung. Dostojewski konzipierte seine „Aufzeichnungen aus einem Totenhaus" als dokumentarischen Bericht über die Zeit seiner sibirischen Verbannung. Im Gegensatz zu „Die Brüder Karamasow" oder „Schuld und

Sühne" werden die „Aufzeichnungen" nicht als Literatur gehandelt. Man sagt aber, daß der Zar, als er das Buch las, weinen mußte und befahl, mit der grausamen Folter aufzuhören.

Auch die Wirkung, die Hemingways „Wem die Stunde schlägt" auf Che Guevara und Fidel Castro und ihre Konzeption vom Guerillakrieg ausübte, ist bekannt. Dagegen ist die direkte Übersetzung von politischem Engagement in der Literatur selten erfolgreich. Es gibt Ausnahmen: André Malrauxs „La condition humaine" (So lebt der Mensch) über die Revolution in China und „L'espoir" (Die Hoffnung) über den spanischen Bürgerkrieg sowie Hemingways „In einem anderen Land" über den Ersten Weltkrieg sind Werke, die bis heute nicht nur als reine Dokumente, sondern als Literatur gelesen und geschätzt werden.

Aber wir in der Dritten Welt sind auf eine politisch engagierte Literatur angewiesen. Wir können es uns nicht leisten, Literatur um der Literatur willen zu produzieren. Die Lebensverhältnisse erlauben keine „L'art pour l'art", keine Literatur, die nur darauf abzielt, den Gefühlen der Leser zu schmeicheln oder ihre imaginäre Welt und ihre Phantasie zu hätscheln. Wenn das Leben kein Vergnügen ist, soll es auch die Literatur nicht sein. Als Schriftsteller bin ich verpflichtet, eine Literatur des Protestes und der Ablehnung der politischen und sozialen Verhältnisse zu schaffen.

Dazu muß ich allerdings nicht mit einer politischen Partei oder Bewegung verbunden sein. Meine politische Programmatik habe ich auf der Straße gelernt. Sie war für mich Rohmaterial für meine Texte. Diese Straße mußte ich aber von neuem gestalten.

Was heißt gestalten: dokumentarisch, soziologisch oder als Literatur, die die Personen oder Figuren als allgemeine menschliche Typen darstellt, die nicht nur an einem besonderen Ort oder in einer speziellen Zeit auftauchen? Hemingway hat ja nicht nur den spanischen Bürgerkrieg dokumentiert, sondern allgemein menschliche Probleme berührt und thematisiert, so daß er auch heute noch von Bedeutung ist.

Ich beschreibe Typen. Aber diese Typen beruhen auf einer konkreten Realität. Sie beruhen auf einer Häufung meiner persönlichen Erfahrungen auf der und mit der Straße, ihre politischen und sozialen Entwicklungen, ihre Traditionen und Sitten. Diese habe ich akkumuliert und dann literarisch neu gestaltet, ausgehend von einer inneren Überzeugung: Wir müssen Erlebtes imaginär neu gestalten, um auch die Realität neu gestalten zu können. Ich glaube nicht an Literatur, die sich darauf beschränkt, nur abzubilden.

Sie haben Ihre Lektionen auf der Straße gelernt, nicht von Marx, Lenin oder vom Koran. Außerdem legen Sie Wert auf ihre individuellen Erfahrungen und Visionen...

Ja, unbedingt. Dennoch ist jede Literatur Klassenliteratur. Ich kann nicht schreiben wie Marcel Proust, der unter anderen historischen Bedingungen, in einer anderen sozialen Situation gelebt hat und die Aristokratie in bemerkenswerter Weise dargestellt hat. Auch die Literatur über die Bourgeoisie, etwa von Balzac, so gut sie auch immer sei, kann nicht die meine sein. Ich verfasse auch keine Arbeiterliteratur. Ich komme aus einer sozialen Schicht, die keine Repräsentation wie Gewerkschaften oder politische Parteien kennt und die in der Gesellschaft nicht geachtet ist. Mit meiner Literatur möchte ich diesen sozial Deklassierten Anerkennung zuteil werden lassen. Ich verrate nicht meine alte Haut. Ja, meine literarische Reise ist eine Art Rehabilitierung meiner eigenen Person, stellvertretend für eine ganze unterdrückte Klasse. So ist „Das nackte Brot" ein Prozeß, eine Abrechnung mit meinem Vater, der meinen Bruder eigenhändig getötet hat; aber nicht nur mit meinem Vater als Person – dem ich längst vergeben habe –, sondern mit allen Vätern, die ihre Kinder schlecht behandeln. Wahrscheinlich ist deshalb dieses Buch in Marokko verboten worden.

Sie haben Ihrem Vater vergeben?

Nach dem Krieg ist es unbedingt nötig, Frieden zu schließen.

Sollen wir auch Frieden mit der Ersten Welt, dem unterdrückenden Vater, schließen? Und entspringt ein solcher Versöhnungswille dem Umstand, daß Sie in Europa mehr geachtet werden als in Marokko?

Wenn ich die Idee des Friedens und der Versöhnung akzeptiere, heißt das nicht, daß ich bereit bin, mich entfremden zu lassen. Ich verkaufe mich nicht. Ich schreibe nicht nach Auftrag. Ich gehöre zur arabischen Gesellschaft und schreibe für sie.

Grundsätzlich schreibe ich natürlich für jeden, der liest. Aber nicht in dem Sinne, daß ich einem Publikum im Westen die marokkanische Gesellschaft und Kultur erklären will wie die frankophonen Literaten à la Tahar Ben Jelloun. Diese betreiben einen Handel mit der arabischen Kultur, ihren Geschichten und Erzählungen. Wir brauchen keine modernisierte Neuauflage der „Märchen aus Tausend-und-einer-Nacht", in der sich Jungen als Mädchen verkleiden oder umgekehrt.[2] Ben Jelloun entnimmt sein Material aus unserer Gesellschaft, schreibt aber nicht für uns. Il écrit pour plaire.

Oder nehmen wir Driss Chraibi. Dabei stand sein Buch „Le passé simple" für einen fruchtbaren Bruch mit der folkloristischen Schreibweise, es war ein Dokument, in dem zentrale Strukturen der marokkanischen Gesellschaft wie die Familie beschrieben werden. Aber mit dem Laufe der Zeit ist er entfremdet worden und hat Marokko seit dreißig Jahren nicht besucht. Das hindert ihn freilich nicht daran, über Marokko zu schreiben. Allein, er schildert das Marokko der fünfziger Jahre.

Ich habe den Unterschied zwischen 'Entfremdung' und 'Versöhnung' nicht gänzlich verstanden. Ich habe beobachtet, daß jeder moderne arabische Schriftsteller, der zu Recht in eine europäische Sprache übersetzt worden ist, beginnt, sich den Bedürfnissen und Lesegewohnheiten seines neuen Publikums anzupassen. Der neue Kreis der Adressaten in London oder Paris schafft ein neues Bewußtsein des Schriftstellers. Das Sein bestimmt sozusagen im vulgärmaterialistischen Sinn das Bewußtsein. Das gilt selbst für Autoren, die arabisch schreiben wie Adonis, dem besten arabischen Dichter.

Ich weiß allerdings nicht, was dagegen einzuwenden ist, wenn arabische Erzählkunst und Dichtung international vermarktet werden, solange die Schriftsteller dem Publikum nicht nach dem Mund schreiben. Wenn einem Amin Maalouf es gelingt, in seiner literarischen Geschichtsschreibung über Nizam al-Mulk oder Hassan al-Sabbah[3] Respekt vor der orientalischen Kultur zu schaffen, dann ist das doch zu begrüßen. Wer Ben Jelloun oder Maalouf gelesen hat, wird auch offener sein, sich mit Mohamed Choukri auseinanderzusetzen.

Schließlich: Sie haben doch selbst immer wieder betont, welch großes Glück es für sie ist, in Tanger zu leben, da Tanger im Gegensatz zu Damaskus oder Bagdad seit jeher eine internationale Stadt war, eine Brücke und Drehscheibe zwischen den Kulturen.

Ja, ich sage: Ich bin ein Schriftsteller aus Tanger und nicht aus Marokko, obwohl ich eigentlich aus dem Rif stamme. Mein Schreiben ist eng verbunden mit dem Raum, in dem ich lebe. Aber das schadet nicht, denn in diesem kleinen Raum, Tanger, ist die ganze Welt enthalten, die ohnehin nicht größer als ein Dorf ist. Tanger ist eine kosmopolitische Stadt. So bin ich ein Kind verschiedener Kulturen, beeinflußt sowohl von Menschen, die ihr gesamtes Leben in Tanger lebten, als auch von Passanten, mit denen ich verkehrte. Desweiteren rezipiere ich die Weltliteratur.

Was ich sagen will: Es geht nicht darum, sich vor Europa zu verschließen. Wir sollten nur wissen, für wen wir in erster Linie schreiben.

Spüren Sie keine Bitterkeit darüber, daß Ihre Literatur in den arabischen Ländern kaum verbreitet und anerkannt ist?

Doch, obwohl meine Bücher viel unter der Hand Verbreitung finden. Aber was soll man machen? Die Dreieinigkeit von Religion, Politik und Sitten äußert sich im Fanatismus und der Aufrechterhaltung von Tabus. Wir schreiben mit drei Schwertern über unserem Kopf, das heißt wir schreiben über Freiheit, ohne selbst frei zu sein. Das kann mitunter zur Selbstzensur führen.

Als Nasser starb, beweinten ihn zahlreiche Schriftsteller, als ob ihr eigener Vater gestorben wäre. Ist es diese Sehnsucht nach der großen politischen Vaterfigur, die einige Intellektuelle der liberalen Variante eines Erziehungskolonialismus nachtrauern und die inneren Fesseln bestehen läßt?

Wir müssen uns von jeder Form der Bevor-

mundung, sei es durch den Vater, die Gesellschaft, die Religion, den Staat, eine Kolonialmacht, befreien. Und das ist der Stoff für die Literatur. Über was sollen die Schriftsteller sonst schreiben – den schönen Himmel oder die zwitschernden Vögel? Liebe, Haß, Sexualität, Perversion, Gewalt, Verbrechen, Arbeitslosigkeit etc. sind gesellschaftliche Themen, die die Menschen angehen und sie bewegen.

Warum existiert in den arabischen Ländern eine solche Angst, sich solchen Themen zu stellen? Ist es nur die Angst der politischen Machthaber vor Enthüllungen und Enttabuisierungen, die auch politische Emanzipationswünsche wecken könnte? Die traditionelle Gesellschaft ist es doch auch selbst, die sich Beschränkungen auferlegt. Literatur, die den Körper thematisiert, schlägt immer ein wie eine Bombe. Seitdem etwa die Frauen endlich die Möglichkeit haben, lesen zu lernen, sind die „Geschichten aus Tausend-und-einer-Nacht" nicht mehr in den Buchhandlungen erhältlich.

Geschichten, die sich mit Körperlichkeit befassen wie zum Beispiel die „Geschichten aus Tausend-und-einer-Nacht", werden als gefährlich erachtet, weil sie die sexuelle Phantasie der Frau nähren. Körperbewußtsein und Wille zum Genuß wenden sich früher oder später immer gegen Unterdrückung. Die traditionelle Erziehung möchte die Subjektwerdung der Frau verhindern. Leider haben die meisten Frauen in unserer Gesellschaft ihre Reduzierung auf ein Objekt-Dasein verinnerlicht. Wir haben Angst vor unserem Körper. Wir spielen nicht mit ihm. Rein-raus und Schluß – das ist die gängige Sexualpraxis.

Selbst der größte und wichtigste islamische Theologe al-Ghazzali hat doch Berührungen und das Liebesspiel bejaht. Wir sind regrediert und „päpstlicher als der Papst" geworden.

Ja, die Tabus sind erst später durch islamische Gelehrte geschaffen worden. Hier liegt eine eindeutige Fälschung der Religion vor. Natürlich geht es dabei um Macht. Selbstdisziplinierung führt zu Fügsamkeit. Manches, was die Religion erlaubt, verbietet der Mensch. Und manche behaupten, im Namen des Glaubens zu handeln und betreiben ein Geschäft, das den Prinzipien der Religion widerspricht.

Solche Extremisten arbeiten im Grunde gegen die Religion, so wie jetzt in Algerien. Was dort die Islamisten treiben, hat doch nichts mit Frömmigkeit zu tun. Wenn ich einen Feind habe, dann suche ich ihn zuhause auf und kämpfe mit ihm. Aber ich gehe nicht zu einer Schule und töte seine Kinder – das ist Terror, nicht „heiliger Kampf".

Ihre Literatur befaßt sich mit Sex und Körperlichkeit. Sie haben gemutmaßt, daß „Das nackte Brot" wegen der Angriffe auf die patriarchale Stellung des Vaters verboten wurde. Ist Ihr offener Umgang mit Lust nicht eine viel größere Provokation?

Durchaus, mir ist mitunter Pornographie vorgeworfen worden oder daß ich der freien Sexualität das Wort reden würde. Ich schreibe über den sich prostituierenden Körper, der für alle in einer offenen Weise zu haben ist. Diese Art Sex ist ein miserabler Sex – das gilt für alle Beteiligten, sogar für den Freier, der sexuelle Freizügigkeit sucht, die er im „normalen" Leben nicht findet. Aber dieser miserable Sex ist Realität, und deshalb muß man über ihn schreiben. Zumal er anzeigt, wieviel miserabler noch der „normale" Sex in der Ehe gehandhabt wird.

Sie haben gesagt, daß ein Schriftsteller mit seiner Stadt verwandt ist – Joyce mit Dublin, Mahfous mit Kairo, Charrat mit Alexandria. Im Unterschied zu Ihnen beschreibt aber Edwar al-Charrat Alexandria mit einer großen positiven Leidenschaft, er schildert Liebe und Intimität, nicht Prostitution. Zum Teil schwingt auch Nostalgie und Schmerz über vergangene Zeiten mit, aber die Freude über seine Stadt dominiert doch. Ihr Stil ist dagegen chirurgisch.

Charrat ist Mystiker, verwurzelt in seiner Umgebung, in seiner Familie. Er ist behütet aufgewachsen. Seine Sprache ist höflich und nicht frech. Ich dagegen bin ein Bohème, ein Mann von der Straße. Ich kenne Unzucht, Prostitution und Gewalt.

Ich meine seine Haltung zum Leben, seinen Schwung und Enthusiasmus, nicht so sehr die Sprache, die den Unterschied ausmachen. Wenn ich Sie lese, verspüre ich Trauer. Liegt das daran, daß Sie schreiben, um zu überleben, um Trauer und Schmerz über Erlebtes zu bannen?

Unsere Existenz ist grundsätzlich traurig. Der Mensch ist eine verzweifelte Existenz.

Glauben Sie an ein Leben nach dem Tod?

Nein. Charrat hält sich dagegen stundenlang in der Kirche auf. Das wird der Unterschied sein. Ich habe Sartre, Camus, de Beauvoir gelesen und erlebt. So wie Charrat von Christus nicht loskommt, hat mich der Existentialismus geprägt. Ich habe keine Erfahrungen mit Gott. Als Kind habe ich aus Respekt vor meiner Mutter gebetet. Irgendwann habe ich ihr dann gesagt: „Es ist genug. Du kannst jetzt für mich beten." Ich hoffe, falls es doch einen Gott gibt, daß er es registriert hat.

Anmerkungen:

1) Jean Genet besuchte Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre Tanger zweimal. Choukri hat seine Begegnungen mit ihm in einer Art Tagebuch aufgezeichnet, das unter dem Titel „Jean Genet und Tennessee Williams in Tanger" erschienen ist.

2) In seinem spielerisch-romantischen Roman „Sohn ihres Vaters" beschreibt Ben Jelloun ein Mädchen, das als Junge ausgegeben wird, damit sich der (vergebliche) Wunsch des Vaters nach einem Sohn endlich erfülle.

3) In seinem Roman „Samarkand" schildert Maalouf die Dreiecksbeziehung zwischen dem berühmten persischen Dichter Omar Khajjam, dem Großwesir Nizzam al-Mulk und dem Begründer des Assassinen-Ordens Hassan al-Sabbah, dessen Anhänger mit ihren Selbstmordattentaten zum Schrecken aller damaligen Machthaber wurden.

As'ad Khairallah ist arabischer Literaturkritiker und Dozent an der Universität Freiburg. Für die 'blätter' zeichnete **Jörg Später** das Gespräch auf.



Choukri (rechts): „ Der Mensch ist eine traurige Existenz"

Mohamed Choukri wurde 1935 in einem kleinen Ort im Rif-Gebirge geboren. Die Familie ging nach Tanger, als es nach einer Hungersnot unmöglich wurde, weiter von der Landwirtschaft zu leben. Dort wartete aber noch größere Not. Seine Jugend in äußerstem Elend hat Choukri, der erst im Alter von zwanzig Jahren Lesen und Schreiben lernte, in „Das nackte Brot" beschrieben. Er schildert eine Welt der Trinker, Huren und Tagelöhner, ein gewaltsames Milieu, das er weder romantisiert noch mit Opfer-Pathos beklagt. Sein Leben nach der Jugendzeit zeichnete er in „Zeit der Fehler" auf. Beide Teile der literarischen Autobiographie erschienen im Eichborn-Verlag.

Von Deutschen und anderen Fremden

Ein Band über die Geschichte des Rassismus und der Ausländerpolitik in Deutschland

Ulrich Herberts Aufsatzsammlung „Arbeit, Volkstum, Weltanschauung – über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert" kann zu einer wertvollen Argumentationsstütze für die antirassistische und die Flüchtlingsunterstützungsbewegung werden. Kann doch die Kenntnis der politischen und geistesgeschichtlichen Traditionen des Rassismus und die einmalige rassistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik im Nationalsozialismus gerade in Deutschland der politische und moralische Ausgangspunkt solcher Initiativen sein.

So enthält das Buch Aufsätze, die den Bogen vom Anfang des Jahrhunderts zu aktuellen Fragen von Migration zu schlagen versuchen. Den Anfang macht eine Untersuchung der Tradition des Rassismus in Deutschland. Der Autor diskutiert Rassismus als „umfassende Biologisierung des Gesellschaftlichen", an der sich Soziologen, Psychologen und Psychiater ebenso wie Kriminologen, Mediziner, Bevölkerungswissenschaftler und Anthropologen beteiligten. Er analysiert die Verbindung von Sozialdarwinismus, „Rassenhygiene" und „Sozialhygiene" gegen „Asoziale", die als Gegenbild zur produktivistischen Volksgemeinschaft verfolgt und ausgegrenzt wurden – die Politik der Formierung von Volksgemeinschaft, die von der Diffamierung zur Absonderung und schließlich zur millionenfachen Vernichtung führte.

Unter der Überschrift „Generation der Sachlichkeit" untersucht Herbert, Historiker und Professor für Neuere und Neueste Geschichte in Freiburg, die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre. Diese Bewegung stellt eine wichtige Trägergruppe des völkisch-rassistischen Denkens dar, aus der sich auch die akademische Führungselite des Nationalsozialismus und die „Vordenker der Vernichtung" (Götz Aly/Susanne Heim) rekrutierten.

In der Nachzeichnung der Entwicklung von der „Reichskristallnacht" bis zum „Holocaust" kommt Ulrich Herbert dann zu einer Einschätzung, die auf Grund der Pogromwelle 1992 ff. und der darauf folgenden staatlichen Liquidierung des Rechts auf Asyl, eine – ohne falsche Parallelisierungen betreiben zu wollen – erschreckende Aktualität hat: „Die Exzesse des 9. November kann man womöglich als 'irrational' bezeichnen; die seitdem erfolgte Entwicklung vermutlich nicht, denn sie beruhen gerade nicht auf Leidenschaften, Haß oder Mordlust, sondern auf einem Konzept vom völkischen Staat und politischer Biologie, von Kontinentalimperialismus und Rassenhygiene auf der Basis einer zu dieser Zeit für wissenschaftlich gehaltenen, im Gegensatz zu Metaphysik und Idealismus des 19. Jahrhunderts geradezu als materialistisch empfundenen Lehre, und auf den lautlos funktionierenden, rechtsförmigen Methoden des modernen Staates."

Zur Diskussion der nach wie vor umstrittenen Frage nach dem Verhalten der Arbeiterklasse im Nationalsozialismus behandelt Herbert auf der Grundlage umfangreichen Quellenmaterials nicht nur Zwang und Unterdrückung. Vor allem befaßt er sich mit der Integration der deutschen Arbeiterklasse über soziale Versorgung und rassistische Privilegierung gegenüber den ausländischen Zwangsarbeitern. Der oft verschwiegene Widerstand ausländischer Zwangsarbeiter in Deutschland zwischen 1939 und 1945, der sich von „Arbeitsbummelei" bis zum „Bandenkampf" radikalisierte, fand in den seltensten Fällen Unterstützung der privilegierten deutschen Arbeitskollegen.

Während dann im ersten Beitrag der drei abschließenden Kapitel zur Entwicklung nach 1945 noch das von der westdeutschen Öffentlichkeit ignorierte Umgehen von Entschädigungsverpflichtungen angeprangert wird, zeigt sich in den beiden letzten Abschnitten, daß Ulrich Herberts klarer Blick mit fortschreitendem Aktualitätsbezug trüber wird: recht affirmativ wird unter dem Titel „Zweierlei Bewältigung" behauptet, daß die 68er-Bewegung als „kultureller Modernisierungsschub" auch die Diskussion um die NS-Geschichte ermöglichte und sich – Antje Vollmer ick hör dir trappsen! – eine „nachdiktatoriale", freie Gesellschaft durch die kritische Auseinandersetzung mit ihrer diktatorischen Tradition konstituiert hätte. Der staatsoffizielle DDR-Antifaschismus wird hingegen nur als Mittel zur Oktroyierung des sozialistischen Gesellschaftsbildes begriffen. Ebenso werden die Anläufe des westdeutschen und nun gesamtdeutschen Geschichtsrevisionismus, der ja auch Spiegelbild des neuen Anspruchs auf Weltgeltung des BRD-Imperialismus ist, merkwürdigerweise mit keinem Wort erwähnt.

So verwundert es nicht, daß Herbert in seinen Ausführungen zur aktuellen Diskussion um das „Einwanderungsland Deutschland" nicht zur Forderung nach offenen Grenzen für alle Flüchtlinge gelangt, obwohl diese nach seinen historischen Ausführungen nahegelegen hätte. Vielmehr verbannt er diese (zugegeben) „unrealistische" und „moralische" Position in den Bereich des „ideologisch-moralischen Fundamentalismus".

Herbert schließt den Band mit einer resümierenden Skizzierung der Entwicklung der deutschen „Ausländerpolitik" des 20. Jahrhunderts. Volkstumspolitische Ideologie und wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnungen bestimm(t)en diese Politik. In seiner Ablehnung des völkischen Prinzips bleibt der Autor jedoch auf halbem Wege stehen: Herbert versäumt es, den funktionalen Gebrauch von „Ausländern" als „Gastarbeiter" in den 60er Jahren oder aktuell zum Nutzen der deutschen Wirtschaft, wie er in den multikulturell aufgepeppten Diskussionen um ein Einwanderungsgesetz zum Ausdruck kommt, im Zusammenhang mit der von ihm als „frei" etikettierten, sich aber an kapitalistischen Verwertungsmaßstäben orientierenden Gesellschaft zu diskutieren. Seine Sorge gilt in der Diskussion um Einwanderung dem liberalen Rechtsstaat, nicht den Flüchtlingen. Vor diesem Hintergrund ist Ulrich Herberts Behauptung, „eine rationale und handhabbare Steuerung" sei „schon aus innenpolitischen Gründen unvermeidbar" folgerichtig – angesichts der Tatsache allerdings, daß Herbert historisch (aber offenbar eben nur historisch) dem Blickwinkel jener folgen will, die Verfolgung erleiden mußten, erscheint sie mehr als befremdlich.

Gerhard Hanloser

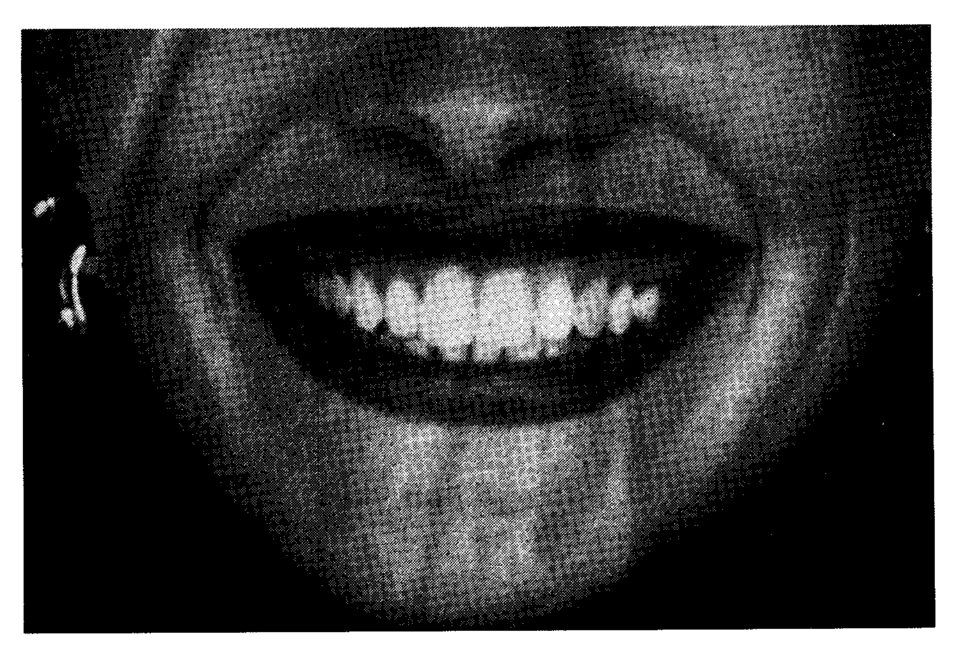
Ulrich Herbert, Arbeit, Volkstum, Weltanschauung, über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1995

Schlaglöcher und andere Sehenswürdigkeiten

Bereits vor acht Jahren schenkte mir ein Freund den jetzt auf deutsch erschienenen Roman „Search Sweet Country" des Ghanaers Kojo Laing. Dieser Roman begeisterte mich auf der Stelle: So viel Sprachwitz, unerwartete Einfälle, aber auch so viel treffende Detailbeobachtung hatte ich noch in keinem anderen afrikanischen Roman gefunden. Da werden Winkel und Ecken in Accra beschrieben – nicht Sehenswürdigkeiten, sondern einzelne Straßenstände, eine bestimmte Chop-bar, eine bestimmte Straße mit ihren Schlaglöchern und den Bretterbuden am Straßenrand, die ich sofort wiedererkannte. Die Akteure des Romans sind eigenständige, vielschichtige Persönlichkeiten, nicht Karikaturen. Die meisten sind skurrile, aber doch liebenswerte Typen, viele sind Wanderer zwischen den Welten, zwischen allen möglichen Traditionen stehend – zwischen Stadt und Land, zwischen afrikanischer Religion und Christentum, zwischen Tugend und Korruption. Menschen, wie man sie in den Städten des nachkolonialen Afrika überall findet, geprägt von der traditionellen Sicht der Welt und doch fasziniert von der Moderne, von den Annehmlichkeiten, die man für Geld kaufen kann. Sie kennen den Ehrenkodex der kolonialen Verwaltung und halten doch Korruption für eine der normalen Tatsachen des Lebens. Sie leben in der Großstadt, aber ihre Identität beruht auf ihrer Beziehung zum Heimatdorf – und sei es auch ein Dorf, das nur in der Phantasie existiert.

Nehmen wir nur *Beni Baidoo,* nicht gerade die Hauptperson des Buches, aber einer, an den der Leser sich halten kann, weil er von Anfang bis Ende des Buches fast in jeder Szene auftritt. Zweimal wurde er zwangspensioniert: erst als Bote zweiter Klasse, dann als Briefeschreiber am Hauptpostamt, weil er zu den Briefen, die die Leute ihm diktierten, immer noch eigene Geschichten dazuerfand. Jetzt reitet er auf einem alten Esel durch Accra und spricht seine Freunde und unbekannte Passanten auf seine fixe Idee an, ein Dorf zu gründen. Daraus wird natürlich nichts, und am Ende stirbt er vor Gram. Oder *1/2 Allotey,* der als traditioneller Heiler in dem Dorf Achimota am Stadtrand der Hauptstadt Accra wirkt. Natürlich ist *1/2 Allotey* in der Tradition seines Volkes und seiner Berufung verwurzelt. Aber zuweilen kommen ihm vollkommen respektlose Gedanken gegenüber seiner eigenen Heilkunst.

Es reiht sich Geschichte an Geschichte, Rückblenden werden eingeschoben, Episoden angeschnitten, irgendwann später einmal weitergesponnen – aber es fehlt eine fesselnde Romanhandlung, die die Erzählung vom Anfang bis zum Ende trägt. Wer Spaß am Wortwitz hat und an den kleinen Episoden, der wird mit Lust weiterlesen. Doch auf eine Auflösung des großen Spannungsbogens wartet er vergebens.



„Sein teelöffelgroßer Mund bot kleine Mengen Lächelns feil"

Laing hält sich an keinen traditionellen Erzähl-Duktus, weder an den der europäischen, noch an den der (mündlichen) afrikanischen Erzähl-Tradition. Der Schauplatz Accra, in dessen Straßen man fast alle westafrikanischen Sprachen und Dialekte, dazu Pidgin-Englisch und die englische Verwaltungssprache hören kann, wird veranschaulicht durch Ausdrücke und Bilder aus all diesen Sprachen sowie durch eigene Neologismen. Die Stilebenen der Schriftsprache wechseln im Text je nach Situation.

Die Übersetzung eines solchen Romans ins Deutsche ist eine kaum lösbare Aufgabe für den Übersetzer, der im Nachwort davon berichtet, wie schwer es ihm gefallen sei, die Pidgin-Passagen angemessen zu übersetzen. Er verwendet ein in der Grammatik vereinfachtes Deutsch. Außerdem hat er die Endsilben der Verben weggelassen, um sich dem Rhythmus des Pidgin mit seinen meist ein- oder zweisilbigen Wörtern anzunähern. Das Ergebnis überzeugt nicht. Nehmen wir die Passage, in der *Mustapha* dem Heiler *1/2 Allotey* seine Potenzprobleme eröffnet: „Massa, mein Frau auch zu schön paa. Ich nehm sie, wenn sie war Schulkind. Sie woll mach eins und eins, und zwei plus zwei sie woll mach in Bett. Massa, ich lüg? Ich sag Dein Frau hier, mich treff was paa. Ich nit fit bums mein Frau. Ich nit könn fiki-fiki. Sie schwingt ihr Hintern aaaa, aber Ding nit woll steh."

Beim Lesen des Originals empfinden die LeserInnen Mitgefühl mit Mustapha und schmunzeln wohl auch ein wenig, in der deutschen Übersetzung ist die Szene nur noch peinlich. Solche Szenen sind wohl nicht übersetzbar. Andere Passagen scheinen zu hochtrabend oder zu gestelzt: „Und wenn ein paar seiner Freunde ernsthaft oder halbherzig ihr Dasein ergründeten, so empfand er es als seine Pflicht, dem eine stöbernde Gründlichkeit entgegenzusetzten." An anderen Stellen wird die Übersetzung Kojo Laings Umgang mit Sprache durchaus gerecht: „Sein teelöffelgroßer Mund bot kleine Mengen Lächelns feil." oder: „Aus Nächstenliebe sperrte er die Ironie in einem Auge ein."

So habe ich mich einerseits gefreut, daß ein Roman, den ich für eines der phantasiereichsten und lebendigsten Werke der afrikanischen Literatur in der letzten Zeit halte, nun für einen deutschen Leserkreis entdeckt wurde. Auch hat sich der Verlag mit der Ausstattung des Buches und den Illustrationen viel Mühe gemacht, was heutzutage keine Selbstverständlichkeit ist. Andererseits rate ich jedem, der sich zutraut, ein englischsprachiges Buch zu lesen, das mehr als den Grundwortschatz voraussetzt, das Original zu lesen.

Einhard Schmidt-Kallert

Kojo Laing, Die Sonnensucher. Roman. Aus dem Englischen von Thomas Brückner. München: Marino Verlag, 1995. 472 Seiten, DM 45,–

Schein und Sein in Istanbul

Im letzten Heft berichteten wir im Vorfeld der zweiten Weltsiedlungskonferenz Habitat II, die vom 3. bis 14. Juni (nach Redaktionsschluß) in Istanbul stattfindet, über die Entwicklung in den urbanen Zentren der Welt. Weniger im Blickfeld stand dabei die Rolle des Gastgeberlandes bei dieser Konferenz. Ausgerechnet die Türkei bekam den Zuspruch, als Ausrichter zu fungieren. Ein Staat, der innerhalb der letzten Jahre durch systematische Deportationen und Zerstörung von fast 3.000 Dörfern mehrere Millionen seiner BürgerInnen wohnungslos gemacht hat. Die türkische Regierung verspricht sich von der Austragung dieser „Jahrtausend-Konferenz" nicht unbeträchtliche Einnahmen. Gleichzeitig soll die Rolle als Gastgeberland dieses Kongresses helfen, das außenpolitische Ansehen des Landes aufzupolieren.

Gastgeber im Namen der Regierung ist der zuständige Staatsminister für Wohnungsfragen, Ünal Erkan, der bis vor wenigen Monaten das Amt des Ausnahmezustandsgouverneurs ausübte. In dieser Funktion war Erkan als oberster Dienstherr aller Sicherheitskräfte in den kurdischen Provinzen und Beauftragter des „Amts für spezielle Kriegsführung" direkt verantwortlich für die Ermordung von mehr als tausend Oppositionellen und die Zerstörung von fast zweitausend Dörfern allein während seiner Dienstzeit.

Fast drei Millionen Menschen wurden aufgrund dieser gezielten Deportationspolitik (als Teil der Kriegsführung) ihrer Wohnung und Unterkunft, ihres Lebensunterhalts und ihres Besitzes beraubt. Die Vertriebenen versuchen in den Slums der Städte unterzukommen, andere müssen, auch in den Wintermonaten, in Zelten hausen. Infolge dieser Massenvertreibung ist die Einwohnerschaft mancher Städte innerhalb weniger Jahre explosionsartig gewachsen, im Falle Diyarbakirs z.B. innerhalb von nur fünf Jahren von 300.000 auf fast zwei Millionen Menschen. Ähnliches gilt für manche Großstädte im Westen, wie Istanbul, Adana oder Mersin. Die Folge ist eine völlig chaotische „Stadtentwicklung": Die katastrophale Überlastung von Gesundheitseinrichtungen, Kanalisation, Stromnetz, etc. läßt die Versorgung ganzer Städte zusammenbrechen. Das Auftreten von Seuchen wie Typhus und Cholera durch Verunreinigung des Trinkwassers, der Bau lebensgefährlicher Hochhäuser ohne Baugenehmigung und fachgerechte Planung sowie hunderttausende von Straßenkindern ohne Bleibe, Versorgung und Betreuung sind ebenfalls mittelbare Folgen der kriegsbedingten Vertreibung. Daher fordern auch Architekten- und Ärztevereinigungen der Türkei als Voraussetzung einer menschengerechten Städtebaupolitik die Beendigung von Krieg und Vertreibung.



Schöne Aussichten in Istanbul? **Foto: R. Maro**

Die Praxis der staatlichen Wohnraumzerstörung beschränkt sich nicht auf die kurdischen Gebiete: in den westlichen Metropolen Izmir, Ankara und Istanbul werden zahlreiche Armensiedlungen (Gecekondus), die den Flüchtlingen Unterschlupf bieten, durch Bulldozer unter Einsatz militärischer Gewalt plattgewalzt. Der Oberbürgermeister von Izmir, A. Özfatura, forderte kürzlich die Einführung von Visa, um den Zustrom kurdischer Flüchtlinge in die Stadt zu stoppen. Die Migration solle in andere Provinzen (z.B. Kastamonu oder Aksaray) umgeleitet werden. Medien wie die Zeitung „Hürriyet" und der ihr angeschlossene TV-Sender „Show" unterstützen durch eigene „Volksabstimmungen" diese rassistischen Vorschläge. Darüber hinaus will Özfatura in Istanbul eine Gesetzesinitiative einbringen, die den Bau von Gecekondus unter Strafe stellt.

Genügend Gründe also, dieser Weltsiedlungskonferenz in Istanbul und ihren Veranstaltern mit kritischem Blick entgegenzusehen. Der Kritik aber beugte die türkische Re-

gierung auf ihre Weise vor: Sie legte fest, daß bei bestimmten „empfindlichen Themen", darunter z.B. „die ethnische Frage, radikal islamische Auffassungen und Menschenrechtsfragen", die sonst übliche Immunität für türkische Konferenzteilnehmer, die nicht der Regierungsdelegation angehören, aufgehoben wird. Zahlreiche türkische NGOs, internationale Organisationen und Menschenrechtsgruppen hatten aber ohnehin zu einem Boykott der Veranstaltung aufgerufen und ein Alternativtreffen geplant.

Cory Guttstadt

Weitere Informationen über: **Tuncay Kulaoglu, Schlüsselfelderstraße 5, 90408 Nürnberg, Tel. und Fax: 09 11/ 35 49 60**

BUKO: Von Schlangen und Fröschen

Am Anfang stand der Blues, genauer eine Bluesplatte. Auf ihr lästert die vor wenigen Jahren verstorbene Blueslegende Memphis Slim über die Sysiphusarbeit, Frösche zu mästen, die dann so oder so von Schlangen gefressen werden. Was hat das mit dem Heidelberger Jubiläum des 20. Bundeskongresses Entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO) und seiner Kritik an der Nachhaltigkeitsdebatte zu tun? Ganz einfach: Schlangen stehen für Kapitalisten und Frösche für Ökofreaks. Mit diesem Bild können die aktuellen Debatten um Nachhaltigkeit auf den Punkt gebracht werden. Standortapologeten behaupten, Schlangen würden Frösche mögen und daher müßte man die Schlangen stärken. Die AutorInnen der Studie 'Zukunftsfähiges Deutschland' kennen gar keine Schlangen mehr, und die Neokeynesianer wollen den Appetit der Schlangen begrenzen. Memphis Slim und die BUKO-Vorbereitungsgruppe 'Danke für den Fisch' hingegen meinen: Wer Frösche füttert, braucht sich über die steigende Schlangenpopulation nicht zu wundern und ist selber schuld.

Es gibt Hoffnung auf bessere Zeiten. Der BUKO ist mit seiner fundierten Kritik an der Studie 'Zukunftsfähiges Deutschland' erstmals seit den Entschuldungskampagnen Ende der 80er Jahre wieder in einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen worden. Auch stiegen erstmals seit Jahren die TeilnehmerInnenzahlen. Die Gefahr des Versumpfens im eigenen Teich scheint fürs erste gebannt zu sein.

Die zentrale Aufgabe des BUKO liegt darin, die fundierte Kritik an der Nachhaltigkeitsdebatte in eine Perspektivenpolitik umwandeln zu können. Und das gelang auch diesmal leider nicht. Zur Zeit gibt es zwei Hauptströmungen im BUKO, die sich auf dem Kongreß gegenseitig ausbremsten. Auf der einen Seite steht die Fraktion, die unter der Überschrift 'Den Norden abwickeln' (was heißt dies eigentlich für die FreundInnen in den fünf neuen Bundesländern?) mit Vandana Shiva und Gustavo Esteva im theoretischen Gepäck den patriarchalen Alltag umwälzen und sich Freiräume für andere Lebens- und Arbeitsformen erkämpfen wollen. Diese AnhängerInnen der 'dissidenten Subsistenz' betreiben eine ahistorische Ausschlußpolitik, da sie z.B. mit GewerkschafterInnen nichts zu tun haben wollen und das Scheitern verschiedener Ausstiegsmodelle der Neuen Linken seit 1968 nicht wahrnehmen. Auf der anderen Seite sind die AktivistInnen, die auf fundierte Kampagnenpolitik setzten und nach neuen BündnispartnerInnen suchen. Sie können zur Zeit ihre politischen Forderungen nicht zuspitzen. Die Aufgabe bis zum nächsten BUKO besteht darin, beide Richtungen auf Schwächen und Stärken abzuklopfen und die sich daraus ergebenden Strategien der Öffentlichkeit zu vermitteln.

Georg Lutz

Rosen, Tulpen, Nelken...

Die sozialen und ökologischen Bedingungen in der Schnittblumenindustrie sind katastrophal. Das gilt auch für die größte Blumenplantage der Welt, die Sulmac-Farm in Kenia. Frank Braßel von der Menschenrechtsorganisation FIAN stellt fest: „Miserable Löhne, Verstöße gegen die Arbeitsgesetze sowie Umwelt- und Gesundheitsgefahren durch einen kaum kontrollierten Pestizideinsatz – diese Probleme kannten wir schon aus Kolumbien. Sie scheinen auch in Kenia weit verbreitet zu sein". Frank Braßel bezieht sich auf eine Untersuchung des kenianischen Journalisten Pamphil Kweyuh, der in Kenia das Fehlen unabhängiger Gewerkschaften und die mangelnde Aufsicht der Behörden als Gründe für schlechte Löhne und illegale Arbeitsverhältnisse ausmacht.

Peter Oketch z.B., Arbeiter der Sulmac-Farm, verdient nur umgerechnet 30 DM im Monat – das reicht nicht einmal für die Versorgung seiner Familie mit Lebensmitteln. Seit zwei Jahren arbeitet er als „Aushilfe" bei Sulmac, obwohl die kenianischen Gesetze vorschreiben, nach drei Monaten einen Festvertrag auszustellen, was bessere Löhne und soziale Absicherung bedeuten würde. Hochgiftige Pestizide wie DDT, Dieldrin und Aldrin, deren Einsatz in Deutschland und teilweise auch in Kenia verboten ist, wurden in kenianischen Blumenfarmen gefunden. Das kenianische Institut für Medizinische Forschung KEMRI beziffert die Zahl der jährlichen Pestizidvergiftungen auf 350 000, die der dadurch verursachten Todesfälle auf 1000. Analysen kenianischer Importblumen in der Schweiz wiesen extrem hohe Rückstände an krebserregenden Pestiziden nach. Anfragen der Blumen-Kampagne, die Informationen bei den Produzentenverbänden in Kenia und beim wichtigsten deutschen Importeur, Kenya Flowers, forderten, blieben unbeantwortet. Die Untersuchung von Pamphil Kweyuh **„Ist morgen schon verwelkt, was heute blüht?"** ist für 7 DM zzgl. Porto erhältlich bei:
FIAN
Overwegstr. 31, 44625 Herne
Tel.: 0 23 23/49 00 99

Zeitschriftenschau:

LN 263
Anläßlich des Treffens gegen Neoliberalismus in Berlin wird in den LN über „Mythenknacker und Schattenboxer" und über „Effizienz und Zerstörung – Theorie und Praxis des Neoliberalismus" debattiert. Länderberichte gibt's aus: Brasilien: Lizenz zum Töten – Polizeimassaker an Landlosen; Strafvollzug und Straffreiheit – Das Gefängnissystem und die Polizei. Venezuela: Militarisierung der Gesellschaft – Die Regierung schwächt die Menschenrechte. Guatemala: Kommt mit Arzú der Frieden? – Guatemala nach den Wahlen. Chile: Streit bei den Rechten – Parteichef im Zwist mit der Betonfraktion. Im Kulturteil geht es um ein 'Überlebensbuch' von Mauricio Rosencof ('Der Bataraz'), um Mamonas Assassinas und um zeitgenössische lateinamerikanische Kunst.Preis 7,– DM. Bezug:
Lateinamerika-Nachrichten, Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin, Tel.: 0 30/6 94 61 00, Fax: 0 30/ 6 92 65 90.

ila 195
Mit der 16seitigen Beilage der Fotoserie „Der lange Weg vom Schmerz zur Hoffnung, Fotos und Texte zu Chiapas/Mexiko" wird ein zentrales Thema der aktuellen Diskussion innerhalb der Internationalismusbewegung in den Mittelpunkt gestellt und um einige Beiträge zur Geschichte und Gegenwart deutschstämmiger Kaffeepflanzer und ihrer Praktiken in Chiapas ergänzt. Neben ausgewählten Ländernachrichten aus dem POONAL-Dienst alternativer lateinamerikanischer Agenturen zu Argentinien, Cuba, Guatemala, Haiti und Uruguay gibt es Berichte zu sogenannten 'sozialen Säuberungen' in Kolumbien, zu BSE-genährten Hoffnungen argentinischer und uruguayischer Rindfleischproduzenten auf wachsende Nachfrage aus Europa, zur Bankenkrise in Brasilien etc. Außerdem geht es in der Reihe „Eine Welt Wirtschaft" um Frauenarbeit in der Landwirtschaft in Brasilien. Das Heft ist für 8,– DM zu haben bei:
Informationsbüro Lateinamerika, Heerstr. 205, 53111 Bonn, Tel.: 02 28/65 86 13, Fax: 02 28/63 12 26.

links 312/313
Eine Revision linker Politik gegen die kulturalistische Wende in der hegemonialen Sicht auf gesellschaftliche Konflikte erscheint der links-Redaktion dringend notwendig. Vorläufiges Ziel sollte sein, der voranschreitenden Ethnifizierung sozialer Konflikte Einhalt zu gebieten. Im Schwerpunkt „culture club" der Mai/Juni-Ausgabe wird dem kulturalistischen Diskurs einiges entgegengesetzt. Dazu gibt es Beiträge zu den Wahlen in Italien, zur Asylpolitik im Zeichen der EU („Spanien – Auf dem Weg zur Einwanderungsgesellschaft?") oder zu den geplanten Abschiebungen bosnischer Kriegsflüchtlinge. Joachim Hirschs Beitrag über den Abstieg 'von der Zivil- zur Bürgergesellschaft' erscheint in dieser links, weil die Frankfurter Rundschau den Abdruck verwehrte. Das Heft kostet 13,– DM bei:
Sozialistisches Büro, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach, Tel.: 0 69/88 50 06, Fax: 0 69/82 11 16.

Globale Schönfärberei
In ihrem neuen Themenheft (45/1996) „Textilwirtschaft – Globale Schönfärberei" geht die Zeitschrift „Politische Ökologie" auf Spurensuche nach den weltweiten Vernetzungen, Stoffströmen und Herstellungsschritten in der Textilwirtschaft. Diskutiert werden u.a. die Einführung von Umwelt- und Sozialstandards und die Möglichkeit einseitiger Handelsbeschränkungen. Das Heft ist erhältlich bei:
ökom GmbH, Waltherstr. 29, 80337 München, Tel.: 0 89/54 41 84-0, Fax.: 0 89/ 54 41 84-99

Bücher und Broschüren

ZAK Tübingen (Hrsg.), **Rechtlos auf Arbeit – Flüchtlinge berichten**. ZAK (Zentralamerikakomitee), Tübingen Mai 1996, 63 S., DM 7,– (5 Ex. DM 20,–, 10 Ex. DM 35,–). Bezug: ZAK, Belthlestr. 40, 72070 Tübingen.

Antimilitaristies Onderzoekskollektief (AMOK), **Türkei-Connection** – Wie die Türkei international aufgerüstet wird. Komzi Verlags GmbH, Amsterdam 1996, 122 S., DM 19,80.

Hans-Jürgen Burchardt, **Kuba – Der lange Abschied von einem Mythos**. Schmetterling Verlag, Stuttgart 1996, 264 S., DM 29,80.

Rachid Boudjedra, **Die Unordnung der Dinge**. Mainz 1996, 241 S., DM 38, Bezug: verlag donata kinzelbach, Stolze-Schrey-Str. 3, 55124 Mainz.

Martin Singe (Hrsg.), **Ziviler Ungehorsam für Asylrecht!**. Sensbachtal 1996, ca. 205 S., DM 20. Bezug: Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V., An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal

Richard Pirngruber, **Die Notwendigkeit zu Singen?** – Diplomarbeit zur Entwicklung des neuen chilenischen Liedes. Selbstverlag, Salzburg 1995, 101 S., DM 24, Bezug: Granzer Bundesstr. 14 b, A-5023 Salzburg

Gottfried Böttger, Siegfried Frech (Hrsg.), **Der Nord-Süd-Konflikt in der politischen Bildung.** Wochenschau Verlag, Schwalbach/ Ts. 1996, 297 S.

Claus Füllberg-Stolberg, Reinhold Görling (Hrsg.), **Amerika – Das andere Gesicht Europas?** Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1996, 195 S., DM 38

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. – Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 53 28, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 07 61/ 7 40 03, Bürozeiten: Mo.–Fr. 10–16 Uhr, Fax: 07 61/70 98 66
Zusammengestellt von: Monika Bierwirth, Tina Goethe, Stephan Günther, Martin Janz, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Slađana Sakač, Ute Sikora, Christian Stock, Jörg Späterer, Sigrid Weber, Udo Wolter, Monika Würstlin, Eva Zányi.
Druck und Satz:
Druckhaus Dresden. Tel.: 03 51/31 87 00

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 3 54 63 Fernwald (Annerod)
Telefon: (06 41) 4 30 71
Anzeigenschluß für Nr. 215:
(Druckfertige Vorlagen) 16. 7. 1996
Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland:
DM 60,– (für RentnerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende 50,– DM) Förderabonnement: DM 100,–. Im Ausland: Europa + 10,– DM, Welt + 30,– DM Porto/ Jahr), Kündigung bis zum Erhalt des letzten Heftes möglich. Ansonsten autom. Verlängerung.
Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Titelbild: Herby Sachs
Spenden:
Steuerliche abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00). Achtung: Kto.-Inhaber: Stadtsparkasse, Verw.-zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt.
Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!

Die Literaturseiten entstanden in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stifung, Köln.

Berichtigung(en)

In der letzten Ausgabe gab es vor allem das verrutschte Register zu beklagen. Statt zum Herausnehmen in der Mitte des Heftes, versperrte es auf Seite drei den Blick aufs Wesentliche. Gar nicht schön! Auch nicht schön, daß die Bildunterschrift von Seite 32 etwas indisponiert zwei Seiten vorher aus den Fluten des Nil auftauchte. Außerdem entwischte uns das „n" im Namen von Gertrud Ochsner. Dafür mogelte es sich bei einer anderen Autorin ein: Krista Mansonis heißt eigentlich Krista Masonis.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
79020 Freiburg
ISSN 0933-7733

Arabische Literatur im Lenos Verlag
Eine Auswahl

Ägypten
Jussuf Idris, Die Sünderin
Algerien
Ali Ghalem, Die Frau für meinen Sohn
Libanon
Chaled Sijade, Freitag. Sanntag
Libyen
Ibrahim al-Koni, Blutender Stein
Marokko
Driss Chraibi, Ermittlungen im Landesinnern
Palästina
Emil Habibi, Der Peptimist
Syrien
Hanna Mina, Bilderreste

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an:
Lenos Verlag, Spalentorweg 12, 4051 Basel

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

30

Ethnische Politik, Krieg und Völkermord

Geschlechterordnung, Kriegskultur, Vergewaltigung; Ethno-Nationalismus. Gewalt und UNO: Rwanda und Ex-Jugoslawien; Berberkultur in Algerien; "Feindbild Islam" und Menschenrechte - Krieg der Zivilisationen?

B. Weisshaupt, R. Seifert, S. Kappeler, R. Kößler, T. Schiel, Ch.P. Scherrer, P. Parin, S. Kebir, E. Hunziker

Diskussion

D. Senghaas: Ursächlicher Pazifismus
M. Jäger: Grüner Interventionismus-Streit
Jürgmeier: Sind Soldaten Mörder?
P. Lock: Waffenmärkte und Kriege in Europa
Th. Gass / A. Gfeller: Schweizer Waffenexporte
W. Schöni: Neutralität, NATO, Friedenspolitik

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

15. Jg./Heft 30 - Dezember 1995 Fr. 18.-

196 Seiten, Fr. 18.-- DM 20.-- (Abonnement 32.-- 36.--)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zürich
Probeheft anfordern **Tel./Fax 01 / 273 03 02**

REIMER



ANTON MARKMILLER
»DIE ERZIEHUNG DES NEGERS ZUR ARBEIT«
Wie die koloniale Pädagogik afrikanische Gesellschaften in die Abhängigkeit führte



Anton Markmiller

„Die Erziehung des Negers zur Arbeit"

Wie die koloniale Pädagogik afrikanische Gesellschaften in die Abhängigkeit führte

Reflektierte Praxis: DED-Beiträge zur Entwicklungspolitik
257 Seiten mit 10 Abbildungen
Broschiert DM 39,80
ISBN 3-496-02551-4

„Wie erzieht man am besten den Neger zur Plantagenarbeit?" war ein heftig diskutiertes Thema deutscher Kolonialpädagogen um die Jahrhundertwende.

Welche Ziele und Erwartungen verfolgten Kolonialherren und Missionare, die als Erzieher der einheimischen Bevölkerung im ehemaligen Deutsch-Ostafrika auftraten? Welche Methoden wandten sie an?

Der Autor untersucht die nachhaltigen Auswirkungen, die das Aufzwingen eines völlig fremden Wertsystems auf die Bevölkerung Ostafrikas, ihre kulturelle, wirtschaftliche und soziale Eigenständigkeit und ihre gesellschaftliche Entwicklung hatte.

REIMER